



DEUTSCHE BAUZEITUNG

50. JAHRGANG. N^o 10. BERLIN, DEN 2. FEBRUAR 1916.

FUER DAS



VATERLAND

Gut und Blut für Volk und Freiheit geben —
Nenn die Tat, die sich der Tat vergleicht.

Th. Körner.



uf dem Felde der Ehre sind im Kampf für das Vaterland aus dem Kreise unserer Fachgenossen gefallen oder den auf dem Schlachtfeld erhaltenen Wunden erlegen:

Georg Müller, Dipl.-Ing., Betr.-Leiter der Elektr.-Werke der Prov. Schlesien. — Fritz Nagel, Betr.-Ing. der Germania aus Darmstadt. — Franz Neugebauer, Reg.-Bauführer in Hannover. — Fritz Nickel, Dipl.-Ingenieur von Chemnitz. — Ernst Nommensen, Reg.-Baumeister in Oeynhausen. — Emil Obermüller, Ingenieur von Karlsruhe i. B. — Friedrich Ohlsen, Architekt von Hamburg. — Robert Pantke, Stud. des Bauaches von Kottbus. — Friedrich Pabst, Reg.-Baumeister in Liegnitz. — Karl Peitsch, Reg.-Bauführer in Berlin-Friedenau. — Wilhelm Peter, Dipl.-Ingenieur von Karlsruhe i. B. — Theodor Picker, Ingenieur, Filialleiter von Peters Union in München. — Martin Pufe,

Ingenieur von Elbing. — Dr. Paul Remmert, Dr.-Ing., Assist. an der Techn. Hochschule in Charlottenburg. — Arno Richter, Bmstr. beim Senat zu Bremen. — Walter Rickmann, Dipl.-Ing. von Hamburg. — Bernhard Roemer, Reg.-Bmstr. aus Tilsit (München?). — Albert Roggenbau, Kreisbaumeister in Grimmen. — Hans Rosbund, Reg.-Bauführer von Berlin-Dahlem. — Georg Rützel, Reg.-Bmstr., Oberlehrer an der kgl. Baugewerkschule in Cassel. — Robert Rupp, Architekt von Karlsruhe i. B. — Lothar Saile, Ingenieur von Mannheim. — Karl Schaller, Dr.-Ing., Dir. der Brückenbauanstalt Wyhlen. — Gottfried Scheben, Bauing. in Godesberg-Piittersdorf. — E. Schellhorn, Ingenieur von Mannheim. — Heinrich Scheurer, Ingenieur von Köln a. Rh. — Egon Schipprak, Dipl.-Ing., kais. Mar.-Ing. — Reinhard Schmidt, Dipl.-Ing. von Heidelberg. — August Schortau, Oberingenieur in Bromberg. — Alfred Schröter, Dipl.-Ing. von Kottbus. — Herwarth Schüttenberg, Architekt von Beuthen. — Otto Schütze, Architekt von Lübeck. — Ludwig Schwarz, Ingenieur von Essen-Bredeney. — Eugen Simmel, Architekt von Pforzheim. — Michael Städtler, Stadtbaumeister in Nürnberg. — Paul Starke, Stadtbaurat in Zwickau i. Sa. — Herm. Stichel, Architekt von Erfurt. — Karl Stoessel, Brt., Vorst. des Hochbauamtes in Oels. — Artur Temmel, Ingenieur von Hamburg. — Karl Thiel, Architekt von Posen. — Hans Thiele, Dipl.-Ing. von Leipzig. — Hans Thimm, Dipl.-Ingenieur von Dresden. — Heinr. Karl Triest, Reg.-Baumeister in Ottmachau. — Willi Tschirner, Architekt von Danzig. — Heinrich von den Velden, Stud. der Ingenieurwissenschaften von Weimar. — Hermann Voigt, Ing., Hauptlehrer an der großh. Landes-Baugewerkschule in Darmstadt. — Gerhard Wehde-

king, Kand. der Ing.-Wissenschaften von Halle a. S. — Alfred Weiß, Ingenieur in Leipzig-Plagwitz. — Paul Wilke, Architekt von Schlachtensee. Karl Aug. Wimmel, Ingenieur von Freiburg i. Brg. — Richard Wohlers, Architekt von Nesse bei Loxstedt. — Herbert Xylaender, Reg.-Bauführer in Berlin. — Karl Zisseler, Dipl.-Ing. von Ahrensburg. — Studierende der Techn. Hochschule in Berlin: Ottomar Bauer, Georg Beaujôt, Fritz Burghardt, Kurt Falkenberg, Gustav Haffner, Rolf Klein, Hans Kücken, Erwin Liebenow, Rud. Löwenstein, Hans Macher, Walter Maikath, Richard Meyer, Kurt Reichardt, Hans Schaefer, Werner Schinke, Hermann Schmieding, Willy Stöhr, Otto Streblow, Erich Sutter, Erich Töpfer, Walter Topp, Lothar Ulrich, Fritz Walde, Ernst Zoch.

Studierende der Techn. Hochschule in Danzig: Kurt Baatz, Kurt Behr, Adolf Bussenius, Friedrich Damitz, Friedrich Herrmann, Hermann Jentzen, Friedrich Kreuschmer, Kurt Riedel, Erich Seidel, Ernst Tennert, Theodor Warnecke.

Studierende der Techn. Hochschule in Darmstadt: Egon Apt, Waldemar Berndt, Paul Breuer, Friedrich Brückner, Heinrich Buchholz, Erich Esch, Ludwig Faatz, Ludwig Gaß, Wilh. Hartmann, Hermann Hoepfner, Hermann Klasing, Max Klawitter, Wilh. Köppen, Hermann Linß, Karl Luckau, Theodor Martin, Hans Miething, Ferd. Naumann, Karl Reichard, Ernst Schaeffler, Franz Scheffel, Hans Schlüter, Karl Schramm, Georg Schuhmann, Karl Sternsdorff, Andreas Thierfelder, Peter Trimborn, Ernst Weggen.

Studierende der Techn. Hochschule in Hannover: Karl Bertram, Johannes Determeyer, Hans Dieckmann, Otto Hugo Dorrinck, Adolf Dreyer, Karl Flenker, Artur Helmolz, Kurt Kaphun, Wilh. Klein, Hans Kubitzky, Willy Kühne, Friedr. Müller, Waldemar Plehn, Hermann Probst, Theodor Schirmeyer, Paul Schmermund, Ernst Spöntjes, Karl Stock, Hans Struve, Franz Weber, Julius Willich.

Studierende der Techn. Hochschule in Karlsruhe i. B.: Alfred Burckhardt, Paul Grotjan, Henry Kalbreyer, Erwin Maier, Otto Müller, Alfred Mußler, Helmut Nebel, Albert Neck, Gustav Soldinger, Karl Streckfuß und Oskar Weyland. —

Liste I Jahrgang 1914 in No. 78, II in 81, III in 85, IV in 90, V in 96, VI in 89, VII in Jahrgang 1915, No. 5, VIII in 13, IX in 23, X in 43, XI in 55, XII in 67, XIII in 79, XIV in 99. —

Deutsche Kunst in französischem Urteil.

Der bekannte Kunstschriftsteller J. Péladan veröffentlichte in der „Revue Hebdomadaire“ einen Aufsatz über die Stellung Deutschlands in der Kunst. Ich kenne diesen nicht aus der Revue selbst, sondern aus einem Abdruck in der deutschfeindlichen „Roumanie“, dem Blatte des als Kriegshetzer oft genannten rumänischen Politikers Take Jonescu, der eine starke Witterung für die Deutschland herabwürdigenden Erzeugnisse der französischen Literatur hat. Der Artikel ist keineswegs ein solcher, der sich über das Mittelmaß erhebt, er ist an sich besonderer Beachtung nicht wert. Diese verdient er nur als ein Zeichen der Geistesverfassung der Franzosen und ihrer Freunde in neutralen Ländern.

Die Stellung Deutschlands in der Kunst zu umschreiben, wird Péladan nicht schwer. Das, was die Deutschen schaffen, gefällt ihm nicht dort, wo er die Eigenart, wo er den „boche“ im Werke erkennt. Er verachtet es, wo es nicht eigenartig ist, wo es in Nachahmung verfällt. Das Schlußurteil wird somit mühelos fertig: Deutschland hat in der Kunst nichts Eigenartiges geliefert, denn das Eigenartige, was es brachte, ist — nach Péladan — nicht Kunst.

Einige Beispiele für die Tiefe der Untersuchung; da heißt es: „Potsdam und Sanssouci wie der Dresdener Zwinger, das Werk eines Andreas Schlüter, jenes eines Eosander, halten keine Kritik aus“. Man erkennt sofort Péladans Irrtum: Sie halten sogar die Kritik eines Mannes aus, der nicht einmal weiß, daß weder Schlüter noch Eosander etwas mit den genannten Bauten zu tun hatten. „Mit dem Brandenburger Tor suchte Schinkel nach Athen zu führen.“ Das Brandenburger Tor ist bekanntlich nicht von Schinkel gebaut. Mit gleicher Höhe der Sachkenntnis geht das Gerede spaltenlang. „Jede Berührung mit dem Humanismus macht die Deutschen verrückt. Man sehe Ludwig II. und Nietzsche“. Kein Wunder, daß alle Kunst der Deutschen seit der Zeit des Humanismus mißlingt. „In der Bildnerei findet sich nie der Herzschlag wieder, den die Gotik in Straßburg anschlug.“ Straßburg ist nämlich eine französische Stadt und mithin Alles, was sich dort befindet, nicht „boche“. Darum stehen die dortigen Arbeiten auch hoch über der sonstigen Rheinischen Kunst. Wie schade, daß der Pariser Konvent 1793 befahl „abattre toutes les statues“. Einem deutschen Professor gelang es, einige wenige zu retten, nachdem laut Protokoll 235 Bildwerke auftragsgemäß vernichtet worden waren.

Und wie wird die Minderwertigkeit der deutschen Plastik begründet? Die Prinzessinnen von Mecklenburg, von Shadow, gleichen schlecht verkleideten Kellnerinnen; die Gestalten an Rauch's Denkmal Friedrich's des Großen sind wie Bleisoldaten, die im Spiel unterbrochene Kinder stehen ließen. Rauch's Viktorien stehen tief unter denen von Pradier. Nur Klinger's Beethoven findet Anerkennung. Diese Behauptungen genügen dem französischen Kritiker, um die ganze deutsche Bildnerei abzuschlachten! Das aber zugleich als Proben der Tiefe, mit der ein in Frankreich geachteter Schriftsteller in einer geachteten Wochenschrift seine Weisheit verkünden darf! Wenn seine Landsleute Griechen, Römer, Italiener nachahmen, sind sie Förderer der Kunst; wenn die Deutschen das Gleiche tun, sind sie Sklaven in Fragen des Geschmackes. Es wäre ein vergebliches Bemühen, sich auf der Grundlage

ernster Sachkenntnis mit Péladan auseinander zu setzen; ist es doch nicht der Zweck des ganzen Aufsatzes, das Richtige zu suchen, sondern den Landsleuten klar zu machen, wie hoch der Geist Frankreichs und wie niedrig der Deutschlands sei: Die Erbsünde der französischen Intelligenz, dem Volk mit dem Hinweis auf eine geistige Führerschaft zu schmeicheln und damit jeden Feind Frankreichs als Verbrecher an dem allgemeinen Geistesleben anzuklagen.

Beachtung verdient das unglaublich schwache Geschreibe erst dort, wo Péladan seinen Landsleuten ins Gewissen redet. Er hält die neueste Art französischer Kunst, den Kubismus und Expressionismus, für eine Krankheit, die nur dadurch sich längere Zeit in Paris erhielt, weil deutsche Sammler und Händler die Werke der Künstler dieser Richtung bezahlten. Ein Maler, den er fragt, bestätigt ihm das: Dieser ist entschlossen, sich von nun an einer anderen Richtung anzuschließen, da mit der alten nichts mehr verdient werde. Péladan scheint auf das Urteil dieses Armseligen viel Gewicht zu legen. Die deutschen Käufer also sind schuld daran, daß Frankreich nicht schon vor dem Krieg von der Krankheit gesundet. Er übersieht, daß die Führer der Richtung Niederländer und Skandinavier waren, daß die Franzosen hier erst in zweiter Linie stehen, Mitläufer sind.

Aber Péladan sah noch Schlimmeres in Paris, nämlich daß Franzosen die Deutschen nachzuahmen begonnen hatten, und zwar in der Architektur und im Kunstgewerbe, in dem, was er als „modern-style“ bezeichnet. Er erkennt bei den Deutschen eine verbrecherische Absicht: sie hätten einen künstlerischen Einbruch nach Frankreich vor dem Krieg versucht, und zwar mit Erfolg: „Unter den Neubauten, heißt es, sind viele im „style boche“, so vor allem das Theater in den Champs Elysées — dieser Waffenschrank an der Straße — und das Telephon-Gebäude. Diese verdienen den Umbau: Ihr Anblick überträgt uns nach Berlin; es sind hassenswerte Gebäude, die seit einem Jahr den einigermaßen kundigen Vorbeigehenden stören. Sie sind echte Beispiele der Bauweise der Boches, die Steine reden deutsch.“

„Wie“, so fragt sich Péladan weiter, „sind französische Architekten dazu gekommen, unsere Nachahmer zu imitieren? Die Frage ist nicht einfach. Der Modern-Stil schlich sich in Frankreich ein, ebenso wie der Impressionismus ihm anhängt. Auch jener bringt nichts als einen Rückschlag der Malerei auf die dreidimensionale Kunst. Er ist nur eine Verneinung der Verbindung mit der Vergangenheit. Sobald ein Profil einem Vorbild nahe kommt, verdreht man es, peinigt es, nimmt man ihm sein Wesen, ohne eine andere Sorge, als daß es nichts ähnele. Die Linie in der Architektur hat in der Bewegung nicht die Gelenkigkeit der Natur, diese gibt ihr kein Vorbild; sie geht aus einer abstrakten Schöpferfähigkeit hervor. Und die Deutschen haben gut predigen: Studiert die Natur, da sie dabei vergessen, daß die Monumentalkunst kein lebendes Vorbild besitzt. Der Modern-Stil arbeitet mit Mißklängen, er verstümmelt die Form, er zerbricht den Rhythmus und, nachdem er den gleichmäßigen Fortschritt abgeschnitten hat, setzt er sich über diese große Errungenschaft hinweg, ohne sich über das Ergebnis eine Vorstellung zu machen.“

„Das geht in Berlin, wo der Haustein unbekannt ist und der Putz herrscht. Dort ist die Eigenart ihren selbständigen Weg gegangen. In der Friedrich-Straße herrscht Abwechslung; mit allerhand Stuckverzierung hat sie ihren ganz unabhängigen Weg gemacht. Gewisse Franzosen haben sich an dieses Beispiel gehalten, an diese Korkzieherkunst am Schmuckwerk (*tirebouchonnage du bijou*), die sich an den großen Schauseiten entfaltet; man hat die Profile modelliert, statt sie hinzuschreiben. Es geht uns nichts an, ob diese Bauten der Boches einen praktischen Wert haben, es handelt sich hier darum, ob sie schön oder häßlich sind.“ Schön ist nur das, was Péladan gefällt. Daß sein Geschmack mangelhaft sein könnte so viel Selbsterkenntnis liegt ihm völlig fern.

Aber Péladan bewegen doch mancherlei Zweifel. Er erwähnt das Urteil eines französischen Architekten über das deutsche Kunstgewerbe: „Während die französische Industrie,“ sagt dieser, „ihre Zeit mit Nachahmungen verlor, organisierten sich die deutschen Künstler im Schaffen, indem sie von allen modernen Hilfsmitteln Nutzen zogen, ihre Erzeugnisse im Hinblick auf diese entwarfen. Das Ergebnis bot sich in lehrreicher Weise auf den Ausstellungen dar. Alles das ist von schrecklicher Schwerfälligkeit, hieß es. Aber man müsse die tatsächlichen Werte anerkennen, von denen es Zeugnis ablege: Gute Arbeit, Bequemlichkeit, die zuverlässige Bauweise, die Preiswürdigkeit. Nach diesem Erfolg ist die Eroberung der europäischen Märkte für das deutsche Gewerbe nur eine Frage der Zeit.“

Und Péladan selbst sieht hier die drohende Gefahr für Frankreich. Es ist sehr beachtenswert, welche Abwehrmittel er vorschlägt: Nicht ruft er seine Landsleute auf, durch erneute Anstrengungen sich als Führer in ein Neuland der Kunst zu betätigen und so ihrerseits den Markt zu erobern; sondern er wählt den bescheidenen Weg, ähnlich manchen guten Leuten und schlechten Musikanten in Deutschland: Die französischen Künstler sollen streng völkisch sein, auf jeden fremden Einfluß verzichten, dagegen fleißig ihrer Väter Weise nachahmen! „Die Boches,“ sagt er, „haben ihre Kunst bei uns eingebürgert, aber wir erkennen in ihr eine ästhetische Krankheit, eine Ansteckung durch die Weltbürgerei, und wir ziehen ihr jeden alten Trödel vor. Besser tut man, in den Speichern die Möbel der Zeit Louis Philipps wieder herauszusuchen, als die Scheußlichkeiten unserer Zeit einzuführen. Man muß, so sagt er weiter, die Deutschen aus unseren Zeitschriften ausschließen. Sie haben sich in unseren Unterricht eingeschlichen, in unsere Literatur. Man muß ein wachsames Auge auf die Ausstellungen haben. Auf der von 1910 haben sie sich bekommen, als wären sie bei sich zu Hause; dort erhoben sich die Austro-Boches über das französische Element und haben für die Kunst der Boches das Selbstgefühl gewonnen, daß in ihr etwas Nachahmenswertes liege.“

Ein Deutscher wird diesen Wutschrei nicht ohne Behagen lesen. Wozu der Kampf gegen die deutsche Kunst, wenn eine solche wirklich nicht besteht oder doch nur als ein Anhängsel an die französische? Wozu der Lärm? Aus dem ganzen Gerede geht doch sehr deutlich hervor, daß man in Frankreich den Sieg des „modern-style“ fürchtet, daß man dort erkennt, durch die Nachahmerei der alten Stile sei Frankreich zum mindesten in Baukunst und Kunstgewerbe an ein Ende gelangt, es beginne beim Nachlassen eigener Kraft nun für Frankreich die „Krankheit“ des Nachahmens Fremder. Der französische Geschmack, der schon so stark durch den eng-

lischen beeinflusst ist, verliert auch Deutschland gegenüber seine bevorzugte Stellung, beginnt im eigenen Lande, und noch viel mehr im beiderseitigen Auslande zu wanken. Wir Deutsche sind uns längst darüber klar, daß die französische Baukunst samt dem Kunstgewerbe seit der Zeit Napoleons III. mehr und mehr zum Stillstand kam, daß sie die Motive der Vergangenheit zwar oft mit feinem Gefühl, doch ohne eigene schöpferische Kraft fortbildete; daß aber ringsum, nicht nur in Deutschland, die Aufgabe tiefer erfaßt und, wenn auch unter manchen Fehlgriffen, tatkräftiger gelöst wird, daß das Streben nach dem Zeitgemäßen bei uns stärker wirkt als in Paris. Das französische Eingestehen der Schwäche, der „Krankheit“, sollte vor allem uns lehren, daß die vorwärts drängenden, selbständigen künstlerischen Kräfte die sieghaften sind, nicht die am Alten hängenden, und daß es die schlechteste Kunstpolitik für uns wäre, den „modern-style“, den „style boche“ zu bekämpfen, den man bei uns so gern als eine französische Mode anklagt, der aber tatsächlich unsere stärkste Waffe auf dem künstlerischen Weltmarkt ist. Das haben kluge Leute in Frankreich, unter die ich freilich Péladan nicht rechne, längst erkannt. Sie sahen, wie Deutschland an Vorsprung mit jeder Ausstellung gewann. Daß sie daher versuchten, deutsche Anregungen in ihrer Weise zu verwerten, wird ein vom Nationalismus nicht Geblendeter ihnen zur Ehre anrechnen. Wir Deutsche gingen vor dem Krieg nach Frankreich, um die alte Architektur zu studieren, die der Blüte Frankreichs, ebenso wie wir nach Italien und Griechenland gehen und in der Heimat uns umsehen. Was in Architektur und Kunstgewerbe dort jetzt geleistet wird, die beide zu nachahmenden Künsten wurden, reizt uns nicht mehr. Das Frankreich, das sich nach außen abschließt, wird künstlerisch unfruchtbar, wie jedes Land, das ein Sonderdasein in der Weltentwicklung lebt.

Einmal, in der Glanzzeit Frankreichs, war man dort gern geneigt, durch Fremde auf sich wirken zu lassen. Nicht umsonst rief Franz I. Italiener in's Land, Ludwig XIV. Niederländer in großer Zahl, das beginnende 19. Jahrhundert Deutsche wie Gau und Hittorff und präraffaelitische Maler. Paris war stets ein Treffpunkt der Künstler aller Länder, die dort nicht nur Anregung empfangen, sondern ebenso sehr gaben. Aber Paris ist auch die Stadt, die aus leidenschaftlicher Verblendung die Tuilerien und das Hôtel de Ville niederbrannte und die Vendomesäule umstürzte. Es ist jener Geist dort heimisch, den Péladan wieder aufruft, wenn er fordert, zu Ehren der französischen Kunst die Bauten des „style boche“ umzugestalten und das französische Kunstschaffen nach den Vorschriften der Rache-schreier einzurichten. Den Schaden haben die Franzosen.

Ich möchte nicht dem Aufsatz in der Revue Hebdomadaire zu große Bedeutung beilegen. Das Beste ist die von ihm ausgehende Erkenntnis, daß es die Selbständigkeit im deutschen Schaffen, das freie Schalten des erfinderischen Geistes ist, was unseren Feinden bedrohlich erscheint. Aus dem wüsten Schimpfen in Paris, aus endlosen Nachweisen, daß die Deutschen nichts leisten, daß sie ein untergeordnetes Volk seien, lesen wir mit Schmunzeln die Notwendigkeit heraus, sich selbst das immer wieder vorzuerzählen, um es noch glauben zu können: Dahinter aber erhebt sich drohend die Furcht vor dem sich klar seines Wertes besinnenden, von fesselnden Vorbildern befreiten deutschen Geiste, der die Führerschaft in weiten Gebieten durch ernste Arbeit an sich selbst zu erringen bemüht ist. —

Cornelius Gurlitt.

Wettbewerbe.

Der internationale Ideen-Wettbewerb zur Erlangung eines Bebauungsplanes der Stadt Zürich und ihrer Vororte, der, soweit ein Urteil ohne tieferes Eindringen in die Bearbeitung möglich ist, mit vorbildlicher Sorgfalt vorbereitet erscheint, stellt den Bewerbern eine der schwierigsten aber auch dankbarsten Aufgaben des heutigen Städtebaues. Es handelt sich um die Gewinnung von Vorschlägen für die Ausgestaltung und Ergänzung des vorhandenen Straßennetzes und seiner Straßenbahnen, sowie der Eisenbahnen, für die Bebauung der noch nicht bebauten Teile der Stadt Zürich und ihrer Vororte und endlich um Vorschläge für mögliche Verbesserungen in den schon bebauten Teilen der Stadt und der Vororte. Eine organische Gliederung der Bebauung des Wettbewerbs-Gebietes, Schönheit, Wirtschaftlichkeit und Gesundheit sind die grundsätzlichen Anforderungen, die an den Bebauungsplan gestellt werden. Soweit es möglich ist, sind die vorhandenen Bebauungspläne der Stadt Zürich und der Vororte in den neuen Bebauungsplan aufzunehmen. Das Gebiet für den Wettbewerb umschließt nach der umstehen-

den Planskizze außer dem Gebiet der Stadt Zürich an sich die Vororte Adliswil, Affoltern, Albisrieden, Altstetten, Dietikon, Oberengstringen, Unterengstringen, Höngg, Kilchberg, Küsnacht, Oerlikon, Rüschlikon, Schlieren, Schwamendingen, Seebach, Uitikon, Oberurdorf, Niederurdorf, Weiningen, Witikon, Zollikon und Zumikon; d. h. das Gebiet umschließt den ganzen nördlichen Teil des Zürich-Sees und breitet sich nach Nordwesten aus. Unsere Skizze gibt zugleich die Dichtigkeit der Besiedelung an. Dieses Gebiet, das eine Fläche von rd. 16600 ha umfaßt, in der etwa 4280 ha Wald enthalten sind, bildet eine wirtschaftliche Einheit, denn die Bedürfnisse des Wohnens, der gewerblichen Tätigkeit und des Verkehrs verbinden die Stadt Zürich mit den genannten Vororten. Den Bewerbern steht es indessen frei, noch weiteres Gebiet in die Bearbeitung einzubeziehen. Aus den statistischen Mitteilungen der Unterlagen sei angeführt, daß die Einwohnerzahl Zürichs von 45000 im Jahre 1860 auf 201000 im Jahre 1913 gestiegen ist. Dabei ist jedoch das Wachstum der einzelnen Stadtteile ein sehr verschiedenes. In der Altstadt tritt auch hier unter dem Einfluß der City-

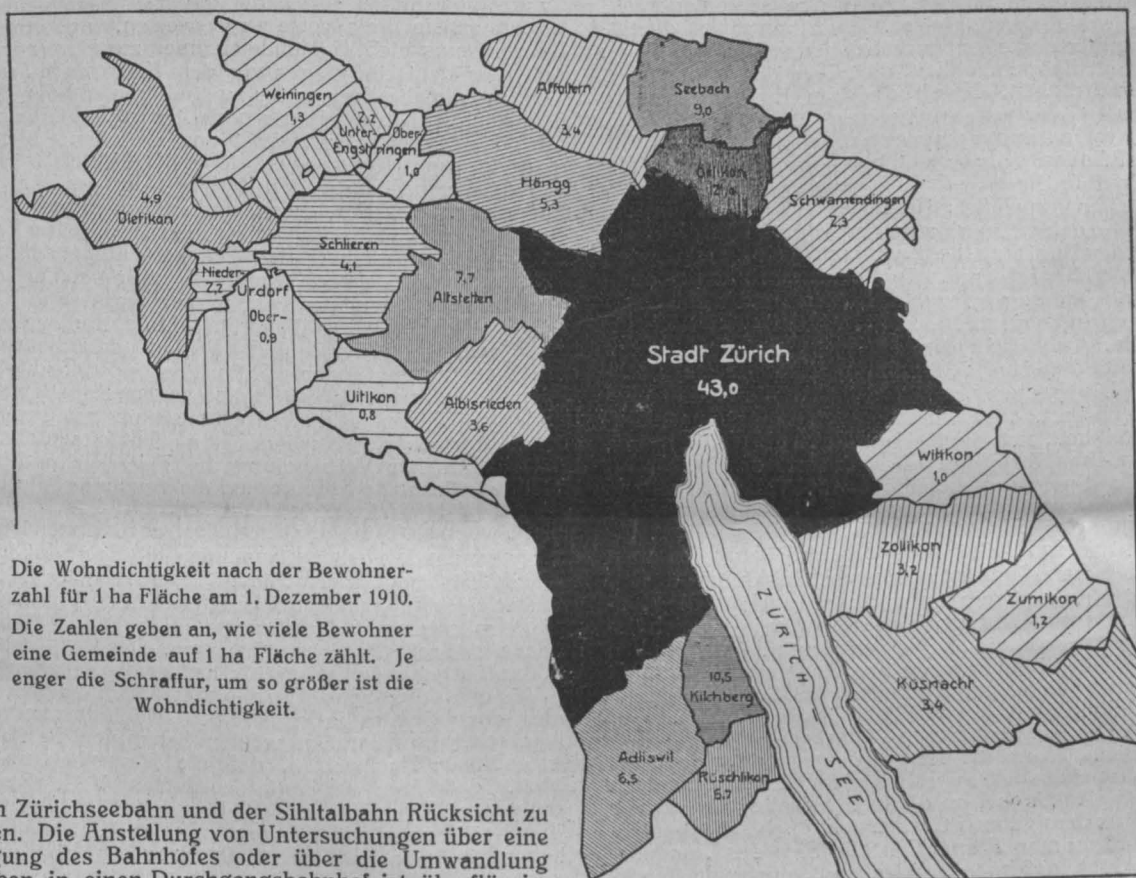
Bildung ein Rückgang der Bevölkerung ein. In den Vororten stieg die Einwohnerzahl bis 1888 nur langsam, von 19700 auf 24900 Köpfe. Erst vom Jahre 1888 an beginnt eine stärkere Aufwärtsbewegung, die Ende 1913 mit 59600 Seelen abschließt. Ueber die künftige Entwicklung der Einwohnerzahl lassen sich nur unsichere Angaben machen. In der Annahme jedoch, daß sich die Bevölkerung von Zürich und seinen Vororten bis zum Jahre 1950 etwa in gleicher Weise vermehrt, wie in dem Zeitraum von 1888 bis 1914, werden als Gesamt-Bewohnerzahl für Zürich und Vororte angenommen im Jahre 1920 286500, 1930 338500, 1940 390500 und 1950 442500 Seelen. Daraus ergeben sich die Vorkehrungen für Wohnung und Verkehr.

Im Einzelnen wird vom Wettbewerb gefordert, die vorhandenen Hauptstraßenzüge, die Straßenbahnen und die Eisenbahnlinien mit Rücksicht auf den zu erwartenden Verkehr auszugestalten und zu ergänzen. Für die Haupt-Verkehrsrichtungen kann die Anlage einer Automobilstraße in selbständiger Anlage oder in Verbindung mit einer Ausfallstraße erwogen werden. Bei der Ausgestaltung der Eisenbahnlinien ist auf den Umbau der links-

planen. Kasernen, Exerzierplätze und Zeughäuser in Zürich, der Botanische Garten usw. können verlegt werden.

Verlangt werden ein allgemeiner Bebauungsplan 1:10000 und die Uebertragung der wesentlichen Teile des Entwurfes in die Uebersichtskarte 1:25000. Ferner die Aufstellung von mindestens 2 Einzelplänen für solche Teile des Wettbewerbsgebietes, die Bedeutung haben für die Stadt- und Vororte-Entwicklung. Als Beispiele hierfür werden genannt: Sanierung eines Teiles der Altstadt Zürich, Bebauungsplan für das Kasernenviertel, Bebauungsplan für ein Wohnviertel in geschlossener oder in offener Bauweise, Ausgestaltung von Fluß- und See-Ufern usw. Ferner wird verlangt ein kurz gefaßter Erläuterungsbericht. Schaubilder sind nicht verlangt; nicht farbig sind jedoch zulässig. Bei der Beurteilung wird auf die praktische Durchführbarkeit der Entwürfe im Hinblick auf die Kosten Wert gelegt.

Zur Auszeichnung von höchstens fünf Entwürfen stehen 65000 Franken zur Verfügung, die unter allen Umständen zur Verteilung gelangen. Weitere 15000 Franken können in Teilbeträgen von mindestens



ufrigen Zürichseebahn und der Sihltalbahn Rücksicht zu nehmen. Die Anstellung von Untersuchungen über eine Verlegung des Bahnhofes oder über die Umwandlung desselben in einen Durchgangsbahnhof ist überflüssig, denn die Belassung des Personenbahnhofes als Kopfstation an seinem jetzigen Ort ist ein unabänderliches Gebot. Dagegen sind zu fordern eine planmäßige Erweiterungsmöglichkeit der Anlagen und eine Vermehrung der Gleise und Bahnsteige. In einem bereits vorliegenden Vorentwurf sind die Zugaufstellgleise von 11 auf 22, die Personenbahnsteige von 6 auf 12 und außerdem die Anlage von 7 Gepäckbahnsteigen vorgesehen. Ein Anschluß des Wettbewerbsgebietes an die Rheinschiffahrt durch Limmat und Glatt und die Verbindung mit dem Zürichsee sind ins Auge zu fassen; für Häfen mit Umschlagplätzen usw. sind Vorschläge zu machen. Bei der Aufteilung des noch nicht bebauten Geländes ist eine Trennung der zu bebauenden Flächen durch Freiflächen anzunehmen. Die vorhandenen Wälder sind zu schonen. Wiesenanlagen, Friedhöfe, Spiel-, Sport- und Schießplätze, Ausstellungsgelände und ein Tiergarten sind angemessen anzulegen und zu verteilen. Bach-, Fluß- und Seeufer sind frei zu halten und für die öffentliche Benutzung zu sichern. Ausnahmen namentlich zum Vorteil der künstlerischen Wirkung des Stadt-, Dorf- und Landschaftsbildes sind zulässig. Wo die Bevölkerung in geschlossener Bebauung wohnt, sind Freiflächen für Mietgärten auszusparen. Wohn- und Industrieviertel sind zu scheiden; an die bisherige bauliche Entwicklung ist anzuknüpfen. Für die Bevölkerungszunahme bis 1950 sind öffentliche Gebäude, Markthalen, Fluß- und Seebade-Anstalten, Volksbäder, Bibliotheken, Schulen usw. zu

2000 Franken zum Ankauf von Entwürfen ganz oder teilweise zur Erhöhung der Preise verwendet werden.

Das Preisgericht besteht aus den Hrn. Dr. E. Klöti, Vorstand des Bauwesens I in Zürich; städt. Brt. W. Bertsch in München; Geh. Reg.-Rat Prof. J. Brix in Charlottenburg; Arch. Edm. Fatio in Genf; Stadtbmstr. Fißler, Ob.-Ing. Grünhut, Prof. Dr. Gull in Zürich; Arch. Herm. Jansen-Berlin; Kantons-Ing. Keller in Zürich; Prof. Dr. Karl Moser in Zürich; Prof. Rich. Petersen in Danzig und Stadting. Wenner in Zürich. Als Ersatzleute sind gewählt: Arch. Bernoulli in Basel, Stadting. Dick in St. Gallen, Geh. Hofrat Prof. E. Genzmer in Dresden und Beigeordneter Rehorst in Köln. Die preisgekrönten oder angekauften Entwürfe können ohne weitere Verpflichtung an die Verfasser benutzt werden. Es bleibt jedoch vorbehalten, durch gute Lösungen sich auszeichnende Verfasser bei einer weiteren Bearbeitung ihrer Vorschläge zu beteiligen. Nach dem Vorstehenden ist die Vorbereitung dieses wichtigen Wettbewerbes so ausgezeichnet und zuverlässig, daß die Fachgenossen mit größtem Vertrauen in die Bearbeitung der schweren, aber anziehenden Aufgabe eintreten können.

Inhalt: Für das Vaterland. — Deutsche Kunst in französischem Urteil. — Wettbewerbe. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.

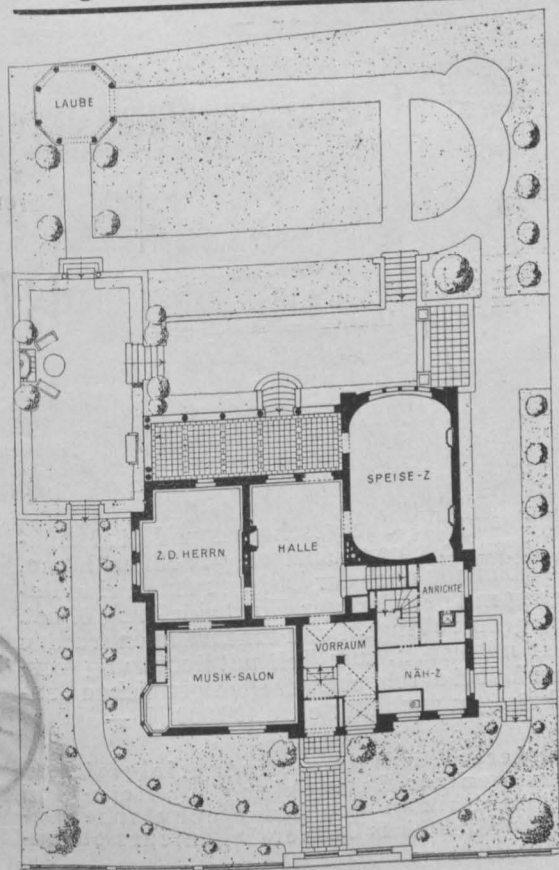


WOHNHAUS BLASCHKO IN BERLIN-GRÜNEWALD *
 ARCHITEKT: DIPL.-ING. MAX LANDSBERG IN BERLIN-
 WILMERSDORF. * INNENANSICHT DER VORHALLE.
 DEUTSCHE BAUZEITUNG
 * * * * * 50. JAHRGANG 1916. * NO. 11. * * * * *



DEUTSCHE BAUZEITUNG

50. JAHRGANG. N^o 11. BERLIN, DEN 5. FEBRUAR 1916.



Einfamilienhäuser in Berliner westlichen Vororten.

Architekt: Dipl.-Ing. Max Landsberg in Berlin.

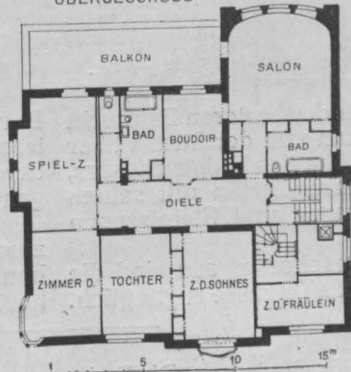
II. Wohnhaus Blaschko im Grunewald.

Hierzu eine Bildbeilage, sowie die Abbildungen S. 63.



Das Wohnhaus des Professors Dr. Blaschko im Grunewald ist auf altem Waldgelände zwischen Giebelhäusern, die tief in ihren Gärten liegen, errichtet. Daher konnte es als ein nach allen Seiten freistehendes Haus ausgebildet werden, dessen Giebel, Erker und Galerien wie die Glieder eines voll-

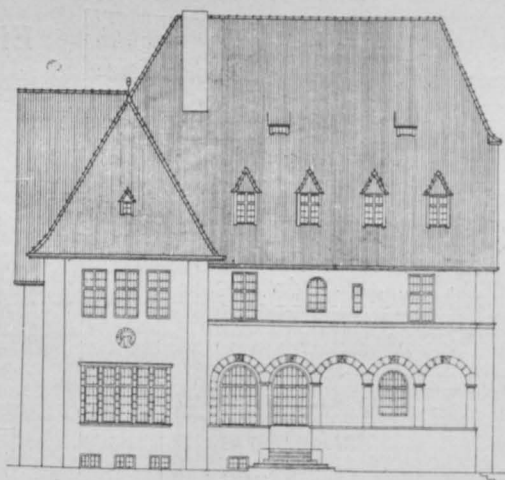
OBERGESSCH



plastischen Körpers von einer Frontansicht zur anderen hinleiten. Durch seine architektonischen Formen ordnet es sich ungesucht als deutsches Landhaus in die vorhandene Umgebung ein. Es ist ein Putzbau mit rotem Ziegeldach in deutscher Deckung. Der Putz ist gespritzt und dann mit der Kelle abgestrichen. Die Fenster mit dunklen Holzrahmen liegen in den Flächen der Außenfronten. Sie haben durchweg rheinisches Glas mit Bleisprossen erhalten. Portal, Säulen und einige Gliederungen sind in Kunststein ausgeführt.



Seitenansicht Maßstab 1:133,3.



Da das Grundstück nach der hinteren Bauflucht um etwa 2 m fällt, gelangt man von der Straße über wenige Steigungen auf die Höhe des Erdgeschosses, von dem aus sich der hintere Garten mit seinen grünen bepflanzten Böschungen und Steintreppen hinabsenkt.

Von der Diele des Erdgeschosses aus sind die Zimmer und die große gedeckte Terrasse zugänglich.

Vermischtes.

Ehrendoktoren Technischer Hochschulen. Die Technische Hochschule zu Berlin hat auf einstimmigen Antrag des Kollegiums der Abt. für Masch.-Ing.-Wesen dem Inhaber der Fa. Rud. Otto Meyer in Hamburg, Ernst Schiele,

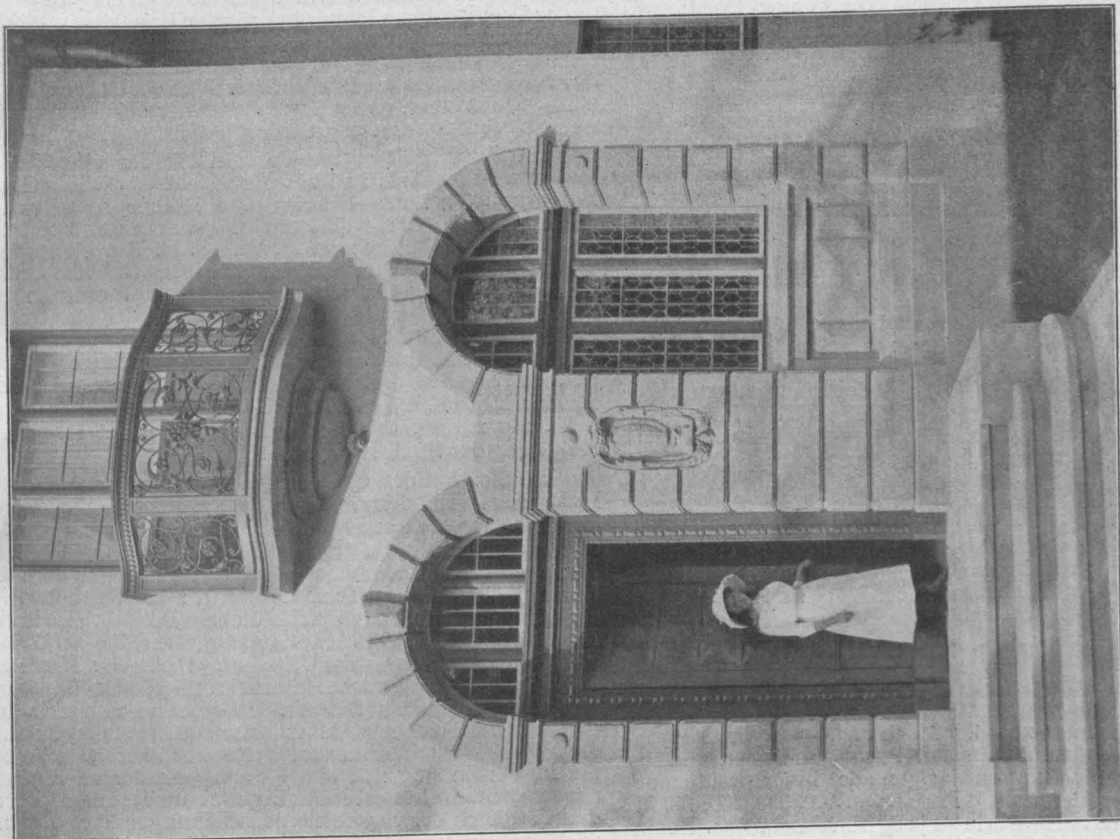
Der Mittelgang des Obergeschosses und die Haupttreppe liegen in einem einzigen gewölbten Raum, der sich ebenfalls nach der Diele zu durch eine Bogenöffnung mit portalartiger Holzbekleidung öffnet.

Eine größere Anzahl von Innenräumen wurden zum Teil mit neuen, zum Teil mit Benutzung vorhandener Möbel durchgebildet. Die eigentlichen Baukosten betragen auch hier etwa 100 000 M. —

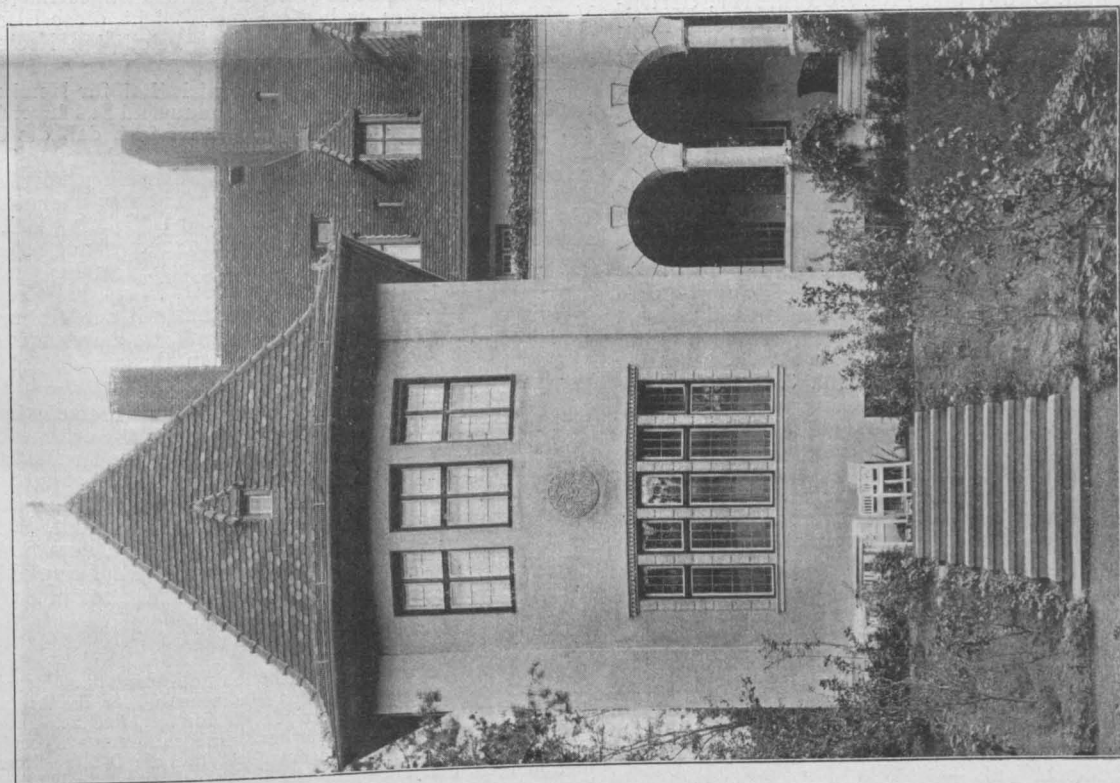
in besonderer Würdigung seiner erfolgreichen Bestrebungen zur Entwicklung der Heiz- und Lüftungstechnik in maschinentechnischer Beziehung die Würde eines Doktor-Ingenieurs ehrenhalber verliehen. —

Berufung von Technikern in das preuß. Herrenhaus.
Der Kommerz.-Rat Dr.-Ing. h. c. Friedrich Springorum, Gen.-Dir. des Eisen- und Stahlwerkes Friedrich Hösch in Dortmund und Vorsitzender des „Vereins deutscher Eisenhüttenleute“ ist in das Herrenhaus berufen worden. —

dem Gebiete der Baukunst und der Malerei zu wecken und dadurch die Freunde und Besucher der Stadt Köln zu mehren. Ferner soll eine Wiederbelebung des Kölner Kunstgewerbes, des Kunsthandwerkes und des Kunsthandels erstrebt werden. —
—a.



Einzelheit der Straßenseite.
Wohnhaus Blaschko in Berlin-Grünnewald.
Architekt: Dipl.-Ing. Max Landsberg in Berlin-Wilmersdorf.



Einzelheit der Gartenseite.
Einfamilienhäuser in Berliner westlichen Vororten.

Ein Generaldirektor für Kunst und Kunstgewerbe in Köln. Die Stadtverordneten-Versammlung von Köln ermächtigte den Oberbürgermeister, nach Friedensschluß den Professor Dr. Georg Biermann zu Darmstadt als Generaldirektor für Kunst und Kunstgewerbe zu berufen. Es handelt sich hierbei um die Schaffung eines neuen Amtes von umfassender Bedeutung. Dem Generaldirektor wird es u. a. obliegen, das Interesse weiterer Kreise für die weltberühmten Meisterwerke Kölns besonders auf 5. Februar 1916.

Die Berliner Wohnungsfrage nach dem Krieg. Die Not des Hausbesitzes und die Frage der Beschaffung von Kleinwohnungen nach dem Krieg beschäftigen weite Kreise unseres Volkes. So haben im Reichstag sämtliche Parteien Maßnahmen erwogen, den bevorstehenden Schäden wirksam entgegen zu treten. Ebenso haben sich die Gewerkschaften geregt. Es ist deshalb zu begrüßen, daß der Vortrag des Staatssekretärs a. D. Dr. Dernburg auf der Generalversammlung des „Groß-Berliner-Vereins

für Kleinwohnungswesen“ nunmehr im Druck unter dem Titel: „Krieg, Wohnungsfrage und Realkredit“ (Verlag Carl Heymann in Berlin) erschienen ist. Für Groß-Berlin wird besonders gewünscht — wie es auch durch die ganze Versammlung durchklang — einen einheitlichen Wirtschaftskörper zu erhalten. Die Anregungen Dernburg's griff der Städtebauer des Zweckverbandes, Baurat Beuster, auf und erläuterte an anschaulichen Beispielen aus der Groß-Berliner Praxis die Dringlichkeit der Neuorganisation der Verwaltung Groß-Berlins. Es sei ein Unding, daß die großen Aufgaben des Siedelungswesens, wie das jetzt der Fall ist, gerade den Händen der wirtschaftlich schwachen Gemeinden überantwortet seien. Die Hauptlasten der Reform des Siedelungswesens müßten auf die gemeinsamen Schultern Groß-Berlins gelegt werden. In diesem Wirtschaftskörper Groß-Berlin fordert Baurat Beuster ferner eine durchgreifende Verbesserung der Verwaltungs-Organisation des Siedelungswesens. An die Stelle der heutigen Zerplitterung in zahllose Instanzen müsse eine Konzentration der öffentlichen Siedelungsgeschäfte mit der richtigen Gliederung in lokalen Stellen treten. Nur durch eine derartige straffe Organisation werde es möglich sein, die heutigen unbefriedigenden Zustände im Groß-Berliner Siedelungs- und Wohnungswesen allmählich zu verbessern und dem schwer darnieder liegenden Siedelungsgewerbe zu neuer Blüte zu verhelfen. Habe man nicht den Mut zur durchgreifenden Neuorganisation, so müsse um die Zukunft Groß-Berlins gebangt werden. Der von Diplom-Ing. Leyser erstattete, in der Veröffentlichung enthaltene Geschäftsbericht gibt gleichfalls eine Reihe wertvollen Materials über die Arbeiten des Vereins für das Groß-Berliner Siedelungswesen. —

Wettbewerbe.

Ein Preisausschreiben um Entwürfe zu Heldenhainen schreibt der Beratungsausschuß für Heldengräber in Ostpreußen mit Frist zum 20. März d. J. unter in Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Posen, Schlesien und der Provinz Brandenburg ansässigen oder in Ostpreußen geborenen Künstlern aus. 4 Preise von 500, 300, 200, 100 M., Ankauf weiterer Entwürfe zu je 50 M. vorbehalten. Bedingungen vom Landeshaus Königsberg i. Pr. Im Preisgericht die Herren Prof. Cauer und Prof. Rodemeier, Gartendirektor Käber, Dir. d. kgl. Kunst- u. Gew.-Schule Reg.-Bmstr. May, Bt. Prof. Dr. Dethlefsen, Reg.-Bmstr. Prof. Lahrs, Landesbrt. Ploke, Arch. Schönwald, sämtlich in Königsberg i. Pr. —

Schinkelwettbewerb des Berliner Architekten-Vereins für 1917. Die Preisaufgaben für das Schinkelfest 1917 behandeln folgende Gegenstände: 1. Auf dem Gebiet der Architektur ist der Entwurf gefordert zu einem Heim für Kriegsbeschädigte, das in der Nähe einer Großstadt in schöner Gegend für etwa 2000 Kriegsbeschädigte (darunter etwa $\frac{1}{4}$ verheiratet) errichtet werden soll. 2. Auf dem Gebiet des Eisenbahnbaues ist der Entwurf zu einer 4-gleisigen Untergrundbahn für Vorort- und Stadtverkehr vorgesehen, und zwar handelt es sich um eine Linie, welche die dicht bebauten, zwischen Stadtbahn und Nordring gelegenen Gebiete der Städte Berlin und Charlottenburg durchqueren soll. 3. Auf dem Gebiet des Wasserbaues handelt es sich um den Entwurf zum Ausbau der Saale bei Merseburg, um diese zur Aufnahme des geplanten Schiffahrtskanales von Leipzig zur Saale für 600⁺ Schiffe aufnahmefähig zu machen. Im Zusammenhang damit steht der Bau einer Nebenbahn-Linie Leipzig—Merseburg, der Entwurf der Ausgestaltung des Bebauungsplanes letzterer Stadt zur Anlage von Hafenanlagen, Industrie-Ansiedlungen usw. —

Ein Preisausschreiben zur Gewinnung von Plänen für die Anordnung und Ausgestaltung des Rathaus-Vorplatzes zu Spandau, beschränkt auf in der Provinz Brandenburg ansässige Architekten, erläßt der Magistrat von Spandau mit Frist zum 1. Mai d. J. Vier Preise von 2000, 1200, 800, 500 M. und Ankauf eines Entwurfes bei einstimmigem Beschluß des Preisgerichtes. Unterlagen gegen 4 M., die zurück erstattet werden, durch den Magistrat, aber erst vom 15. Februar d. J. ab. —

Ein Preisausschreiben der Verlagsanstalt Alexander Koch in Darmstadt betrifft Skizzen zu dekorativen Anordnungen in der Wohnung, dargestellt in Schwarzweiß-Technik. Das Preisausschreiben sucht Anregungen zu erlangen für die dekorative Aufteilung an Wänden, für künstlerisch wirksame Zusammenstellung von Gegenständen der Wohnungs-Einrichtung und des Raumschmuckes. Drei I. Preise von je 100 M., zwei II. Preise von je 75 M. und drei III. Preise von je 50 M., zehn Ankäufe für je 25 M. Frist 15. April 1916. Das Preisgericht

besteht aus Mitgliedern der Redaktion der Zeitschrift „Innen-Dekoration“. —

Ein Preisausschreiben zur Gewinnung eines Aufteilungs- und Neubebauungsplanes für das Gelände des alten Rathauses zu Spandau erläßt der dortige Magistrat für in der Provinz Brandenburg ansässige Bewerber mit Frist zum 1. April d. J. Drei Preise von 1000, 600, 400 M., also Gesamtsumme 2000 M., die auf einstimmigen Beschluß des Preisgerichtes auch in anderer Weise verteilt werden kann. Unterlagen gegen 3 M., die später zurück erstattet werden, vom 8. Febr. d. J. ab durch den Magistrat. —

Ein Ausschreiben um Vorentwürfe für eine Volkshaus- und eine Hilfsschule in Köln-Ehrenfeld erläßt der Oberbürgermeister für selbständige Kölner Architekten, die am 1. August 1914 dort ansässig waren und noch ansässig sind, mit Frist zum 25. Mai ds. Js. Zur Verfügung stehen 8000 M. für den Ankauf der besten Entwürfe, über deren Verteilung ein Gutachter-Ausschuß entscheidet. Höchster Ankaufspreis jedoch 1500 M., niedrigster 300 M. In dem Ausschuß die Hrn.: Beigeordneter Reg.- u. Bt. A. D. Zschirnt, Stadtbauinsp. Bt. Kleefisch, Stadtbauinsp. Stooss, Stadtverord. Arch. Nöcker, Stadtverord. Arch. Perthel, Arch. B. D. A. Prof. Stiller. Unterlagen gegen 3 M., die zurück erstattet werden, von der Hochbau-Abteilung der Stadt Köln, Stadthaus. —

Wettbewerb der Ortsgruppe Hannover des „Bundes Deutscher Architekten.“ Es ist der Wettbewerb, welchen die Ortsgruppe Hannover des B. D. A. für ihre Mitglieder ausgeschrieben hatte (Jahrg. 1915, S. 372) kürzlich zum Austrag gekommen und hat folgende Ergebnisse gebracht: I. Preis: Architekt B. D. A. Otto Lüer in Hannover, für ein Gasthaus mit landwirtschaftlichem Betrieb. II. Preis: Architekt B. D. A. Otto Lüer in Hannover, für ein Wohn- und Geschäftshaus in der Altstadt. III. Preis: Architekt B. D. A. Emil Lorenz in Hannover, für ein Gasthaus mit landwirtschaftlichem Betrieb. Abgesehen von dem bemerkenswerten rein baukünstlerischen Ergebnis, welches die Entwürfsarbeiten für den Wettbewerb lieferten, hatten die in Verbindung mit den Plänen geforderten Erläuterungsschriften ein wertvolles Ergebnis insbesondere durch den Vergleich der verschiedenen Meinungen über die Entwicklung unserer Baukunst im deutschen Sinne. Wertvoll aber sind auch die Ergebnisse, die das eingeschlagene Verfahren brachte; es besteht die Absicht, diese Erfahrungen den am Wettbewerbswesen beteiligten Kreisen mitzuteilen. —

Ueber den Wettbewerb Ehrenfriedhof für Homberg am Niederrhein gehen uns noch andauernd Beschwerden zu. Ein Einsender aus Barmen stellt fest, daß die Gebühren für den Bezug der Unterlagen im Betrag von 2 M. nicht rückvergütet wurden. Das Ausschreiben sah allerdings eine solche Rückvergütung nicht vor, doch ist es eine Gepflogenheit und entspricht der Billigkeit, die Teilnehmer an Wettbewerben, die ohnehin schon genug opfern, vor Barauslagen tunlichst zu bewahren. Ein Einsender aus Mülheim-Ruhr hat sich an den Bürgermeister in Homberg um Zusendung einer Abschrift der Verhandlungsschrift der Preisrichter gewandt, da die verspätete Bekanntgabe der Ausstellung einen Besuch derselben nicht möglich machte. Er blieb ohne Nachricht. —

Im Wettbewerb um Entwürfe zu einem Freischwimmbad in Brüg i. B. (vergl. Jahrg. 1915, S. 448) eröffnet für deutsch-österreichische und reichsdeutsche Architekten wurden die 3 Preise von 1000, 800, 500 Kr. wie folgt verteilt: I. Pr. dem Entwurf mit dem Kennwort „Moderne Anschauung“, Verfasser noch nicht ermittelt, II. Pr. dem Arch. Josef Wentzler in Köln, III. Pr. dem Stadt-Bmstr. Gustav Kahleis in Brüg. Zum Ankauf empfohlen die Entwürfe des Arch. Dipl.-Ing. Rolf Malcher in Baden bei Wien und Ernst Wolf in Dresden. —

Chronik.

Ueber Wiederherstellungs-Arbeiten an Kunstdenkmälern des Großherzogtums Baden machen badische Blätter die Angabe, daß im Staatsvoranschlag für 1916-17 für folgende Kunstdenkmäler Erhaltungs- und Wiederherstellungsarbeiten vorgesehen sind: für die Kirche in Wasenweiler, für die Ottilien-Kapelle in Eppingen, die Jodoks-Kapelle in Ueberlingen, die Kirche in Handschuhsheim, die Festungsanlagen in Neckarbischofsheim, das österreichische Schlößchen in Radolfzell, das Rathaus in Grünsfeld, das Markgräflische Schloß in Emmendingen, das Rathaus in Unterschüpf, ferner bedeutsame alte Fachwerkhäuser in allen Teilen des Landes. In den Staatsvoranschlag sind hierfür 60 000 M. eingestellt. Aus diesen Mitteln sollen außerdem noch eine Anzahl Wandmalereien in kirchlichen und weltlichen Gebäuden erhalten werden. —

Ein neues Bibliotheks-Gebäude der Harvard-Universität in Cambridge in Nordamerika ist durch den Bibliophilen Harry Elkins-Widener der Universität nebst einer Bücherei von 30 000 Bänden testamentarisch vermacht worden. —

Versammlungen und Berichte.

Hauptversammlung des Vereins deutscher Ingenieure. Am 21. November v. J. wurde die Hauptversammlung, zu der 48 Bezirksvereine im Deutschen Reich und des Oesterreich. Verbandes Vertreter entsandt hatten, im eigenen Vereinshaus zu Berlin durch eine bemerkenswerte Ansprache des Vorsitzenden, Geh. Baurat Dr.-Ing. h. c. v. Rieppel, Generaldir. der Masch.-Fabrik Augsburg-Nürnberg A.-G., über den „Ingenieur als Förderer der Volksbildung“ eröffnet. Der Vortragende behandelte zunächst die tiefgehenden Einwirkungen des Krieges auf die gesamte Kultur und Wirtschaftsführung der beteiligten Völker und betonte, daß nur dasjenige Volk ohne dauernden Schaden aus dem Krieg hervorgehen werde, das unter Anspannung aller Kräfte und bei weitestgehender Sparsamkeit sowie einträchtigem Zusammenwirken aller Stände und Bevölkerungsklassen weiter vorwärts streben wird. Obwohl der Redner durchaus die wohltätigen Folgen anerkennt, die die früheren großen Kriege für die Weiterentwicklung Deutschlands in kultureller Hinsicht gehabt haben, hat doch erst der jetzige Krieg den Beweis erbracht, daß wir ein einheitliches und starkes Volk sind, dessen einzelne Stände und Stämme im Augenblick der Gefahr fest zusammenhalten. Dieses Ergebnis verdanken wir zum großen Teil unseren Schulen und unserer militärischen Volkserziehung. Alle Angriffe der Feinde werden daher an der Stärke unserer staatlichen und militärischen Einrichtungen abprallen, und unsere Kultur und unser Wirtschaftsleben werden nach erfolgreicher Beendigung des Krieges einen weiteren Aufschwung nehmen. Hierzu ist es aber notwendig, daß die jetzige Einigkeit dauernd erhalten bleibt und daß die Ursachen der bisherigen Trennung des Volkes in Arbeitnehmer und Arbeitgeber beseitigt werden.

Nach Auffassung des Vortragenden gründen sich diese trennenden Gegensätze allein auf die verschiedene Auffassung über staatsbürgerliche



Pflichten und Rechte des Einzelnen der Gesamtheit gegenüber. Es ist also erforderlich, daß jeder junge Staatsbürger, sei er künftig Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, rein sachlich über seine staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten und über die Aufgaben eines geordneten Staatswesens unterrichtet wird. Diese Seite der Erziehung ist aber bisher von unseren Schulen fast gar nicht berücksichtigt worden, sodaß hier Abhilfe dringend Not tut. Ein weiteres Mittel, die Klassegegensätze zu mildern, liegt darin, daß für alle Volksklassen die gleiche Bildungsmöglichkeit geschaffen werde. Zu diesem Zweck müßte ein organischer Zusammenhang zwischen Volksschule und Mittelschule geschaffen werden; ein großer Fortschritt wäre bereits dadurch erreicht, wenn durch gegenseitige Anpassung der Lehrpläne der Volksschule und Realschule ein Uebergang von der Volksschule in die Realschule noch nach Absolvierung der Volksschule ermöglicht würde. Der Vortragende gibt hierauf eine Uebersicht über den Stand des Volks- und Fortbildungs-Schulwesens und tritt lebhaft für einen weiteren Ausbau des Fortbildungs-Schulwesens in Deutschland, insbesondere in der Richtung ein, daß der jetzige bis höchstens zum 18. Jahre dauernde Fortbildungs-Unterricht durch freiwillige Abendkurse bis zum 20. Jahr verlängert wird.

Die Erteilung eines staatsbürgerlichen Unterrichtes in der Volksschule hält der Redner nicht für zweckmäßig und wünschenswert. Dagegen sei auf einen derartigen Unterricht in den Fortbildungs- und höheren Schulen wesentlich mehr Wert als bisher zu legen. Der Unterricht müsse jedoch so gegeben werden, daß nicht eine Erziehung zu einer bestimmten bürgerlichen Richtung stattfinde, denn nur ein vollkommen unparteiischer Unterricht könne ein Gegengewicht für die bisherige, vor allem durch die Presse der verschiedensten Parteien ausgeübte zu frühzeitige Partei-Erziehung bieten. Gerade die Ingenieure, die als Vermittler zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern mit den breiten Volksmassen zu tun haben, seien berufen, für die staatsbürgerliche Aufklärung und Ausdehnung des staatsbürgerlichen Unterrichtes in Werksschulen und Fortbildungsschulen tätig zu sein. Hierzu sei es aber erforderlich, daß auch an den Technischen Hochschulen und Mittelschulen der staatsbürgerliche Unterricht mehr als bisher gepflegt werde.

Neben den Bestrebungen, breiten Volksschichten den Aufstieg zu höherer Bildung zu ermöglichen, muß auch eine Förderung der Charakterbildung Hand in Hand gehen, denn nur Pflichterfüllung, ideale Lebensauffassung und einfache Lebenshaltung können ein Volk vor dem Untergang beschützen. Es sei daher die Pflicht der Ingenieure, einen dementsprechenden Unterricht in allen Bildungsanstalten zu fordern und nicht auf dem Erreichten auszuruhen, sondern alle die Bestrebungen zu fördern, die zur Erreichung der dargelegten Ziele beitragen.

Reicher Beifall belohnte den Vortragenden für seine anregenden Ausführungen.

Hierauf wurde der Antrag des Vorstandes, Hrn. Winkl. Geh. Ob.-Brt. Dr.-Ing. Rud. Veith-Berlin, mit Rücksicht auf seine Verdienste um die Entwicklung des deutschen Kriegsschiffbaues die höchste Ehrung des Vereins, die goldene Grashof-Denkmünze, zu verleihen, einstimmig angenommen. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde Ob.-Reg.-Rat Staby-Mannheim und zum Beigeordneten Generaldir. Neuhaus-Berlin gewählt. Ferner wurde der bisherige stellvertretende Dir., Prof. C. Matschoß, zum Direktor des Vereins und Gewerbeassessor Hellmich zum stellvertretenden Direktor der Geschäftsstelle erwählt. Aus den folgenden geschäftlichen Verhandlungen ist zu erwähnen, daß der „Verein deutscher Ingenieure“ das erste Kriegsjahr wirtschaftlich sehr gut überstanden hat, indem die Betriebsrechnung für das vergangene Jahr 1914 zwar ohne Gewinn, aber auch ohne nennenswerten Verlust abschließt. Es ist daher zu erwarten, daß die wirtschaftliche Entwicklung des Vereins in Zukunft ebenfalls günstig bleiben wird, zumal der Verein über ein Vermögen von mehr als $1\frac{3}{4}$ Mill. M. verfügt. Von den die Allgemeinheit hauptsächlich angehenden Anträgen sei besonders die Bewilligung von 50000 M. zur Förderung des Glieder-Ersatzes für Kriegsbeschädigte zu erwähnen. Auch der Förderung des in Deutschland im Gegensatz zu anderen Ländern noch sehr im argen liegenden technischen Bücherwesens will man sich tatkräftig annehmen. —

Vereinigung Berliner Architekten, Ortsgruppe Groß-Berlin des Bundes Deutscher Architekten. I. ordentl. Mitgliederversammlung am 7. Oktober 1915. Anw.: 35 Mitglieder.

Der Vorsitzende, Geh. Brt. Wolfenstein, eröffnete die Sitzung, indem er den anwesenden Bundesvorsitzenden, Hrn. Geh. Brt. Prof. Frentzen, begrüßt und mit

warmen Worten derjenigen Mitglieder gedenkt, die seit dem Zusammentritt des neuen Vorstandes verstorben sind. Es sind das die beiden Mitbegründer der „Vereinigung“, Prof. Dr.-Ing. K. E. O. Fritsch und Arch. Hermann Ziller, ferner die Hrn. Hessel, Goldschmidt und Rich. Schlüter. Nach einigen Berichten über den derzeitigen Mitgliederstand, die Tätigkeit des Vorstandes, sowie über die Kassenverhältnisse und die Einziehung der Mitgliederbeiträge, bei der das Geschäftsjahr des Bundes (1. Jan. bis 31. Dez.) von jetzt ab zugrunde gelegt werden soll, wird der Antrag des Vorstandes angenommen, die Beiträge der Ehrenmitglieder an den Bund aus der Vereinskasse zu zahlen.

Hr. Albert Hofmann berichtet sodann über das neue Kunst- und Kulturhistorische Museum im St. Annenkloster zu Lübeck. Nach einer kurzen Würdigung der Stadtanlagen Lübecks und Geschichte des St. Annenklosters kommt der Vortragende auf den Ausbau des Klosters zu einem städtischen Museum und bezeichnet die Art, wie die Angelegenheit seitens der Stadt und des Staates behandelt worden sei, als mustergültig und das Entstandene als über den engen Kreis Lübecks hinaus für ganz Deutschland als vorbildlich. An der Hand von Zeichnungen und Photographien führt der Redner das Geschaffene vor und würdigt namentlich die Verdienste des Architekten, Baudir. Baltzer und des leitenden Direktors Dr. Schäfer. Eine große Zahl ausgezeichneter Lichtbilder gaben einen Ueberblick über die Bestrebungen zur Erhaltung und Verbesserung des Stadtbildes von Lübeck. Der Ausbau des St. Annenklosters selbst sei ein hervorragendes Beispiel für die Handhabung der Denkmalpflege von seitens des Lübeck'schen Staates. Der Vortragende fand großen Beifall. (Vergl. im Uebrigen die ausführliche Veröffentlichung in der „Deutsch. Bauztg.“, Jahrg. 1915, S. 469 u. ff.)

Nachdem die Hrn. Arnold Hartmann und Spindler in den „Ausschuß für gemeinsame Angelegenheiten“ wiedergewählt wurden, faßt der Vorsitzende die Vorarbeiten des Vorstandes in der Frage des Wiederaufbaues in Belgien zusammen. Es erscheine demselben als eine Pflicht, in dieser wichtigen Angelegenheit einen entscheidenden Schritt seitens der Architekten-Schaft Deutschlands heute vorzubereiten. Hr. Albert Hofmann erhält das Wort zur Berichterstattung. Der Denkmalpflegetag in Brüssel — so führt dieser aus — sei sozusagen unter Ausschluß der Öffentlichkeit abgehalten worden. Nachträglich sei erst zur Kenntnis gelangt, daß politische und militärische Gründe die Abhaltung der Tagung in einem engen Rahmen gefordert hätten. Ueber diese selbst liege ein Bericht des „Dresdner Anzeiger“ vor, verfaßt von Hrn. Dr. Schumann, dem ständigen Sekretär der Denkmalpflegetage. Danach hätten u. a. gesprochen: Clemen über die Fürsorge für die französischen Kunstdenkmäler, v. Förster-Streffleur über die österreichische Denkmalpflege in Galizien und Polen, Dr. Gurlitt über Krieg und Denkmalpflege, Rehorst über die künftigen Aufgaben des Städtebaues in Belgien, Dr. Lindner über Heimatschutzfragen in Ostpreußen und von Oechelhäuser über die Verunstaltung der Natur in Belgien. Die von Hrn. Rehorst aufgestellten Grundsätze könnten auf eine Zustimmung der Architektenkreise wenig rechnen, selbst wenn sie in der Form zur Durchführung gelängen, wie sie Gen.-Gouv. von Bissing in seiner Schlußrede ergänzte und einschränkte. Nach Verlesung des Entwurfes einer Eingabe wird der Antrag des Vorstandes, diese dem Bunde als Unterlage zu überweisen und ihn zu bitten, mit dem „Verband Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine“ in Verbindung zu treten, nach einer lebhaften Aussprache mit allen gegen 2 Stimmen angenommen. — Ktz.

Architekten-Verein zu Berlin. Versammlung am 15. Novbr. 1915. An diesem Tage hielt Hr. Stadtmstr. Haase aus Altona-Bahrenfeld einen Vortrag mit Lichtbildern an der Hand architektonischer Reiseskizzen über: „Die Bedeutung des Lahntales in städtebaulicher Beziehung“.

Zuerst wurde Biedenkopf im Lichtbilde gezeigt, das Schloß, der Marktplatz, der obere Markt mit einem schönen Laubrunnen an der Straßenkreuzung, darauf Marburg, das ein vollendetes Bergstadtbild zeigt, Ansichten vom Deutschordenshaus, der Universität, dem Schlosse, der Lahnbrücke, des Barfüßertores zogen vorüber. Bei letzterem ist die feine Kurve der Straßenführung beachtenswert, von selbst ergibt sich dadurch eine Platzwand. In Gießen ist ebenfalls die Altstadt in städtebaulicher Beziehung beachtenswert, zumal der Landgraf Philipp-Platz, mit dem neuen Schloß, der Marktplatz und der Brandplatz. Gut studieren kann man an dem Stadt-

plan, daß die Radialstraßen als Hauptverkehrsstraßen und die Peripheriestraßen als schmalere Wohnstraßen oder Promenaden ausgebildet sind. Nordwestlich von Gießen liegt die Burg Gleiberg; dann an der Lahn die Kirche von Niedergirmes, eine schlichte alte Dorfkirche, der Markstein des Ortes und dicht dabei Wetzlar mit dem weit sichtbaren Wahrzeichen, dem Dom; dann Burg Kalsmunt, die mittelalterliche Reichsfeste; von Steindorf, Obernbühl und Oberndorf wurden die bodenständigen Dorfkirchen gezeigt. Es folgten der Luftkurort und Schloß Braunfels mit malerischen Bildern vom Marktplatz und ferner Schloß Leun mit seinen schönen alten Fachwerkhäusern. In städtebaulichem Sinne ist Weilburg von Bedeutung mit dem schönen Marktplatz und seinen gut gelösten Platzwänden. Durch das Anbauen des Rathauses an die Profanbauten ist eine gute Geschlossenheit des Platzes erreicht. Weilburg hat meistens gute Straßenführungen, auf der Anhöhe befindet sich das alte Schloß mit seiner kräftigen Masse, aus der Barockzeit stammt das Postamt mit dem Brückenhäuschen und der typisch ausgebildeten Straßennachse. Dann ging es nach Stadt und Burg Runkel, nach Dietkirchen und dem geschlossenen Stadtbilde von Limburg mit dem Dom St. Georg als Dominante, seinen schönen alten Fachwerkhäusern und harmonischen Straßenbildern. Gute Platzbildungen sind der Neumarkt, der Kornmarkt und der Bischofsplatz. An dem Stadtplan von Limburg erkennt man das allmähliche Wachsen der Stadt, es legt sich immer ein Häusergürtel mehr um das Zentrum. Die charakteristischen Eigenschaften der geraden, monumental und gekrümmten, malerischen Straßen wurden ausführlich besprochen, dann Diez mit der alten Lahnbrücke, dem Hauptfaktor im Straßen- und Landschaftsbilde, und seinen prächtigen Fachwerkbauten am Markt, gigantisch überragt von dem Schloß, das die Tiefenanregung zum Marktplatz gibt. Das ehemalige Schloß Oranienstein aus der Barockzeit, jetzt Kadettenanstalt, das reizend in der Landschaft liegende Kloster Arnstein, der Kirchplatz von Nassau mit der romanischen Kirche, Burg Nassau, Dausenau mit dem schiefen Turm, Bad Ems mit dem Kurhaus und Burg Lahneck, wo die Lahn in den Rhein mündet, wurden in über 100 teilweise farbigen Lichtbildern und klaren, flotten Skizzen gezeigt und in 1½ stündigem Vortrag eingehend erläutert.

Wie an einem Silberstreifen sind diese Perlen deutscher Städtebaukunst an der landschaftlich schönen Lahn aufgereiht. Der Redner schloß seine interessanten Ausführungen mit dem Hinweis, daß noch viele Reichtümer und Naturschönheiten an der Lahn, sowohl in den Städten, als auch in den Seitentälern vorhanden sind, sodaß es sich wohl lohnt, das Lahntal einmal in Augenschein zu nehmen. —

Verband Technischer Vereine in Mannheim. Der Verband hielt unter Vorsitz von Dir. Dr. Wittsack am 15. Dezember 1915 eine Sitzung ab, zu welcher der Geh. Bt. Franz Gerstner aus Frankfurt a. M. als Vortragender eingeladen war. Unter Vorführung von über 60 Lichtbildern sprach Redner über Hamburg zu Wasser und zu Land, mit dem ausgesprochenen Zweck, Propaganda zu machen für die 1912 in München beschlossene, leider durch den Krieg verschobene Wanderversammlung. Einleitung war die Stadtplan-Erklärung mit Lage der Alster-Becken, der Elbe und ihrer verzweigten, von bedeutenden Bauwerken umsäumten, mit Schiffen belebten Häfen. Die Besprechung begann beim Hauptbahnhof und seinen ober- und unterirdischen Baulichkeiten und Einrichtungen, sowie der Hoch- und Untergrundbahn. Sodann wurden auf einem Gang durch die großartige neue Mönckeberg-Straße die zwischen Bahnhof und Elbe liegenden kaufmännischen und öffentlichen Bau-Anlagen besprochen, die Petri- und andere alte, sowie neue Kirchen, die Kaufhäuser Hulbe, Semper, Barkhof mit von Korfu hierher versetztem Denkmal Heinrich Heine's und Monument für den Bürgermeister Mönckeberg, bestehend in Lesehalle und Standbild. Sodann folgten Rathaus, Börse, Ratskeller, Kaiser Wilhelm-Denkmal, die von Gilb. Scott in London als Denkmal an den Stadtbrand 1842 erbaute St. Nicolaikirche samt Hopfenmarkt, die Michaeliskirche, deren ursprünglicher Meister Sonnin war, ihre Brandheimsuchung 1906 und der Wiederaufbau in alter Form, aber als unverbranntes Bauwerk, schließlich das Luther- und das Lessing-Denkmal. In St. Pauli angekommen, besichtigten die Zuhörer das neue Opernhaus, die Deutsche Seewarte, die Kersten-Milesbrücke und zum wirksamen Schluß Lederers und Schaudts grandiose Bismarckstatue, Hamburgs mächtigen Roland, dessen gewaltige Abmessungen und Baugeschichte besonders interessierten. Auf einem Umweg besichtigten

die Zuhörer den Hagenbeck'schen Tierpark in Stellingen, nachdem sie im Hafen der Ausladung von Tieren durch den Riesen-Krahn des Amerika-Höfts beigewohnt hatten. Am Elbestrand erschien der Riesenlandungs-Bahnhof für die großen Dampfer und die Kuppel über dem rechtselbischen Eingang zum Doppeltunnel unter dem Strom, dessen Bauherstellung und Einrichtung, sowie sozialer Bedeutung Redner besondere Berücksichtigung zu Teil werden ließ, samt Fördereinrichtungen und Bauschmuck, sowie den verschiedenen Stadien der Bohrung und des Aufbaues. Sodann ging es zu dem weltbekannten Jungfernstieg mit seinen Bauten, dem Hamburger Hof, Dresdener Bank, Alster-Pavillon und Landungsstelle des Heeres der Alsterboote über, Lombardsbrücke, Bau der Hamburg-Amerika-Linie und Gemäldegalerie wurden besprochen und die Bau- und Garten-Anlagen um die Alster, auf welche im Einzelnen einzugehen die kurze Zeit verbot. Den Rest des Vortrages bildete die Vorführung verschiedener Riesen-dampfer und der Docks, auf denen sie gebaut sind, besonders das Schwimmdock von Blohm & Voß. Sodann wurden im Bau und fertig die Dampfer Auguste Victoria, Imperator und Vaterland samt Inneneinrichtung, Bädern, Gewächshäusern und luxuriösester Ausstattung vorgeführt und eine Hafen-Rundfahrt unternommen, bei welcher Segelschiff-Baken, Zoll- und Oberhafen und die sie umgebenden Bauten zur Sprache kamen. Diese Rundfahrt gab Gelegenheit, die landschaftlichen Schönheiten, staatliche Einrichtung und Volkswohlfahrts-Sorge und Zentral-Markt Hamburgs zu besprechen und zu recht zahlreichem Besuch der hoffentlich bald ermöglichten Wanderversammlung anzuregen. Reicher Beifall der Versammlung und Dankesworte des Vorsitzenden lohnten den Redner, mit dem ein Teil der Zuhörer zu gemüthlicher Aussprache zusammenblieb. —

Verband Deutscher Diplom-Ingenieure. (Bezirksverein Berlin). Auf einer der letzten Monatsversammlungen des verfloßenen Jahres sprach der Gen.-Skr. des „Deutsch-Chinesischen Verbandes“ Dr. Linde über das Thema „Was geht uns China an“. Der Redner wies einleitend auf die dringende Notwendigkeit hin, den Vorfällen in China ein lebhafteres Interesse entgegen zu bringen. Die deutsch-chinesischen Beziehungen hätten, so führte der Vortragende weiter aus, seit langem in erster Linie eine wirtschaftliche und kulturelle Seite gehabt. Viel weniger als andere große Staaten (mit Ausnahme der nordamerikanischen Union) sei Deutschland politisch oder militärisch angreifend in China aufgetreten. In diesem Zusammenhang wies Dr. Linde auch auf Tsingtau und seine große Bedeutung hin, eine Bedeutung, die nachwirken werde, trotzdem Tsingtau zur Zeit nicht mehr in unseren Händen sei. Diese politische Enthaltsamkeit, die die Grundlage unserer ausgezeichneten Beziehungen zu China bilde, müsse auch in Zukunft beibehalten werden. Wir hätten kein Interesse daran, wie England, Rußland und Japan, unseren Länderbesitz auf Kosten Chinas zu vergrößern, wir wollten vielmehr das heutige China in dem ungestörten Besitz seiner Territorien, auch seiner Außenländer erhalten wissen. Für uns sei China ein Gebiet der offenen Tür, in dem wir nur neben anderen Handel treiben wollten. Als Absatzmarkt und auch als Bezugsquelle werde aber China nach dem Krieg noch eine ganz andere Bedeutung als bisher für uns erhalten. China mit seinen 400 Millionen Menschen könne uns einen Ersatz bieten für manchen anderen Markt, der aus Anlaß des heutigen Krieges uns in Zukunft verschlossen sein werde. Allerdings werde es nicht leicht sein, unsere Stellung auf dem umstrittenen Boden Chinas zu festigen und auszubauen. Aber die auftretenden Hindernisse müßten überwunden werden, nicht erst in einer fernerer Zukunft, sondern gleich nach dem Krieg. Die Arbeit sei umfangreich genug, um allen großen Wirtschaftsmächten der Welt Raum zur Betätigung zu bieten. Dr. Linde schloß seine Ausführungen mit einem Aufruf an die Diplom-Ingenieure, mitzuarbeiten, daß das Verständnis für den fernen Osten und seine Fragen und die Ueberzeugung von der Notwendigkeit nachdrücklicher kultureller und wirtschaftlicher Arbeit Deutschlands in China in immer weitere Kreise unseres Volkes dringe. An den Vortrag, der durch zahlreiche Lichtbilder ergänzt wurde, schloß sich eine lebhaftige Aussprache. —

Architekten- und Ingenieur-Verein für Niederrhein und Westfalen zu Köln. Versammlung am 15. Juni 1915. Die Versammlung beschäftigte sich zunächst mit einem Schreiben der Kölner Stadtverwaltung, in welchem diese ihre Bereitwilligkeit ausspricht, Arbeitsgelegenheit für die Kölner Privatarchitektenschaft zu beschaffen, und an den Verein um Auskunft-Erteilung herantritt. Der Ver-

einsvorstand hat darauf Fragebogen an die Privatarchitekten versandt und hat die Stadtvertretung ersucht, den Verein bei der Bestimmung über die Verteilung von Arbeiten mit heranzuziehen.

Es folgt dann eine Aussprache über die Frage der Erhaltung des alten Rheinpanoramas, die, wie Hr. Stadtr. Heimann ausführt, besonders dringlich geworden ist, seitdem durch die Freilegung der Deutzer Seite und von der Höhe der neuen Rheinbrücke aus sich der Blick gänzlich geändert hat. Es ist daher jetzt nicht nur die Umrißlinie festzuhalten, wie das von der Stadtverordneten-Versammlung für den Teil der Kölner Rheinfront von der Salz-Gasse bis zur Lint-Gasse geschehen ist, sondern es müsse jetzt auch die Wirkung der Dachflächen der Tiefe des Häuserblocks noch ins Auge gefaßt werden. Auch die Regelung der Bebauung des Deutzer Ufers sei wichtig. Der Vorstand wird beauftragt, die Angelegenheit weiter zu verfolgen.

Hr. Baurat Krings erhält dann das Wort zu einem eingehenden und fesselnden, von schönen Lichtbildern unterstützten Vortrag über Reisebilder aus dem Lahn- und Maingebiet und Kriegsbilder aus Flandern. Es handelt sich dabei um 2 getrennte Reisen, deren Eindrücke Vortragender schilderte. Die erstere galt, kurz vor dem Krieg, Ems mit seinen neuen, eines Weltbades würdigen Kurbauten, dann Nassau mit dem schönen, leider v. T. wenig glücklich hergestellten Stadtschloß des Frhr. v. Stein, Dietz mit seinem malerischen Schloß auf der Bergeshöhe und schönen Straßenbildern, der alten Bischofsstadt Limburg mit dem hochragenden 7-türmigen Dom und Wetzlar, wo im alten herzoglichen Hause am Dom, in dem einst das selig entschlafene Kammergericht tagte, jetzt ein Gasthof eingerichtet ist. Der Dom ist sehr schön wiederhergestellt und zeigt die glückliche Lösung einer Simultankirche, die im frühgotischen, durch einen Lettner abgeschlossenen Chor dem katholischen, in seinem Hauptraum mit wundervoller Orgel und schönen Verhältnissen dem protestantischen Gottesdienst dient. Von dort ging es weiter nach Gelnhausen, berühmt durch sein von Fr. Schmidt wiederhergestelltes Frauenmünster und die Ruine der alten Kaiserpfalz, im Volksmunde die Barbarossa-Burg genannt. In Aschaffenburg wurden infolge eines unfreiwilligen Aufenthaltes, da es an Zuganschluß fehlte, das Schloß von außen und die alte Stiftskirche besichtigt, die ein schönes Altarbild, die Beweinung Christi darstellend, von Meister Grünwald beherbergt. Am dritten Reisetag wurde das malerische Miltenberg am Main erreicht und in dem alten Gasthaus „Zum Riesen“ eingekehrt, das, aus dem 15. oder 16. Jahrhundert stammend, mit seiner alten steinernen Wendeltreppe eine Sehenswürdigkeit ist. Von dem am Main lang hingestreckten, noch seine alten Befestigungen zeigenden mittelalterlichen Städtchen ging es zu dem im Musbachtal des Odenwaldes versteckt liegenden Amorbach mit seiner Barockkirche, seinem malerischen Marktplatz und Rathaus und vor allem der früheren Zisterzienser-Abtei mit zwei romanischen Türmen an der sonst im prächtigsten Rokokostil durchgeführten Abteikirche mit ihrer glänzenden, farbenprächtigen Ausgestaltung des Inneren; Wertheim, an der Mündung des Tauber in den Main malerisch gelegen und überragt von den alten Schlössern des Fürsten Löwenstein-Wertheim, war das nächste Ziel. Auch der Ort selbst bietet wunderhübsche Straßenbilder und auf dem Marktplatz steht ein prächtiger Brunnen aus der Zeit der Frührenaissance mit reichem Figureschmuck, leider in seiner Wirkung stark beeinträchtigt durch eine neuzeitliche gußeiserne Pumpe, die man in den reizenden Brunnenaufsatz hineingearbeitet hat. Ueber Marburg, das nur flüchtig berührt werden konnte und dessen Glanzpunkt, die Elisabeth-Kirche, als bekannt vorausgesetzt werden darf, ging es dann über Frankfurt a. M. zurück nach Köln.

Die Bilder aus Flandern, die Redner am Schluß seines Vortrages noch vorführte, waren dem Leben an der Front entnommen, von dem sie ein packendes Bild gaben. Sie stehen nur insofern mit dem ersten Vortrag im Zusammenhang, als sie von dem Begleiter des Redners auf der ersten Reise herühren, der jetzt als Kraftfahrer an der Front steht, begleitet von seiner treuen Kamera, der auch ein großer Teil der Bilder der ersten Reise zu verdanken war. —

Haupt-Versammlung des Landesverbandes Hessen der D. F. A. („Deutsche Freie Architektenschaft“). Am Sonntag, den 28. November 1915, fand in Frankfurt a. M. die diesjährige Hauptversammlung der Privat-Architekten Hessens statt. Ungeachtet der Kriegszeit war die Versammlung recht gut besucht und es waren sämtliche Zweigvereine vertreten. Der Vorsitzende, Arch. Rohr

(Worms), berichtete im Namen des Vorstandes über die Tätigkeit des Landesverbandes im abgelaufenen Kriegsjahre. Es waren manche Fragen, die es notwendig gemacht hätten, zum Schutz der Tätigkeit der selbstständigen Architekten Schritte zu unternehmen. Die Nebenarbeit der staatlichen Baubeamten hat auch jetzt noch nicht ganz aufgehört, trotzdem mit Rücksicht auf die Lage der selbstständig tätigen Architekten heute eine solche Tätigkeit doppelt zu verurteilen ist. Hessen wird, wie die größeren Bundesstaaten Preußen und Bayern, wohl nicht um den Erlaß solcher Bestimmungen herum kommen, welche geeignet sind, diese Angelegenheit in gerechter Weise zu regeln, damit in Zukunft die bezüglichlichen immer wiederkehrenden und berechtigten Klagen verstummen. Die Frage der Gestaltung des Bauwesens und besonders des Wohnungsbaues hatte verschiedentlich den Gegenstand von Erörterungen im Vorstand und in den Zweigvereinen gebildet. Bei der heutigen Lage lassen sich endgültige Vorschläge in diesem Gebiet noch nicht machen, der Landesverband wird auch weiterhin in allen geeigneten Fällen die nötigen Maßnahmen ergreifen. Ueber die Frage der Gestaltung der hessischen Kriegerfriedhöfe und Denkmäler soll den Staatsbehörden eine Eingabe vorgelegt werden, nachdem sich bereits gezeigt hat, daß die Kreisbauämter bei den Gemeinden sich die Ausführung solcher Anlagen zu sichern wissen. Es ist selbstverständlich, daß solche vaterländische Bauaufgaben dem freien Wettbewerb der Künstler geöffnet bleiben müssen und daß bei kleineren Ausführungen die Künstler eines Kreises, bei größeren die einer Provinz oder des Großherzogtums zuziehen sind. —

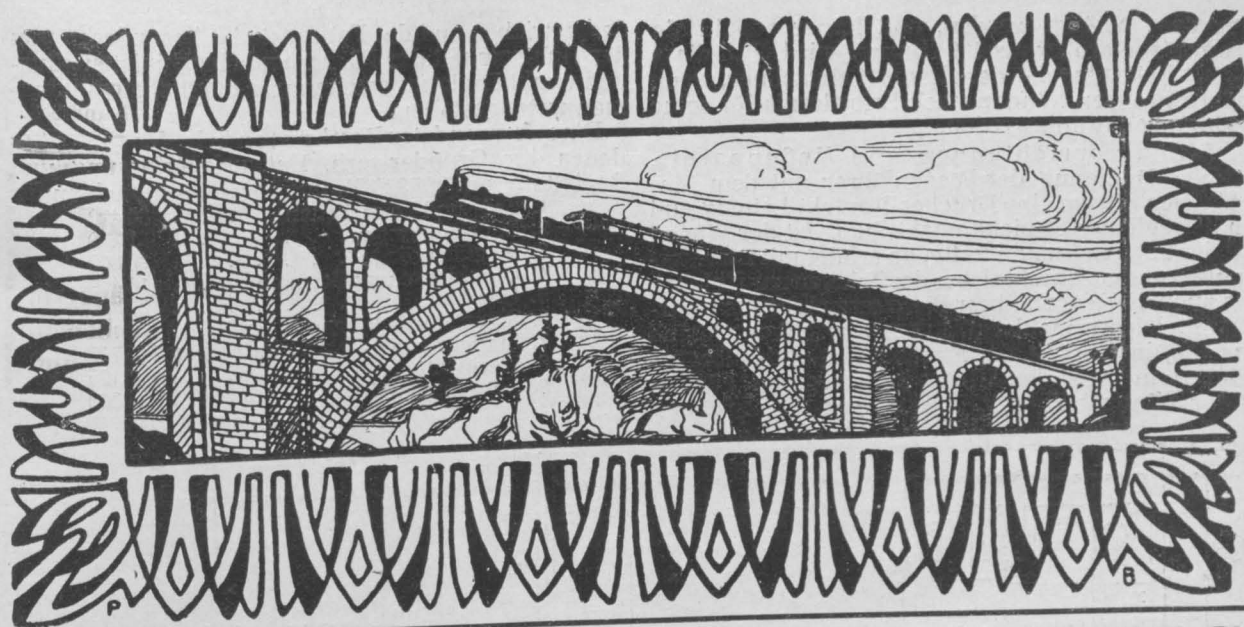
Der Innungs-Verband Deutscher Baugewerksmeister hat im Vorjahre eine neue Uebersicht über seine Unterverbände und Innungen erscheinen lassen. Danach gliedert sich diese Organisation des deutschen Bauhandwerkes in 18 Bezirksverbände und 342 Innungen, die zusammen über 10 100 Mitglieder zählen. Der an Einzelmittgliedern größte Bezirks-Verband ist der Norddeutsche Baugewerk-Verein, der allein über 1500 Mitglieder umfaßt. Die größte Zahl von Innungen weist dagegen der Schlesische Bezirksverband auf; er besteht aus über 40 Innungen und vereinigt in diesen 720 Mitglieder. Die Form der Zwangsinnung hat im deutschen Bauhandwerk im Allgemeinen nur wenig Anklang gefunden, wofür in deutlicher Weise die Tatsache spricht, daß sich mehr als 300 Verbands-Innungen zum Grundsatz der freien Innungsform bekennen, während nur 38 Innungen als Zwangsinnungen die Vertretung des örtlichen Bauhandwerkes ausüben. Den Mitglieder-Uebersichten des Innungsverbandes sind auch Mitteilungen über die Zusammensetzungen der verschiedenen Organe des Verbandes beigegeben. Neben dem Geschäftsführenden Ausschuß, der seit der Verbandsgründung seinen Sitz in Berlin hat, und neben den Mitgliedern des Vorstandes, die in den verschiedensten Gegenden des Reiches wohnen, sind die Ausschüsse für das baugewerbliche Schulwesen, für das Verdingungswesen, für Angelegenheiten des bekannten und besonders in Bauprozessen häufig herangezogenen Hausschwamm-Merkblattes u. a. aufgeführt. Als von allgemeinem Interesse dürfte schließlich noch auf die Tatsache hinzuweisen sein, daß der Besitzstand des Verbandes trotz der schweren Ungunst der Zeiten, unter denen gerade das Baugewerbe auf das Empfindlichste zu leiden hat, im Wesentlichen behauptet werden konnte. —

Zweite Kriegstagung des Innungs-Verbandes Deutscher Baugewerksmeister. Nachdem die Beschlußvorlagen der ersten, in Dresden abgehaltenen Kriegstagung des Verbandes ihre Erledigung gefunden haben und weil die Zahl der neuen Vorlagen, die eine gründliche Aussprache unter den führenden Fachgenossen des deutschen Baugewerbes erfordern, ständig im Wachsen ist, wird eine zweite Kriegssitzung des Verbandsvorstandes am 16. und 17. Mai d. J. in Hannover stattfinden. Gleich der eindrucksvollen ersten Tagung zu Dresden, an der Vertreter des Baugewerbes aus allen Teilen des Reiches teilnahmen, wird sich auch die zweite Kriegssitzung des Innungs-Verbandes D. B. zu einer bedeutsamen Kundgebung der Forderungen und Wünsche des deutschen Baugewerbes gestalten. —

Inhalt: Einfamilienhäuser in Berliner westlichen Vororten. (Schluß.) — Vermischtes. — Wettbewerbe. — Chronik. — Vereinsmitteilungen. —

Hierzu eine Bildbeilage: Wohnhaus Blaschko im Grunewald.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



DEUTSCHE BAUZEITUNG

50. JAHRGANG. N^o 12. BERLIN, DEN 9. FEBRUAR 1916.

Die Drahtseilbahn Erdmannsdorf-Augustusburg.

Von Stadtbaurat a. D. E. Bahse in Dresden. (Schluß aus No. 9.)



ältere Sicherungen bestehen in einem Schienen-Kontakt, Streckenanzeiger und Geschwindigkeitsmesser. Bei ersterem drückt die Vorderachse des in die Bahnsteighalle einfahrenden Wagens auf einen Hebel *K* (Abb. 25 in Nr. 9), durch den eine Glocke zum Erklingen kommt. Hiermit erhält der Maschinist rechtzeitig das Zeichen zum Bremsen. Der Streckenanzeiger *L* im Maschinenraum wird vom Windwerk aus durch Zahnrad-Übersetzungen angetrieben. Er läßt an senkrecht stehender Teilung durch Marke genau den Ort erkennen, an welchem sich der Wagen auf der Strecke befindet. Der Geschwindigkeitsmesser (Tachometer) schließlich steht mit dem Geschwindigkeitsregler des Windwerkes in Verbindung, zeigt die Fahrgeschwindigkeit dem Maschinisten unmittelbar auf der Teilung an und schaltet selbständig den Regler am Windwerk aus, sobald die Geschwindigkeit das zulässige Höchstmaß von 3 m/Sek. übersteigt, wobei gleichzeitig der elektrische Strom ausgeschaltet wird.

Elektrische Einrichtungen (Vgl. das Schaltungs-Schema Abbildung 26): Die zum Betrieb der Drahtseilbahn erforderliche Elektrizität wird von dem städt. Elektrizitätswerk zu Chemnitz in Form von Hochspannungs-Drehstrom von 6000 Volt entnommen. Dieser wird zunächst auf Arbeitsstrom von 120 Volt herabgesetzt und darauf in einer 4-poligen Dynamo in Gleichstrom von 220 Volt als Betriebsstrom umgeformt, der dann zur Schalttafel geht. Zwei gleiche Aggregate stehen mit 440 Volt zur Verfügung. Zur Erzielung eines gleichmäßigen Betriebes ist dazu im Untergeschoß der oberen Station noch eine Akkumulatoren-Batterie von 2 mal 116 Elementen aufgestellt, und außerdem ist zwischen Gleichstrom-Dynamo und Bahnmotor und Akkumulatoren-Batterie eine Pirani-Ausgleichsmaschine eingeschaltet. Der Strombedarf ist bei einer Drahtseilbahn natürlicherweise recht verschieden. Wenn der durchschnittliche Bedarf 200 bis 300 Ampere beträgt, so steigert er sich beim Anfahren, bei ungleicher Be-

lastung und Stößen bis auf 400 Ampere. Solche Schwankungen und Stöße sind den elektrischen Maschinen und Apparaten nachteilig, weshalb auf einen tunlichst wirksamen Ausgleich Bedacht genommen werden muß. Der Fahrbetrieb geschieht normalerweise lediglich mit der Batterie, diese wird in den Ruhepausen geladen und nur bei unvorhergesehener oder ganz großer Belastung wird unmittelbar Strom von der Dynamo hinzugenommen. Batterie und Pirani-Maschine wirken zusammen als Pufferbatterie, die Batterie ist außerdem aber auch jederzeit Reserve. Die Pirani-Maschine im Erdgeschoß des Maschinenraumes ist eine Wendepol-Haupt- und Nebenschluß-Dynamo mit Pirani-Regler, der aus einer größeren Summe von Kupferspulen besteht, die der Reihe nach mit wachsendem Strom eingeschaltet werden, sodaß der Querschnitt vergrößert, der Stromdurchgang erleichtert wird. Beim Laden der Batterie wird der Pirani-Regler ausgeschaltet.

Der Bahnmotor zum Antrieb der Wagen — im Windwerksraum — ist ein Compound-Motor (Nebenschluß-Wendepol-Motor von 67 PS-Leistung), der durch den Anlasser im Maschinenraum betätigt wird. Dieser Anlasser oder Kontroller sowie die Meß- und Schaltapparate sind bei dem Maschinisten am und neben dem Fenster im Erdgeschoß angeordnet, sodaß dieser während der Bedienung den Blick auf die Strecke nicht verliert. Der Anlasser ist feinstufig, gestattet daher ein sanftes Anfahren und genaues Regeln der Fahrgeschwindigkeit; er enthält eine Funkenlöschspule, um den Lichtbogen beim Schalten zu löschen, Funken auszublasen, und einen Richtungs-Umschalter. Wegen der starken Stöße ist überdies im Anlasser zum Ausgleich eine Schutz-Widerstandspule als ein wichtiges Glied, das die Betriebssicherheit erhöht, zwischen Haupt- und Nebenschluß-Wicklung eingefügt.

Außer dem Anlasser ist in dem Motorstromkreis noch ein selbsttätiger Unterbrechungsschalter, sogenannter Maximal-Automat mit Relais angeordnet, der selbsttätig den Bahnmotor einpolig abschaltet, sobald die Bremsen unvorhergesehener Weise durch zu große Geschwindigkeit des Wagens, durch Unachtsamkeit des Maschinisten infolge Anstoß an die Kontakte in der Wagengrube, durch Streckenhinder-

nisse usw. betätigt werden, und ferner sobald die Stromstärke größer als 400 Ampere wird. Auf diese Höchst-Belastung ist der Automat einstellbar, auch andere Grenzen können nach Erfordernis für seine Betätigung gewählt werden.

Signalvorrichtungen und Meßapparate.
Zur Verständigung der Wagenführer mit dem Maschinisten dienen eine Drücker-Kontakt-Leitung und ein beweglicher Streichkontakt-Stab. Ist der Wagen auf der unteren Station fertig, so erfolgt mit Drücker-Kontakt an den Maschinisten das Zeichen zur Abfahrt, das auch der Wagenführer des oberen Wagens wahrnimmt. Dieser meldet mit dem Streichkontaktstab das „Fertig“ zurück, der Maschinist gibt das Gegenzeichen und setzt den Wagen in Bewegung. Für außergewöhnliche Fälle, z. B. Versagen des Zeichens,

des Betriebes und der Fahrgäste im besonderen von der Achtsamkeit der Führer und Maschinisten gänzlich unabhängig zu machen und möglichst vollkommen auszugestalten.

Die aufgewendeten Baukosten belaufen sich außer denen für Grunderwerb, Entwurfsverfassung und Bauleitung auf 285 325 M. und zwar im Einzelnen für

1. Erd- und Felsarbeiten	84 400
2. Einfriedigungen	1 200
3. Wegübergänge	10 800
4. Durchlässe und Brücken	14 400
5. Oberbau	22 400
6. Signaleinrichtungen	2 100
7. Stationen mit elektr. Einrichtung	125 700
8. Werkstatt	25
9. Betriebsmittel	24 300
Gesamtsumme M.	285 325

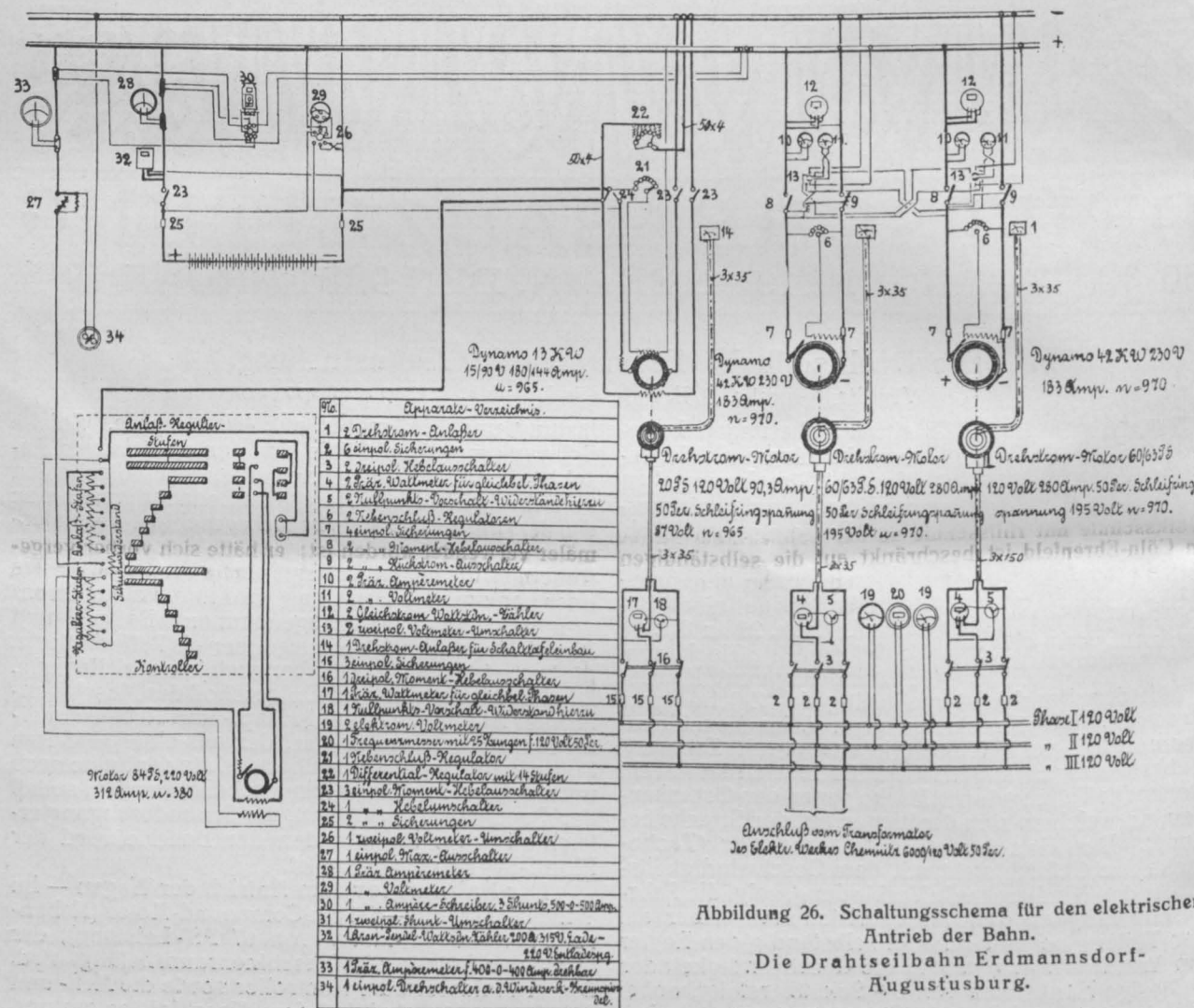


Abbildung 26. Schaltungs- und Antriebschema für den elektrischen Antrieb der Bahn.
Die Drahtseilbahn Erdmannsdorf-Augustusburg.

dient eine Fernsprech-Leitung zwischen oberer und unterer Station. Jeder Wagenführer hat den Streichkontaktstab zur Verfügung, der sich in leitender Verbindung mit dem Untergestell des Wagens befindet. Wird mit diesem Stab die 2,5 m über S. O. liegende Signaldrahtleitung berührt, so ist der Stromkreis geschlossen, es ertönen die Notzeichen in der Antrieb-Station.

Zwischen der Führerstube oder Maschinenraum im Erdgeschoß und dem Windwerksraum im Untergeschoß besteht eine Verbindung durch Sprachrohr, das bei Ausbesserungs- und Putzarbeiten die Verständigung gestattet. Endlich regelt eine Signalluhr in sinnreicher Weise im oberen Maschinenraum selbsttätig in der oberen und unteren Station die Abfahrtszeiten durch genaueste Angabe. Der bereits erwähnte Schienenkontakt K vor der oberen Station ist als Signalgeber für den Maschinisten von besonderer Wichtigkeit.

Es ist hiernach alles geschehen, um die Sicherheit

Es kostete demnach 1 km Bahn 228 000 M. Einschließlich Grunderwerb, Entwurfs-, Bauleitungs- und sämtlicher Nebenausgaben betragen die Gesamtkosten bis heute rund 370 700 M.

Der Betrieb wird von vormittags 4,35 bis nachts 12,35 Uhr in zwei 10-stündigen Schichten durchgeführt. Es wurden vor dem Kriegsausbruch 56 bis 60 Fahrten, nach demselben aber infolge Verkehrsmin- derung nur noch 34 im Tage geleistet. Der Fahrpreis für eine Fahrt beträgt 35 Pfg., für Hin- und Rückfahrt 50 Pfg. Außer den gewöhnlichen Fahrkarten werden jetzt ermäßigte Schüler- und Arbeiter-Wochenkarten ausgegeben. Ueber Verkehr und Einnahmen gibt die Tabelle auf der nächsten Seite Aufschluß.

Die Minderung der Einnahmen im Jahre 1913, trotz der erheblichen Verkehrssteigerung, erklärt sich wohl aus der Einführung der billigen Schüler- und Arbeiterkarten.

Aus dem Anwachsen der Personen-Verkehrszahl ersieht man, daß das Unternehmen ein durch-

Im Jahre	1912	1913	1914	
die beförderte Personenzahl davon ..	255 816	298 864 112 371	246 345 59 142	(bis Ende Juli 187 203). in den Monaten Aug.-Dezbr.
Die Einnahme. Die Ausgabe..	M. 44 594 M. 27 827	41 879 27 920	33 258 28 214	(worin Er- neuerung des Drahtseils)) Mit Rück- sicht auf den Krieg zurück- gestellt.
Dividende. . . .	5%	5%	keine*)	

aus gesundes ist und dem tatsächlichen Bedürfnis und den Erwartungen voll gerecht wird.

Bauausführung. Mit dem Bau wurde am 31. Aug. 1910 begonnen, die Betriebsübergabe erfolgte trotz des strengen Winters bereits am 24. Juni 1911. Die Entwurfsabfassung und Bauleitung lag in den Händen der bekannten Firma Technisches Bureau

Vermischtes.

Besuchsstunden der kgl. Meßbild-Anstalt in Berlin. In der kgl. Meßbild-Anstalt am Schinkel-Platz 6 zu Berlin sind die während des Krieges bisher ausgesetzt gewesenen Besuchsstunden wieder eingerichtet worden: Die Anstalt ist wie früher Dienstags und Freitags Nachmittag von 5—7 Uhr unentgeltlich zugänglich. —

Wettbewerbe.

Ein Preisausschreiben zur Erlangung von Entwürfen für eine Bürgerrechts-Urkunde von München erläßt der Magistrat für Künstler, die in München oder Umgebung ansässig sind, zum 1. März bei Preisen von 250, 200, 150, 100 und 50 M. Das Preisrichteramt üben Mitglieder des Künstlerhilfe-Ausschusses und Mitglieder der Stadtverwaltung von München aus. —

Der Wettbewerb betr. Vorentwürfe für den Bau einer Volksschule mit Hilfsschule an der Subbelrather-Straße in Cöln-Ehrenfeld ist beschränkt auf die selbständigen Architekten Cölns. Ausgeschlossen von der Beteiligung sind alle Architekten, die bei einer Behörde beschäftigt sind, sowie solche, die in einer besoldeten privaten Stellung sich befinden; endlich die als Unternehmer tätigen oder bei Bauunternehmungen beteiligten Architekten. Es handelt sich um den Neubau einer Volksschule mit Turnhalle, Rektor- und Schuldiener-Wohnung nebst Aborten, sowie einer Hilfsschule mit Rektor- und Schuldiener-Wohnung, Unterstandshalle und Aborten. Das Gelände hat Winkelform und grenzt einerseits an die verlängerte Leyendecker-Straße, andererseits an eine innere Platzanlage. Die Straßenfronten sind so auszubilden, daß gute Anschlüsse an die anstoßenden Privathäuser erzielt werden. Das Raumprogramm für beide Gebäudegruppen ist das übliche. Wird das zur Verfügung gestellte Gelände nicht ganz in Anspruch genommen, so soll der übrig bleibende Teil als gut gelegene Baustellen Verwendung finden. Ueber Stil und Material für die Gebäude sind Vorschriften nicht gemacht. Die Hauptzeichnungen sind 1:200 verlangt, dazu ein Schaubild. Bemerkenswert ist, daß nicht Preise ausgesetzt sind, sondern daß eine Ankaufssumme von 8000 M. genannt ist, aus der Ankäufe im Betrag von nicht über 1500 und nicht unter 300 M. bestritten werden sollen. Ist die Beteiligung am Ausschreiben jedoch eine nicht genügende, oder entsprechen eingegangene Entwürfe nicht den an sie in künstlerischer Hinsicht zu stellenden Anforderungen, so behält sich der Gutachter-Ausschuß eine entsprechende Herabsetzung der ausgesetzten Summe vor. Das könnte aber zu Bedenklichkeiten führen und es kann diese Ankündigung ungünstig auf die Teilnahme am Wettbewerb einwirken. Allerdings wird diese Wirkung durch die Versicherung zumtief wieder aufgehoben, daß beabsichtigt sei, den Verfasser eines der angekauften Entwürfe mit der Weiterbearbeitung zu betrauen. —

Zum Preisausschreiben des Deutschen Werkbundes betr. Krieger-Denkmal und Krieger-Grabmäler aus Granit erhielten wir nachstehende Zuschrift:

„Der Deutsche Werkbund erläßt ein Preisausschreiben zur Erlangung künstlerischer Entwürfe für Kriegerdenkmäler und Kriegergräber aus Granit. (Vergl. „Deutsche Bauzeitung“, 1916, S. 32.)

für Ingenieurbauten, C. F. Richard Müller, kgl. Eisenbahn-Bauinspektor a. D. in Dresden, deren sachgemäße Arbeiten den besten Ruf genießen und sich hier wiederum voll bewährt haben. Die Tiefbauarbeiten führte die Bauunternehmung Gustav Dübener & Co. in Berlin-Tempelhof aus, den Oberbau lieferte die Firma Weil & Reinhardt, Mannheim, die elektrische und mechanische Einrichtung samt Drahtseil und Wagen war der Maschinenfabrik in Eßlingen übertragen, wobei die Siemens-Schuckert-Werke in Chemnitz einen Teil der elektrischen Anlagen ausführten. Die Hochbauten errichteten die Arch. Max Weiske-Chemnitz und Baumeister Günther-Augustusburg, wobei zu den Ausbauarbeiten in der Hauptsache ortseingesessene Gewerke hinzugezogen wurden. Die staatliche Aufsicht über den Bau wurde im Auftrag des kgl. sächsischen Finanzministeriums durch Hrn. Bauamtmann Köpcke vom kgl. Kommissariat für elektrische Bahnen ausgeübt. —

So erfreulich ein solches Ausschreiben an sich ist, so bedauerlich klingt die Erklärung, von der es begleitet wird. Es wird da nämlich kurz und bündig verkündet, der Granit, der früher fast ausschließlich für Grabmäler verwendet worden sei — und zwar der schwedische wie der deutsche — sei durch Verbot der Friedhofs-Verwaltungen „geradezu verfehmt“ worden. Der Wettbewerb solle zeigen, daß es aber sehr wohl möglich sei, auch in Granit Künstlerisches zu schaffen.

Bedauerlich ist diese Erklärung deshalb, weil sich eine auf so hoher Warte stehende Vereinigung wie der „Deutsche Werkbund“ dazu verleiten läßt, die alten, immer wiederkehrenden und tausendmal widerlegten Behauptungen und Beschuldigungen aus dem Munde der Granit-Industriellen kritiklos abzudrucken. Doppelt bedauerlich, weil in diesem Fall der „Verband Deutscher Granitwerke“ der Geldgeber des „Deutschen Werkbundes“ für seinen Wettbewerb ist.

Der „Deutsche Werkbund“ hätte sich erinnern sollen, daß der Granit zu keiner Zeit fast ausschließlich für Grabmäler verwendet worden ist; er hätte sich vorher vergewissern sollen, ob tatsächlich manche Verwaltungen den Granit grundsätzlich verbieten, und er hätte gefunden, daß es keine solchen gibt. Er hätte sich sagen sollen, daß der Kampf um die gute Form im Allgemeinen, um die Grabmalkunst im Besonderen keineswegs erst mit seinem Auftreten beginnt, sondern daß seiner Tätigkeit eine Unsumme ehrlicher, treuer erfolgreicher Arbeit einzelner Vorkämpfer wie großer Verbände vorausgegangen ist, sowie daß es dieser Arbeit zu danken ist, wenn heute die vor 20 Jahren so völlig verwilderten deutschen Friedhöfe wieder der Kunst zurück erobert worden sind. Dazu waren die vielleicht etwas strengen Friedhofs-Ordnungen ein unentbehrliches Hilfsmittel. Diese Verordnungen bekämpften nicht den Granit an sich, sondern nur seine Verarbeitung zu unkünstlerischen, minderwertigen Grabsteinformen und die material- und kunstwidrige Art seiner Behandlung. Immer und bei jeder Gelegenheit dagegen wurde betont, daß künstlerisch gute und materialgerechte Formgebung auch in Granit möglich und willkommen sei. Die erfreuliche Folge war, daß die Granit-Industrie, geführt von ihrem Verband, sich längst mit tüchtigen Künstlern in Verbindung gesetzt und seither viele ausgezeichnete Werke in geschliffenem wie in mattem, in deutschem wie in ausländischem Granit geschaffen hat. Insoweit stößt also der „Deutsche Werkbund“ mit seiner Erklärung offene Türen ein und benimmt sich außerdem wenig dankbar gegen diejenigen, welche ihm das Feld urbar gemacht haben, auf dem nun auch er zu wirken geneigt scheint.

Der unterzeichnete Landesverein fühlt sich daher veranlaßt, gegen die Erklärung des „Deutschen Werkbundes“ Stellung zu nehmen und zwar in erster Linie deshalb, weil diese Erklärung geeignet ist, aufs neue Unsicherheit in die Kreise derer zu tragen, die mit viel Mühe und Geduld allmählich zu einer ernsteren Auffassung ihrer kulturellen Aufgaben erzogen worden waren. Darum möchten wir wünschen, daß nicht immer wieder, wie schon so oft in Deutschland beim Auftauchen neuer Anschauungen, sofort alles bisher Geleistete verächtlich gemacht und auf die Seite geworfen, sondern daß organisch und in Uebereinstimmung aller gleich gerichteten Kräfte weiter gebaut werde. Dieses scheint uns der einzig richtige Weg zu dem gemeinsamen Ziel zu sein. —

Landesverein Sächsischer Heimatschutz
Karl Schmidt, Geh. Baurat.



Die Verleihung des
im Völker-



Eisernen Kreuzes
Krieg 1914-16

ist, soweit wir Kenntnis davon erhielten, für hervorragende
Taten an folgende Angehörige unseres Faches erfolgt:

I. Klasse.

Max Ambos, Arch. der Schultheiss-Brauerei in Berlin.
E. Bientz, Reg.-Bmstr., Gemeinde-Brt. in Treptow.
Georg Curdes, Ingenieur.
Max Dehne, Dipl.-Ingenieur in Charlottenburg.
Friedrich Engemann, Ingenieur, Dir. in Tilsit.
Paul Hederich, Architekt in Dresden.
Hemme, Eisenbahn-Landmesser.
Herschel, Oberingenieur in Kattowitz.
Willy Hewel, Reg.-Baumeister in Köln a. Rh.
Hans Hilse, Dipl.-Ingenieur.
Jacob, Brt., Kreisbauinspektor in Metz.
August Jakobsen, Ingenieur.
Herbert Kloß, Architekt von Oppeln.
Leupold, Dipl.-Ingenieur von Königshütte.
Bruno Lhotzky, Stud. der Techn. Hochschule in Darmstadt.
Kurt Möbius, Stadtbauassistent in Berlin.
Max Müller, Architekt in Freiburg i. Brg.
A. Pfeiffer, Ingenieur in Frankfurt a. M.
Reinhard Pfeiffer, stud. ing.
K. Posse, Dipl.-Ing., Assist. an der Techn. Hochschule in Dresden.
Walter Rüde, Ingenieur in Zwickau.
Hermann Schneider, Bauinspektor beim Murgkraftwerk in Forbach.
Fritz Schröter, Reg.-Baumeister in Braunschweig.
Heinrich Schweichel, Brt., Vorst. des Mel.-Bauamtes in Merseburg.
Carl Sioli, Dipl.-Ingenieur in Berlin-Steglitz.
Erwin Stephan, Ingenieur in Berlin.
Täubrich, Dipl.-Ingenieur in Stettin.
Thilo, Kreis-Baumeister in Breslau.
Paul Wahn, Stud. der Techn. Hochschule in Darmstadt.
Philipp Wallbaum, Reg.- u. Brt. in Hannover.
Hans Wallé, Ingenieur.

Das Eiserne Kreuz II. Klasse am weißen Band mit schwarzer
Einfassung:

Alexander v. Gayer, Präs. der Eisenb.-Dir. in Ludwigs-
hafen a. Rh.
von Glocker, Geh. Ob.-Brt., vortr. Rat im württ. Kriegs-
Ministerium in Stuttgart.
Herm. Kilp, Reg.- u. Baurat in Straßburg i. Els.
Georg Martin, Reg.- u. Brt., Mitgl. der Eisenb.-Dir. in Frank-
furt a. M.
Gustav Meyer, Reg.- u. Brt., Mitgl. der Eisenb.-Dir. in Mün-
ster i. W.
Hugo v. Müller, Reg.-Rat bei der Eisenb.-Dir. in Nürnberg.
Richard Opel, Min.-Rat des Staats-Ministeriums für Verkehrs-
Angelegenheiten in München.
Erich Philippi, Dr.-Ing. beim Kriegs-Ministerium in Berlin.
Hugo Pieper, Reg.- u. Brt., Mitgl. der Eisenb.-Dir. in Köln.
Waldemar Platt, Geh. Brt., Mitgl. der Eisenb.-Dir. in Cassel.
Bernhard Schirmer, Reg.- u. Brt., Mitgl. der Eisenb.-Dir. in
Münster i. W.
Aug. Schultze, Geh. Brt., vortr. Rat im Kriegs-Ministerium.
Karl Schwarz, Geh. Brt., Mitgl. der Eisenb.-Dir. in Berlin.
Eduard Senst, Reg.- u. Brt., Mitgl. der Eisenb.-Dir. in Halle a. S.
Günter Sievert, Reg.- u. Brt., Mitgl. d. Eisenb.-Dir. in Breslau.

Karl Stahl, Ob.-Brt., Bahnbevollmächtigter für Mil.-Angelegen-
heiten bei der Gen.-Dir. der Staatseisenb. in Stuttgart.
Stüßenguth, Mar.-Ob.-Baurat, Betr.-Dir. in Wilhelmshaven.
G. Wefels, Geh. Brt., vortr. Rat im Kriegs-Ministerium.
Adolf Zander, Reg.- u. Brt., Mitgl. d. Eisenb.-Dir. in Berlin.
Zeyß, Geh. Brt., vortr. Rat im Kriegsministerium.

Fortsetzung der Liste der Inhaber des Eisernen Kreuzes
II. Klasse.

Max Ackermann, Bauingenieur in Feuerbach-Stuttgart.
Ernst Albinus, Reg.- u. Brt., Vorst. des Masch.-Amtes in Nord-
hausen.
Bruno Andrzejewski, Stud. der Techn. Hochschule in Berlin.
Hugo Arthkamp, Dipl.-Ingenieur in Ilmenau i. Thür.
A. E. Augustin, Reg.-Baumeister in Leipzig.
Karl Bach, Stud. der Techn. Hochschule in Stuttgart.
G. Bade, Reg.-Baumeister in Fürstenwalde a. Spree.
Bahlow, Ing. der Marinewerft in Kiel.
Rudolf Barkow, Dipl.-Ingenieur von Charlottenburg.
Hermann Basse, Ingenieur in Köln-Ehrenfeld.
Jul. Bauer, Bauamtswerkstr. beim Tiefbauamt in Stuttgart.
G. Bausinger, Ingenieur in Baden-Baden.
Otto Beck, Reg.-Baumeister in Stuttgart.
Franz Becker, Ingenieur in Heidenheim.
Karl Behlert, Hofbaurat in Meiningen.
Karl Behrends, Stud. der Techn. Hochschule in Darmstadt.
Franz Bergmann, Reg.- u. Brt. in Königsberg i. Pr.
Richard Bihl, Reg.-Baumeister in Stuttgart.
Erich Böer, Dipl.-Ing. bei der A. E. G.-Bahnabt. in Berlin.
Böhland, Architekt in Weinböhla.
Otto Böhm, Dipl.-Ingenieur in Berlin.
Paul Böning, Dipl.-Ingenieur in Nordenham.
August Bohrer, Reg.-Bmstr. beim Bauamt in Burg i. D.
Boltze, Reg.-Baumeister in Sulingen.
Gustav Borck, Ing. beim städt. Hochbauamt in Kiel.
August Borgloh, Reg.-Bauführer in Hamm i. W.
Georg Bormann, Reg.-Bauführer in Allenburg.
Hermann Brändle, städt. Ingenieur in München.
H. Bräuhäuser, Architekt von Stuttgart.
Otto Brandt, Kreis-Baumeister in Fraustadt i. Posen.
Alexander Brauer, Reg.- u. Baurat in Posen.
Adolf Braun, Stud. der Techn. Hochschule in Stuttgart.
Hubert Breuer, Reg.-Baufhr. beim Talsperrnbau in Hemfurth.
Rud. Briske, Reg.-Baumeister bei der Bauleitung der Schnell-
bahn Gesundbrunnen-Neukölln in Berlin.
Karl Brodnitz, Dipl.-Ingenieur in Berlin.
Ernst Brüchmann, Wasserbauingenieur in Friedenau.
Friedrich v. Bülow, Dipl.-Ingenieur von Dortmund.
Artur Burghardt, Dipl.-Ing. bei der Bauleitung der Schnell-
bahn Gesundbrunnen-Neukölln in Berlin.
Karl Caesar, Prof. an der Techn. Hochschule in Berlin.
Georg Carsten, Stud. der Techn. Hochschule in Danzig.
Fritz Catta, Architekt in Cassel.
Max Chelius, Reg.-Baumeister in St. Wendel.
Willibald Conrad Baurat in Metz.
Max Conrad, Architekt in Berlin-Steglitz.
Julius Cordes, Ingenieur in Hannover.
Fr. Crzellitzer, Reg.-Bmstr. a. D. in Zehlendorf-Berlin.
Bernhard Degener, Reg.- u. Brt. bei der Deutschen Landes-
Verwaltung von Belgien in Brüssel.
Wilhelm Detig, Reg.-Bfhr. beim Wasserbauamt in Flensburg.
H. Dietlen, Dipl.-Ingenieur in Heidenheim.
Otto Dirksen, Reg.- u. Baurat in Straßburg i. E.
Fritz Dörr, Dipl.-Ing. bei der Baudeputation in Hamburg.
Hermann Dommer, Ingenieur in Stuttgart.
Peter v. Drathen, Architekt in Meldorf.
Otto Düring, Reg.-Baumeister in Frankfurt a. M.
F. I. F. Ebel, Reg.-Baumeister in Dresden.
K. R. Ebert, Baurat in Zwickau.
Wilhelm Ebner, Bez.-Geometer aus Bretten.
Edelmann, Reg.- u. Brt. in Speyer.
Joachim Ehrenberg, Reg.-Bmstr. bei der Kanalbaudir. in Essen.
Theodor Elsässer, Ingenieur in Stuttgart.
Walter Engel, Architekt in Gehlsdorf.
Albert Engels, Reg.-Baumeister in Köln-Nippes.
Albert Erb, Dipl.-Ingenieur.
Erfurth, Ingenieur in Berlin-Friedenau.
Erich Ewald, Reg.-Bmstr., Oberlehrer an der Baugewerk-
schule in Münster i. W.
Eugen Fabricius, Reg.-Baumeister in Köln.
Heinr. Falkenmayer, Stud. der Techn. Hochschule in Danzig.
Emil Fesser, Reg.-Baumeister in Straßburg i. Els.
Wilhelm Finkbeiner, Dipl.-Ingenieur.
Adolf Fischer, Bauamtsassessor in Kempten.
Bernhard Fischer, Reg.-Bauführer in Visselhövede.
Richard Fluck, Reg.-Baumeister a. D. in Netzel.
Ludwig Fraustadt, Reg.-Baumeister in Straßburg i. E.
Emil Freiberg, Reg.-Bauführer in Charlottenburg.
Willi Freund, Stud. der Techn. Hochschule in Darmstadt.
Freygang, Dipl.-Ingenieur in Wilhelmshaven.
Friedenberg, Architekt in Kronberg i. Taunus.
Karl Fritzen, Reg.-Baumeister in Düsseldorf.
Kurt Frühling, Stud. der Techn. Hochschule in Danzig.
Karl Gänßlen, Dipl.-Ingenieur aus Metzingen.
Friedrich Gebhardt, Eisen-Assessor in Würzburg.

Inhalt Die Drahtseilbahn Erdmannsdorf-Augustusburg. (Schluß
aus No. 9.) — Vermischtes. — Wettbewerbe. — Die Verleihung des
Eisernen Kreuzes im Völkerkrieg 1914-16. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachf. P. M. Weber in Berlin.



DEUTSCHE BAUZEITUNG

50. JAHRGANG. N^o 13. BERLIN, DEN 12. FEBRUAR 1916.

Die Ableitung der Verbrennungsgase bei Gasfeuerungen in Berlin.

Von kgl. Baurat Wendt in Berlin.

Die Frage der Ableitung der Verbrennungsgase von Gasfeuerungen hat die beteiligten Kreise bereits seit geraumer Zeit beschäftigt, ohne daß eine überzeugende Klärung der Frage erfolgt ist. Nachstehend sei die chronologische Entwicklung der Angelegenheit kurz erörtert. Bereits 1907 legte Prof. Rietschel in seinem Heftchen: „Anleitung zur richtigen Konstruktion, Aufstellung und Handhabung von Gas-Heizapparaten“ die Hauptgesichtspunkte über die Ableitung der Verbrennungsprodukte fest. Er führt aus, daß die bei Gasheiz-Apparaten abzuführenden Verbrennungsprodukte sich wesentlich von denen der Kohlefeuerungen unterscheiden, da sie weder Ruß noch Rauch enthalten. Im normalen Betrieb entwickeln sich nur die Produkte vollkommener Verbrennung: Kohlensäure, Stickstoff und Wasserdampf. Es sind also an Schornsteinen, die ausschließlich für Gas- und Heizung dienen, alle Vorrichtungen für Reinigung und Fegen und alle Schornsteinfeger-Vorschriften überflüssig. Während außerdem die mit festen Brennstoffen gespeisten Feuerungen des Zuges bedürfen, ist bei einem Gas-Heiz-Apparat eine Zugwirkung nicht erforderlich, im Gegenteil, auf ein zu starker Zug im Schornstein kann sogar störend auf das richtige und ruhige Brennen der Gasflammen einwirken. Der Zweck der Abzugs-Einrichtungen für Gas-Heizapparate ist vielmehr nur, die Verbrennungsprodukte vermöge ihres Auftriebes aus dem Raum abzuführen.

Bei der verhältnismäßig niedrigen Temperatur der Abgase, die bei groß brennenden Flammen 80–100°, bei kleineren Flammen entsprechend weniger beträgt, ist vor allem dafür zu sorgen, daß die Abgase im Schornstein nicht zu stark abgekühlt werden. Es sind deshalb die Querschnitte der Abzugsrohre nicht größer als nötig zu machen. Erfahrungsgemäß genügt es, wenn der Querschnitt 20 mal so groß ist als der lichte Querschnitt des Gaszuleitungsrohres. Infolge dessen erfordern die Abzüge für Gasapparate viel geringere Durchmesser, als die üblichen Ofenrohre und Schornsteine. Rietschel schlägt daher vor, daß von vornherein bei Neubauten Abzugs-Kanäle für Gas-Heizapparate vorgesehen werden, wozu

sich ganz besonders enge Tonrohre mit einem inneren lichten Durchmesser von 8,5 cm empfehlen, die außen quadratisch sind und in der Seitenlänge von 12,5 cm mit dem Ziegellaß übereinstimmen. Insbesondere ist es zu vermeiden, daß bei Gas-Badeöfen Rauchrohre mit zu weitem Querschnitt zur Abführung der Verbrennungsgase benutzt werden. Am besten müßte jeder größere, mit Abzug versehene Gas-Heizapparat sein besonderes Abzugsrohr für die Abgase erhalten, mindestens sollten aber an ein Abzugsrohr nicht Apparate in verschiedenen Stockwerken angeschlossen werden, damit störende Wirkungen eines Gasapparates auf den anderen vermieden werden. Besonders Wert legt Rietschel auf die Unschädlichmachung des Wasserdampfes, da sich dieser, wenn die Schornsteinwandungen kälter als der jeweilige Taupunkt sind, an ihnen niederschlägt; die Wandungen sollten daher möglichst dicht sein, sodaß weder Verbrennungsgase noch Niederschlagwasser durch sie hindurchtreten können.

Wegen des geringen Auftriebes der Abgase von Gas-Heizungen infolge ihrer niedrigen Temperatur ist daran festzuhalten, die Abgase auf möglichst kurzem Weg ins Freie zu führen. Um die Mündungen der Abzugsrohre ins Freie zu schützen, sind Deflektoren zu empfehlen; auch hält es Rietschel für genügend, die Abgase nur bis in den Dachboden zu führen. Für geschlossene größere Küchen-Herde und andere größere Gas-Heizapparate hält Rietschel einen Abzug für erforderlich, dagegen nicht für einfache Kocher und kleinere Herdplatten. Für geschlossene Brat- und Backapparate empfiehlt Rietschel ganz besonders zur Vermeidung von Stauungen im Abzugsrohr die Ausmündung desselben im Dachboden oder die Einschaltung einer Unterbrechung, die den Abgasen gegebenenfalls ein Entweichen in den Raum gestattet, ohne daß sich der Rückstoß bis zum Apparat fortpflanzen kann.

Durch die Rietschel'schen Untersuchungen waren geeignete Grundlagen gegeben, auf denen weiter gebaut werden konnte. Bei der Anwendung der Ergebnisse in Berlin waren die Bestimmungen der Berliner Bauordnung, die sich in §§ 18–20 ganz allgemein mit Feuerstätten befaßt, zu beachten. Es war selbstverständlich, daß unter Feuer-

stätten zum mindesten auch die größeren Gasapparate gerechnet wurden. Immerhin ergaben sich gewisse Schwierigkeiten, da die ganze Fassung der betreffenden Paragraphen der Bauordnung in Rücksicht auf die Verhältnisse bei Kohlefeuerungen erfolgt war, demnach zu wenig auf die abweichende Wirkungsweise der Gas-Heizapparate Rücksicht genommen ist. Infolgedessen mußte für Gas-Heizapparate eine einheitliche Handhabung erst durch besondere behördliche Vorschriften geschaffen werden, die den abweichenden Verhältnissen bei Gasfeuerungen Rechnung trugen und sich doch nur als Ausführungsvorschriften zu den allgemeinen Bestimmungen der Bauordnung charakterisierten. Bereits 1906 wurde daher eine Ausführungsanweisung dahingehend erlassen, daß bei Kochmaschinen und allen gewerblichen Feuerungsanlagen mit Gasfeuerung ein besonderes Schornsteinrohr zu fordern sei, das von keiner anderen Feuerstätte beansprucht werden darf. Um Explosionen in Schornsteinen vorzubeugen, an die gewöhnliche Feuerstätten angeschlossen sind, ist auch die Abführung der Verbrennungsprodukte von Gasöfen usw. durch Metallrohre unmittelbar ins Freie gestattet worden.

Bereits in dieser Bestimmung ist eine Frage angeschnitten, die in dem Rietschel'schen Heft nicht in genügendem Maße beachtet worden ist, nämlich die Frage, ob eine Explosionsgefahr vorliegt, wenn die Abgasrohre der Gasöfen in Schornsteine geleitet werden, die zugleich für die Ableitung der Verbrennungsgase für Kohlefeuerungen benutzt werden. Man nimmt hierbei in der Regel an, daß infolge unachtsamer Bedienung oder undichter Gasöhne unverbranntes Gas in das Schornsteinrohr gelangt und dort durch Funken, die aus der Kohlefeuerung kommen, in Brand gesetzt wird. Auf Grund dieser Erwägungen ist der Vorschlag gemacht worden, am Eingang der Abgasrohre in den Schornstein ein Drahtnetz nach Art der Davy'schen Sicherheitslampe anzubringen, um die Fortpflanzung der Entzündung vom Schornstein nach dem Gasofen zu verhindern. Gegen eine derartige Sicherungseinrichtung ist nun mit Recht das Bedenken geäußert worden, daß das engmaschige Drahtnetz sich sehr bald mit Ruß zusetzt und auch die Drahtgaze durch Rost zerstört werde. Bei einer in einer Reihe von Städten veranstalteten Rundfrage, ob Gasfeuerungen an die auch von Kohlefeuerungen benutzten Schornsteinrohre angeschlossen werden dürfen, antworteten die Städte: Breslau, Cassel, Dortmund, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, Köln, Magdeburg, Mannheim, Nürnberg, Stettin, Straßburg, Wiesbaden mit „Ja“. Berlin läßt, abgesehen von größeren Gasherden und gewerblichen Anlagen, ebenfalls den Anschluß zu. Mit „Nein“ antworteten nur: Dresden und Kiel. Es ergibt sich daher aus dieser Ende 1909 ergangenen Rundfrage unzweideutig, daß in den meisten Städten die Explosionsgefahr für nicht erheblich gehalten wurde. In demselben Sinn äußerte sich auch die Berliner Feuerwehr, welche bis zum März 1910 Explosionen, die durch Einstürzen von unverbranntem Gas in Schornsteinen entstanden sind, nicht beobachtet hatte. Auf Grund eingehender Beratungen, an welchen auch die Schornsteinfeger-Innung beteiligt war, wurden Ende 1910 für Berlin nachstehende Bestimmungen neu festgelegt: „Gasherde und gewerbliche Gasfeuerungen sind gemäß § 20 der Bauordnung an ein besonderes anderweit nicht beanspruchtes Schornsteinrohr anzuschließen. Der Anschluß an ein bestmögliches, bereits durch Kohle- oder Koksfeuerung beanspruchtes Schornsteinrohr ist unzulässig. Die Verbrennungsprodukte von Gasheizöfen und Gasbadeöfen sind durch dichte, feuersichere Rohre innerhalb des Geschosses in Schornsteine zu leiten oder durch Metallrohre unmittelbar ins Freie zu führen. Bei einfachen Gaskochern und kleineren Gasherdplatten ist eine besondere Vorrichtung zur Abführung der Abgase nicht erforderlich“. Diese Grundsätze wurden später noch dahin erweitert, daß bei den sogenannten kombinierten Herden, welche zur Hälfte mit Gas, zur Hälfte mit Kohle betrieben werden, es angängig ist, daß das Gasableitungsrohr in dasselbe Rauchrohr eingeführt wird, in welches auch der Kohlenherd einmündet. Auch für die sogenannten Gas-Kochtische, für die ihrer Konstruktion nach — sie besitzen eine nicht geschlossene rostartige Herdplatte — ein Abzugsrohr nicht gut angebracht werden kann, ist auf den Anschluß an ein Schornsteinrohr verzichtet worden, sofern sie in Räumen aufgestellt werden, die durch ihre Größe oder Lüftungsvorrichtungen die Sicherheit bieten, daß der Kohlensäuregehalt der Luft nicht über das zulässige Maß steigt.

Die Grenze, bis zu der solche Gasherde ohne Abzug zulässig erscheinen, ist nicht nur nach dem stündlichen Gasverbrauch des Gasherges und nach der Art seiner Benutzung, sondern auch nach der Beschaffenheit des

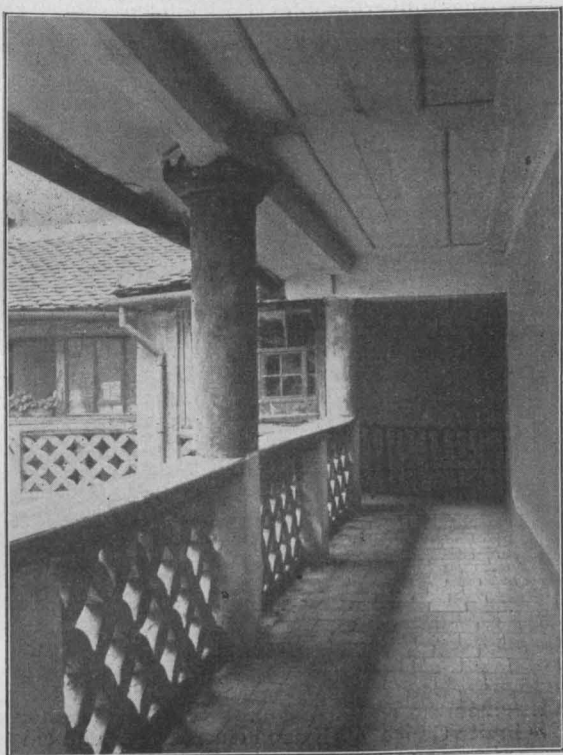
Raumes, in dem der Gasapparat benutzt wird, zu bestimmen. 1 cbm Leuchtgas entwickelt bei der Verbrennung etwa 0,57 cbm Kohlensäure von 0 Grad, die Luft eines dauernd benutzten Raumes wird den gesundheitlichen Anforderungen noch entsprechen, wenn der Kohlensäuregehalt nicht über 0,15% beträgt. Bei vorübergehender, d. h. nur stundenweiser Benutzung eines Raumes, wie z. B. einer Familienküche, wird man einen Kohlensäuregehalt von bis zu 0,4 % für zulässig erklären können. Aus dem stündlichen Gasverbrauch des Herdes, wobei bei Sparbrennern die tatsächlichen und nicht die höchsten Verbrauchszahlen der Brenner zugrunde zu legen sind, aus der Größe des Aufstellungsraumes ferner und seiner Lüftungs-Einrichtungen läßt sich somit die Zulässigkeit einer Gas-Kochvorrichtung, falls ein Anschluß an ein Abzugsrohr nicht möglich ist, feststellen. Nach diesen Grundsätzen sind insbesondere die Gas-Kochapparate von F. Küppersbusch & Söhne, Gelsenkirchen; Gebr. Hammer, Berlin; Hildesheimer Sparherdfabrik A. Senking; Junker & Ruh in Karlsruhe behandelt worden.

Erst als im Frühjahr 1911 auf der Feuerwache in der Tieck-Straße in Berlin eine Gas-Explosion stattgefunden hatte und zwar in einem Schornstein, an den außer zwei Ofenfeuerungen auch ein Gas-Wärmeofen angeschlossen war, wodurch die in den beiden darüber befindlichen Stockwerken aufgestellten Öfen auseinander gesprengt wurden, ist die Frage, ob es zulässig ist, Gasapparate, in noch anderweitig durch Kohlefeuerung beanspruchte Schornsteinrohre einzuleiten, wieder dringend geworden. Allerdings ist der erwähnte Explosionsfall der einzige gewesen, der sich bis 1914 in Berlin zugetragen hatte. Die auf Grund dieses Einzelfalles vorgenommenen Erwägungen haben bisher in Berlin noch nicht zur Abänderung der zurzeit in Kraft befindlichen Bestimmungen geführt, zumal es geraten erschien, während des Krieges die Frage ruhen zu lassen. Bei einer späteren Abänderung der Vorschriften soll jedenfalls darauf Bedacht genommen werden, daß bei der nachträglichen Einrichtung von Gasfeuerungen in älteren Gebäuden nicht Forderungen erhoben werden, die unerfüllbar sind. So würde bei der Aufrechterhaltung der Forderung besonderer Abzugsrohre, an die Feuerstätten mit Holz- oder Kohlefeuerung nicht angeschlossen werden dürfen, in Erwägung gezogen werden können, ob nicht die Wrasenrohre für die Abgase verwendet werden dürfen, falls eine anderweitige Entlüftung der Küche durch Lüftungsfügel gesichert ist.

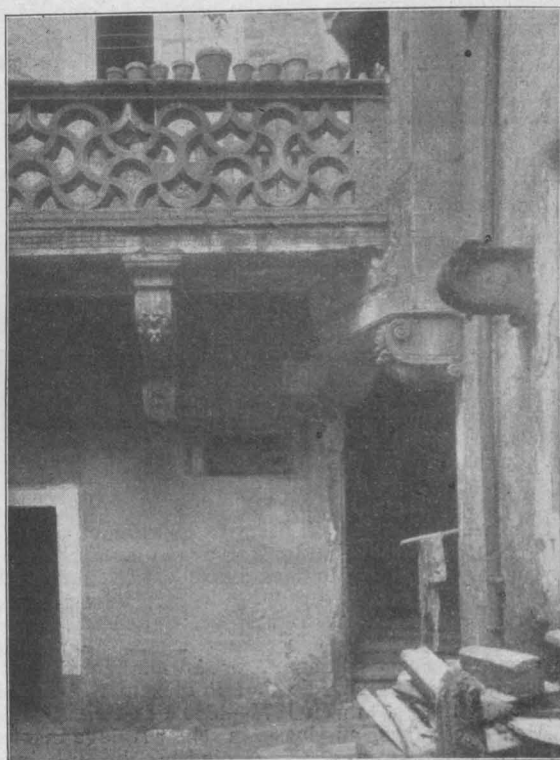
Verfasser möchte seine Ansicht in dieser Frage dahin abgeben, daß es nicht unbedingt erforderlich erscheint, an eine Abänderung oder gar Verschärfung der bisherigen Bestimmungen zu denken, zumal die Veranlassung hierzu nur ein beobachteter Fall gegeben hat. Vielmehr wird es sich empfehlen, auf dem bei Zulassung der Kochtische und ähnlicher ihrer Konstruktion nach nicht anschließbarer Gasherde beschrittenen Weg fortzuschreiten. Denn wenn man erwägt, daß bei allen Gas-Kochherden, auch den mit geschlossener Platte versehenen, das Ausströmen der Verbrennungsgase allein in die Küche erfolgt, da ja die größte Ausnutzung der Heizkraft der Gasflamme dann erzielt wird, wenn sie den Kochtopf unmittelbar bestreicht, so haben die bisher angebrachten und geforderten Ableitungen in einen Schornstein tatsächlich keine Wirkung. Bekanntlich werden die Kochherde allgemein nicht bei geschlossenen Ringen benutzt, sondern der Topf wird auf die nach oben gekehrten Rippen der Ringe allseitig frei aufgesetzt. Die Heizflamme umspült ihn am Boden und von allen Seiten, wobei alle Abgase selbstverständlich in den Küchenraum entweichen. Das vorhandene Abluftrohr tritt demnach, da es nicht erwärmt wird, auch nicht in Tätigkeit. Es wäre also tatsächlich ganz unbedenklich, wenn es bei gewöhnlichen, gleichgültig ob größeren oder kleineren Küchenherden, nicht vorhanden wäre. Auch ein Eindringen von Gas in den angelegten Abluftkanal ist bei Küchenherden kaum zu befürchten, da der Herd durch die Fugen zwischen den Ringen derartig viele Undichtigkeiten aufweist, daß das spezifisch leichtere Gas diese in erster Linie zum Entweichen in den Küchenraum benutzen wird. Die Forderung der Anlage von Abzugsrohren hat nach Ansicht des Verfassers nur bei den Gasapparaten einen Zweck, bei welchen die Flammen in abgeschlossenem Gehäuse brennen, also bei Bratöfen, Backöfen, Badeöfen, Warmwasser-Bereitungs-Anlagen und besonderen für technische Zwecke hergestellten Öfen, welche keine anderen Öffnungen aufweisen, als die erforderlichen Luftzuführungen unterhalb der Brenner. Außerdem ist noch zu beachten, daß in Küchen die durch die Ausströmung der Gas-Verbrennungsprodukte eintretende Luftverschlechterung gegenüber den übrigen beim Kochen und Braten unvermeidlichen Luftverschlechterungen durch Erzeugung von

Wasserdampf und Produkten trockener Destillation ganz zurücktritt. Ist demnach ein Küchenraum klein, so wird in ihm auch trotz ordnungsmäßiger Ableitung der Verbrennungsprodukte infolge der eigentlichen Kochvorgänge

den Verbrennungsvorgang im Heizapparat eine fühlbare Luftverschlechterung in den mit Gas geheizten Räumen eintreten kann, auf der Anlage eines Abzugsrohres zu bestehen sein. Es erscheint wünschenswert, dieses in ein

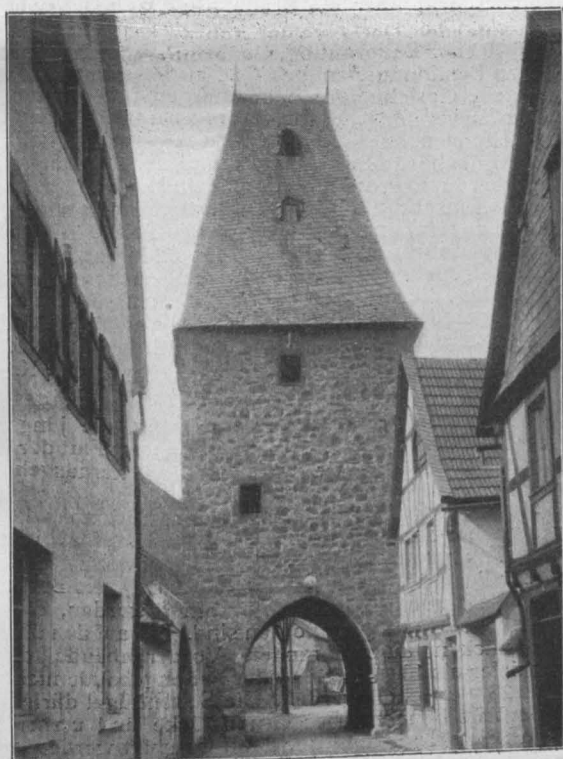


Laubengänge im Schwabacher Hof in Regensburg.



Alter Hof in Sierck in Lothringen.

Aufnahmen von Regierungs-Baumeister Hans Birkmeyer.



Altes Stadttor in Erpel am Rhein.

Aufnahme von Frans Huysser in Godesberg a. Rh.

Aus: Deutscher Baukalender 1916. Teil III. Skizzenbuch.



Altes Salzschieferhaus in Steeg am Hallstätter See.

Aufnahme von Paul und B. Haas.

eine schlechte Luft herrschen, wenn nicht durch Fenster-Lüftungskappen usw. für Luft-Erneuerung gesorgt wird.

Von einem anderen Gesichtspunkt werden die in Wohn- und Geschäftsräumen zu Heizzwecken aufgestellten Gasöfen und Gaskamine zu beurteilen sein. Bei diesen wird aus hygienischen Rücksichten, weil allerdings durch

Schornsteinrohr zu leiten, wobei es nach Ansicht des Verfassers unbedenklich ist, hierbei ein Rohr zu benutzen, welches bereits durch Kohlefeuerungen in Anspruch genommen ist. Denn obwohl das Verfahren der Einleitung von Gasabluft-Rohren in schon durch Feuerungen benutzte Schornsteinrohre bereits seit längerer Zeit geübt worden

ist, sind Fälle von hierdurch veranlaßten Gas-Explosionen, außer dem oben erwähnten, kaum bekannt geworden. Eine Einleitung der Abluft in ein Schornsteinrohr ist der unmittelbaren Ableitung ins Freie vorzuziehen, weil bei letzterer Anordnung die Gasbrenner zu sehr von den herrschenden Windverhältnissen abhängig sind. Läßt sich ein Rauchrohr zur Ableitung nicht beschaffen, so ist wenigstens die Mündungsstelle des Abluftrohrs ins Freie durch aufgesetzte Kappen und Sauger vor Windstößen zu sichern, damit ein ruhiges Brennen des Gasofens gewährleistet wird. Gewiß ist es wünschenswert, daß bei Neubauten als Schornsteinrohre innen glasierte Tonrohre in der Weite, wie sie bereits Rietschel für Gasöfen vorschlägt, Verwendung finden, aber auch bei der Ableitung in vorhandene Rauchrohre haben sich erhebliche Schwierigkeiten nicht herausgestellt. Insbesondere ist auch der von Rietschel bei ihnen befürchtete Wasser-Niederschlag kaum

beobachtet worden. Bei der Mischung der wasserreichen Abgase mit der Luft im Rauchrohr findet meistens eine derartige Verteilung des Wasserdampfes in dem großen Luftvolumen statt, daß ein Wasser-Niederschlag nicht eintritt. Wenn man außerdem noch bedenkt, daß etwa eingedrungenes unverbranntes Gas infolge seines erheblichen Auftriebes im Schornsteinrohr senkrecht in die Höhe steigen und unschädlich an der Mündung entweichen wird, so ist es wohl naheliegend, den in Berlin beobachteten Fall, daß Öfen in den oberen Geschossen auseinander gesprengt worden sind, besonderen örtlichen Umständen, wie starker Schleifung des Rohres oder eingetretener Verstopfung, zuzuschreiben. Jedenfalls wird es sich empfehlen, erschwerende Forderungen nur dann zu stellen, wenn die Gefährlichkeit des bisher geübten Verfahrens durch eine Reihe von Fällen aus der Praxis einwandfrei nachgewiesen ist. —

Tote.

K. K. Oberbaurat Andreas Streit †. In Reichenau bei Wien starb in der Nacht vom 19. auf den 20. Jan. 1916 unerwartet im 76. Lebensjahr der Architekt, k. k. Oberbaurat Andreas Streit, der im Wiener Kunstleben der letzten Jahrzehnte eine weithin beachtete Rolle spielte und als „Epigone aus dem Makart-Kreis“ bezeichnet wird. Er war langjähriger Obmann der Wiener Künstler-Genossenschaft, die ihn zu ihrem Ehrenmitglied ernannt hatte. Streit wurde am 15. Juli 1840 in Habendorf, einem kleinen Orte bei Reichenberg in Böhmen, geboren und machte seine fachlichen Studien unter Van der Nüll und Siccardus am Polytechnikum in Wien und an der Wiener Akademie, die er preisgekrönt verließ. An der Akademie war er Mitbegründer der „Wiener Bauhütte“. Die Ausführungen von Streit sind nicht sehr zahlreich; seine Haupttätigkeit lag auf organisatorischem Gebiet. Er war ein Vertreter der Renaissance in Wien und schuf in diesem Stil als ein Hauptwerk in den Jahren 1877—1880 das Palais Miller von Aichholz in der Heu-Gasse, in seiner Anlage insofern bemerkenswert, als an der Straße ein Ehrenhof entwickelt ist, den das Hauptgebäude mit den Repräsentationsräumen und bis in die Straßenflucht vorspringende Flügelbauten mit Sammlungsräumen umschließen. Bald darauf entstand gemeinsam mit Schachner der Erweiterungsbau des Hauses der Künstler-Genossenschaft am Karlsplatz in Wien (1881). Ein größerer Auftrag wurde dem Verstorbenen 1890 mit dem Neubau der Allgemeinen Poliklinik an der Mariannen-Gasse in Wien zuteil, für die er die Gesamtanlage entwarf und diese in den folgenden Jahrzehnten abschnittsweise ausführte. Am Graben in Wien stammt das Equitable-Haus von ihm. Streit war in hervorragendem Maße am Makart-Festzug des Jahres 1879 beteiligt. Auch schriftstellerisch war der Verstorbene tätig durch Herausgabe eines Werkes über Theaterbauten und durch Teilnahme an dem Werke des Kronprinzen Rudolf: „Die österreichisch-ungarische Monarchie in Wort und Bild.“ Ein Charakterkopf der zweiten Wiener Renaissance ist mit Streit dahin gegangen. —

Rechtsfragen.

Entscheidungen des preuß. Ob.-Verwalt.-Gerichtes. (Erhaltung des Vorgartens als Ziergarten.) In der Streitsache des Eigentümers eines Hausgrundstückes in der Kaiser Wilhelm-Straße in Br. in einer wider den Oberpräsidenten ergangenen Entscheidung ist der neunte Senat des Ob.-Verwalt.-Gerichtes im Wesentlichen von folgenden Gesichtspunkten ausgegangen: Vorgärten im Rechtssinn, die seit dem Inkrafttreten des Baufluchten-Gesetzes vom 2. Juli 1875 nach § 1 Abs. 4 nur entstehen können, wo aus besonderen Gründen doppelte Fluchtlinien festgesetzt worden sind, dienen verschiedenen Zwecken. Es treten, abgesehen von der Möglichkeit, aus Verkehrsrücksichten die Straße durch Vorgartenland zu gegebener Zeit leicht zu verbreitern, gesundheitliche und ästhetische Interessen besonders hervor. Sie betonen auch der die Anlage und Unterhaltung von Vorgärten behandelnde § 24 der Bauordnung für Br. in seinem ersten Absatz, nach dem die zwischen Straßen- und Bauflucht liegenden Teile der bebauten Grundstücke bis an den Bürgersteig heran als Ziergärten anzulegen und als solche dauernd zu unterhalten sind, soweit nicht Durchgänge oder Durchfahrten zur Vermittlung des Verkehrs zwischen dem Hause und der Straße notwendig sind. Nach Absatz 7 sollen als notwendige Durchgänge (Durchfahrten) nur diejenigen gelten, die unmittelbar von der Straße auf die Einfahrten oder die Haupteingänge des Hauses zu führen. Derartige Anordnungen über Einrichtung und Benutzung von Vorgärten, die in neueren Bauordnungen — namentlich größerer Städte — mit mancherlei Abweichungen im Einzelnen sich finden, sind als zulässig anzusehen. Vorliegend bildet

die durch polizeiliche Verfügung abgelehnte Genehmigung der im Anschluß an den geplanten Umbau des Erdgeschosses des klägerischen Hauses zu Läden beantragten Veränderungen des Vorgartens den Gegenstand des Streites. Für den Vorgarten, der eine Breite von 13,27 m und eine Tiefe von 8,45 bis 6,74 m hat, war von der Polizei bei Genehmigung des Umbaus des Erdgeschosses im Juli 1912 im Einvernehmen mit dem Magistrat die Neuanlage eines 1,35 m breiten Nebendurchganges längs der Ladenfront bewilligt worden. Das entsprach, abgesehen von der zugelassenen größeren Breite des Hauptganges, dem § 24 Nr. 8 und 9 der Bauordnung. Auch wurde bei dieser Anordnung der größere Teil der Gesamtfläche nicht durchbrochen, sondern konnte zusammen gärtnerisch unterhalten werden. Der polizeilich abgelehnte Plan des Klägers, dem die Umgestaltung des Vorgartens zur Förderung seines Bauvorhabens erwünscht erschien, machte letzteres unmöglich. Nach diesem Plan führen durch den Vorgarten außer einem 3,4 m breiten Gang nach dem Hausflur zwei 1,5 m breite Gänge nach den beiden Läden und ein 1,5 m breiter Gang an der Hausfront entlang. Zu gärtnerischen Anlagen verbleiben zwei getrennte Flächen mit abgestumpften Ecken, etwa je ungefähr 3,4 · 5,5 m groß. Damit würde aber der von der Bauordnung geforderte gartenmäßige Charakter wesentlich beeinträchtigt und von der Regelvorschrift über die Breite der Eingänge erheblich abgewichen werden. Allerdings hatte die Polizeibehörde nach § 103 der Bauordnung, wonach sie über Ausnahmen von den Bestimmungen des § 24 zu befinden hat, wirtschaftliche Gesichtspunkte abzuwägen und Härten, die mit der Anwendung der Regelvorschrift für den Baulustigen verbunden waren, tunlichst zu mildern. Es hat auch die Polizeibehörde Erwägungen in dieser Richtung angestellt, aber im Einvernehmen mit dem Magistrat die nachgesuchte Einschränkung der Vorgartenfläche als nicht begründet angesehen. Daß hierbei die Polizei nicht willkürlich verfahren ist, sondern das öffentliche Interesse durch die Ablehnung des Ausnahmegesuches zu wahren glaubte, läßt die Aktenlage deutlich erkennen. So ist die Klage gegen den Beschwerdebescheid des Oberpräsidenten abzuweisen. (Entscheidung vom 12. Januar 1915.) L. K. —

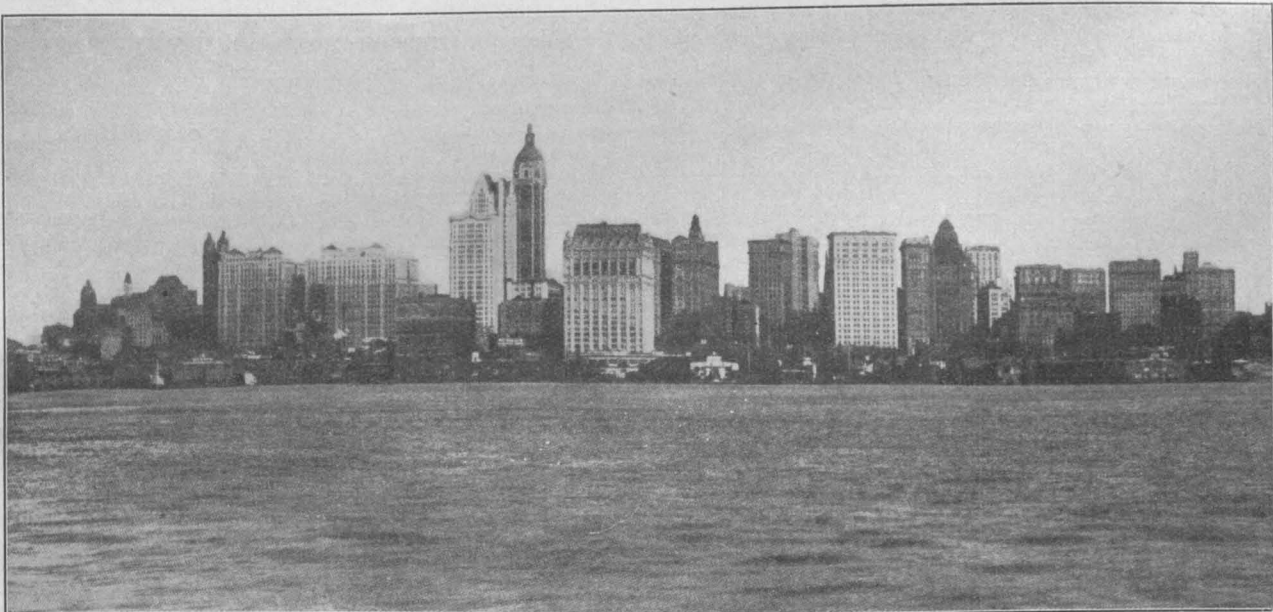
Vermischtes.

Eine Berliner Baupolizei-Verordnung, die jüngst in Kraft getreten ist, scheint uns wert, aus der Flut der Verordnungen, die zurzeit erlassen werden, herausgehoben zu werden.

Für die Grundstücke zwischen der Südwestseite der Wullenweber-Straße und dem Wikinger-Ufer im Nordwesten Berlins hat der Berliner Polizeipräsident einen Nachtrag zur Polizei-Verordnung für den Stadtkreis Berlin erlassen, in dem einige Flächen bestimmt werden, die von einer Bebauung ausgeschlossen sind. Die auf den übrigen Grundstücken aufzuführenden Vordergebäude dürfen nicht tiefer als 18 m, Mittel- oder Seitengebäude nicht tiefer als 28 m errichtet werden. Die Seitenflügel dürfen nur als Bauteile benachbarter Grundstücke und unmittelbar aneinander und nur dann errichtet werden, wenn die Giebelflächen sich im Wesentlichen decken; sonst sind Seiten-, Mittel- und Quergebäude unzulässig. Auf den Flächen, die von der Bebauung ausgeschlossen sind, dürfen Lauben und offene Gartenhallen von höchstens 3 m Höhe und 30 qm Gesamtgrundfläche errichtet werden. Die Einfriedigung der Höfe darf nur mit durchsichtigen Zäunen erfolgen. —

Inhalt: Die Ableitung der Verbrennungsgase bei Gasfeuerungen in Berlin. — Tote. — Rechtsfragen. — Vermischtes. — Abbildungen aus dem Deutschen Baukalender 1916. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



DEUTSCHE BAUZEITUNG

50. JAHRGANG. N^o 14. BERLIN, DEN 16. FEBRUAR 1916.

Das Wohnungswesen in New-York.

Von Cornelius Gurlitt in Dresden.



och erscheinen uns die Vereinigten Staaten als junges Land. Nur zu leicht denken wir uns, daß dort die Wohnungs-Verhältnisse sich besser gestalten müssen, da der Boden weithin noch frei, die Ausdehnungsfähigkeit unermesslich sei. Das stimmt wohl für weite

Gebiete des Westens, nicht aber in den Großstädten des Ostens. So ist zwar um New-York herum offenes Land in Fülle vorhanden. Aber längst ist dieses in den Händen der Bauspekulation, überall drängt sie sich hervor, um den Boden der städtischen Entwicklung zu erschließen. Die schmale Halbinsel Manhattan, auf der das eigentliche New-York liegt, ist längst gefüllt mit Bauten, die jenseits des Ostarmes des Hudson liegende Stadt Brooklyn und der nördlich sich an Manhattan anschließende Vorort Bronx füllen sich mit Miethäusern, dem gewaltigen Wachstum der Stadt entsprechend. In Brooklyn mit seinen Nachbargemeinden wurden 1905 bis 1911 14 749 Häuser mit einem Aufwand von rd. 660 Mill. M. erbaut, die in rd. 41 000 Geschossen 90 200 Wohnungen beherbergen. So überall an den Grenzen der Riesenstadt.

Nicht anders im Mittelpunkt. Bekanntlich besteht Manhattan aus einem gleichmäßigen Netz von Straßen, den von Norden nach Süden verlaufenden, etwa 30 m breiten „Avenues“ und den meist 18 m breiten, westöstlich verlaufenden „Streets“. Dazwischen liegen Blöcke von rd. 60:120 m, die in je 16 Grundstücke von 7,5:30 m aufgeteilt sind. Die schmale Straßenfront von nur 7,5 m stammt noch aus den Zeiten, als New-York aus anmutigen kleinen Einfamilienhäusern sich zusammensetzte, während jetzt in den wohl tausend solchen Blöcken überall die stärkste Ausnutzung des Bodens herrscht. Auf dem mittleren Rücken der Halbinsel Manhattan ist ein großer Block als Zentralpark ausgespart. Die Haupt-Avenues, die bis zur Südspitze reichen, haben die Wohlhabenden besetzt, so sind namentlich am Park selbst zwölf- bis zwanzigstöckige Miethäuser vornehmen Stiles (Apartment houses) errichtet worden, ebenso an Teilen des Hudson-Ufers. Die westlichen und östlichen Seiten der Halbinsel aber, eine Fläche von wohl zwei deutschen Quadratmeilen, zwei Drittel des Stadtgebietes, sind mit Häusern für kleinere Mieter (Tenement houses) besetzt. Hier wohnen die Hunderttausende kleiner Leute. Eine Zählung in diesen Blöcken ergab, daß in 122 von den südlich der Williamsburg-Brücke gelegenen Blöcken 312 000 Personen wohnten; also in jedem durchschnittlich 2557 und in jedem der 7 m breiten Häuser durchschnittlich 160. In einem Block wurden jedoch mehr als 5000 gezählt; also etwa 310 in jedem Hause dieser Art. Das heißt: die Wohndichtigkeit ergibt

auf je 2,86 qm einen Menschen in dem einen Block, im anderen auf je 1,97 qm.

Die Zustände in diesen Häusern, bei denen der hohe Wert des Bodens und der heftige Andrang der Einwanderer-Bevölkerung zur letzten Ausnutzung des Baugrundes führten, verschlechterten sich von Jahr zu Jahr. Die Baugesetze reichten nicht aus, um die Mißstände im Wohnungswesen zu beseitigen. Daher wurde 1901 ein Gesetz für Groß-New-York in Kraft gesetzt, das den Bau und die Erhaltung der Miethäuser neu regelt. Eine eigene Behörde wurde eingesetzt, die die Durchführung des Gesetzes überwacht. Der Leiter dieser Behörde erhält 30 000 M. Gehalt.

Das Gesetz hat den Zweck, Mißstände im städtischen Bauwesen zu beseitigen, vor allem die Feuergefährlichkeit und Gesundheitswidrigkeit der Häuser. Es stellt die Bedingungen des Baues fest, indem es die vorhandenen und die zu erbauenden Miethäuser in zwei Hauptklassen teilt: feuersichere und nicht feuersichere. Zu den ersteren werden alle Häuser gerechnet, die etwa den deutschen Gesetzen entsprechend gebaut werden, nämlich solche, deren Außen- und Treppenmauern aus Ziegeln, Stein, Eisen oder anderen unverbrennbaren Stoffen errichtet sind, ebenso die Vorplätze zwischen Treppen und Wohnungstüren. Diese Türen sind mit Eisen zu beschlagen. Nichtfeuersichere Häuser, das heißt solche in Holzbau, dürfen nicht mehr als 6 Geschosse über dem Keller hoch gebaut werden, müssen entweder feuersichere Treppen oder Feuerleitern haben, die an der Außenseite von jeder Wohnung über Balkons hinab zur Erde führen. Bei älteren Häusern von nur vier Geschossen und nur vier Wohnungen in jedem Geschoß sind solche Vorsichtsmaßregeln nicht nötig.

Nun ist der weitaus größte Teil der Häuser New-Yorks nicht feuersicher. So namentlich die ungeheure Menge der älteren Miethäuser der kleinen Leute. Mancher, der von der Seereise abends spät sein Zimmer in einem hohen Geschoß betrat, sah mit Staunen den Apparat, der sich ihm darbott: den um die Brust zu legenden Gurt mit Seil, den er im Falle eines Brandes anlegen sollte, ehe er den Abstieg durch das Fenster über die Feuerleitern beginne. Er las die lange Instruktion, die angeschlagen ist, blickte hinab in die schauerliche Enge der Straße da unten — und dachte sich sein Teil über die ausgezeichneten Sicherheits-Einrichtungen, die New-York seinen Bürgern zu schaffen empfahl.

Für den Bauherrn stellt sich also die Frage jetzt so, ob er feuersicher, also teurer bauen und dabei die Gelegenheit ausnutzen soll, 12 Stock hoch zu bauen, oder ob er nicht feuersicher, also billiger bauen und mit 6 Geschossen sich begnügen will. Gestattet doch selbst noch

das Gesetz von 1901, daß man den Häusern das Andert-halbache der Breite der Straße an Höhe gibt, sodaß die Höhe von 6 Geschossen oder 27 m an den Streets, von 12 Geschossen oder 45 m an den Avenues die normale ist. Bekanntlich gilt in Europa fast überall die Bestimmung, daß die Häuser nicht höher gebaut werden dürfen, als die Straße an Breite mißt, da sonst Licht- und Luftzufuhr zu sehr beschränkt werden. In New-York aber sitzen die unteren 2 oder 4 Geschosse in einer nach unserer Ansicht unerlaubten Dunkelheit. So bei Miethäusern; anders bekanntlich bei Geschäftshäusern, für deren Höhe bis jetzt keine Grenze gestellt ist. Es kann also auch 20, 30 und 40 Geschosse hoch gebaut werden, ganz ohne Rücksicht auf die Breite der Straße und darauf, ob Anderen Luft und Licht genommen wird. Freilich arbeitet die Stadtverwaltung jetzt an Vorschriften, die dieser Mißwirtschaft endlich einen Riegel vorschieben sollen.

In den Jahren 1903 bis 1905 wurden 34 feuersichere und 2383 nicht feuersichere Miethäuser in Manhattan gebaut. Inzwischen hat sich das Verhältnis zugunsten der feuersicheren stark verschoben, namentlich auch aus technischen Gründen, weil früher für die Untergeschosse bei hohen Bauten die Mauerstärken zu groß wurden. Mit den Fortschritten im Stahlbau ist diese Notwendigkeit beseitigt.

Aber Holzbauten entstehen immer noch. Nur müssen sie nach dem neuen Gesetz gewisse, das Leben sichernde Vorkehrungen haben. Die wichtigsten unter ihnen sind jene Feuerleitern. Meilenweit sieht man die Straßen entlang kleine Eisenbalkons angebracht, die durch Eisenleitern mit einander verbunden sind (Abbildung S. 79). Wenn es brennt, sollen die Bewohner des Obergeschosses längs der Hausfassade herunterklettern können. Natürlich können diesen Wegumgekehrt auch Diebe einschlagen, wengleich besondere Verkehrungen hiergegen getroffen werden, und daher sucht jeder gegen die liebe Nachbarschaft auf beste den Zugang in seine Wohnung durchs Fenster zu ver-rammeln. Er verfällt damit leicht einer Ordnungsstrafe. Von der Straße zum Balkon des ersten Obergeschosses ist die Eisenleiter zum Aufziehen eingerichtet — ganz nach dem System alter Ritterburgen. Der Aufsichtsbehörde macht die Einrichtung dieser Sicherheitstreppe die meiste Sorge. Unter den 446 197 Strafanzeigen, die von 1903—1908 eingingen, dürfte die Mehrzahl sich auf jene Leitern beziehen, die auch für das Straßenbild so ziemlich das Schauderhafteste darstellen, was sich die Phantasie vorstellen kann. Der Berliner kennt ja solche Anlagen vom königlichen Opernhaus.

Das neue Gesetz nimmt sich der Höfe an, indem es feststellt, daß 70% der Fläche des Grundstückes bebaut werden dürfen, an Eckgrundstücken 90%. Innenhöfe müssen etwa 7,3 m im Geviert haben, bei zwölfstöckigen Häusern 9 zu 10 m. Man bedenke wohl, was das heißt: bei 10 m Breite ist der Hof von 45 m hohen Mauern umgeben. Es befinden sich in seinen Wänden die Fenster von oft 50 und mehr Aborten und von 24 Küchen. Und trotzdem wird in Miet-Angeboten nicht unterlassen, besonders zu rüh-men, wenn nicht auch Wohnräume sich an diesen Schächten befinden. Das Licht auf einem solchen Hof gilt nach dem Gesetz als direktes, die Baupolizei hat gegen diese An-ordnung keine Einwendungen zu erheben.

Esgibt auch Außenhöfe, das heißt manchmal das ganze Grundstück abtrennende Wiche von noch nicht ganz 4 m Weite, gleichviel, wie hoch das Haus ist. Auch sie gelten dem Gesetz als ausreichende, normale Lichtquellen für Wohnräume. Von der hinteren Grenze muß der Bau etwa 4 m abstehen, sodaß hier ein Hinterhof von 8 m Breite entsteht, Yard genannt. Diese Bestimmungen erscheinen dem deutschen Architekten als ein Hohn auf alle Regeln der Hygiene. Die Amerikaner trösten sich mit der gesunden Seeluft und den kräftig reinigenden Winden New-Yorks.

Das Gesetz richtet auch seine Sorgfalt auf die Treppen. In den Häusern mit billigen Mietwohnungen fehlt der Auf-zug ebenso wie bei uns. In den Mietanzeigen wird zwischen Häusern mit und ohne Aufzug unterschieden. Die ersteren sind wesentlich teurer. Aber auch, wo die Aufzüge fehlen, dürfen die Treppen in einer unseren An-schauungen nach durchaus unzureichenden Weise aus-gestaltet werden.

Die Stufen dürfen bis zu 20,3 cm Höhe haben — bei uns nicht über 18 cm — bei 25,4 cm Auftritt. Das New-Yorker Gesetz gibt als Mindestmaß für die Breite der Treppen 92 cm an, gleichviel, wie hoch das Haus ist. Für deutsche Verhältnisse, wo die Feuersicherheit ganz wesent-lich durch die Sicherheit der Treppe bedingt ist, gilt 1 m als Mindestmaß für niedrige Bauten, 10 cm mehr für jedes zweite und weitere Obergeschoß, sodaß für ein sechs-stöckiges Haus die Breite von 1,40 m sich ergäbe. Man rechnet eben damit, daß für Zeiten der Gefahr die Treppe in einem stark bevölkerten Hause breit sein müsse. Die

New-Yorker Treppe aber bietet zur Not zwei Menschen Gelegenheit, aneinander vorbeizukommen. Brennt es und stürmen ein paar kräftige Männer die Treppe hinauf, um zu retten, so sperren sie die Flucht der absteigenden Schwächeren. Und das in vielgeschossigen Häusern, in denen vier und mehr Familien in jedem Stockwerk an einer solchen Treppe wohnen, also bis zu 310 Personen. Freilich spart man damit an Grundfläche für das Treppenhaus und baut somit billiger und für die Vermieter vorteilhafter.

Besser als in Deutschland scheinen im Allgemeinen die Verhältnisse der Wasserversorgung zu sein. Scharf geht das neue Gesetz gegen das vor, was man „school-sinks“ nannte, gemeinsame Aborte. Weil solche zuerst in Schulen eingeführt wurden, haben sie diesen Namen. Die Zahl und Anlage der Aborte, die Beschaffung von reinem und gesundem Wasser in jeder Wohnung sind Gegenstand eingehender Verordnungen. Auch warmes Wasser soll in vielen Häusern den Wohnungen zugänglich gemacht werden. Für Bäder, die mit dem Abort meist in einem Raum sich befinden, scheint mehr vorgesorgt zu sein, als bei uns, wengleich nur sehr bescheidene Abmessungen für solche Räume gefordert werden.

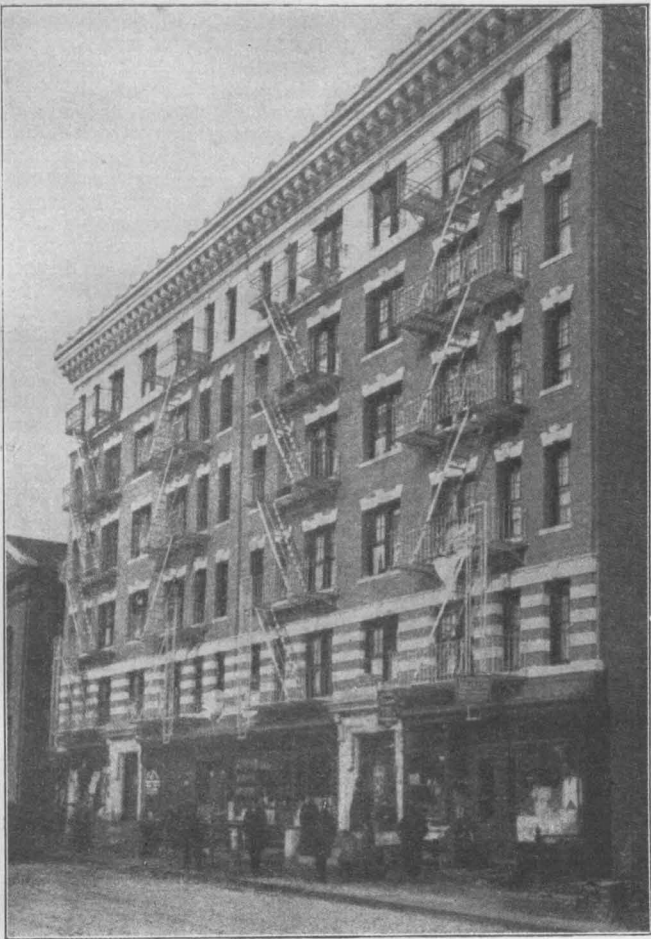
Die Zimmer sind in den Miethäusern sehr klein. Da es sich durchweg um Spekulationsbauten handelt, ist das Ziel vorherrschend, die zulässigen geringsten Maße zu nehmen. Nach dem Gesetz soll jede Wohnung einen Raum von 3,05:3,66 m = 11,16 qm haben; jeder Wohnraum soll mindestens 6,5 qm messen, außer dem Dienstbotenzimmer, für das 3,4 qm ausreichen. Die normale Wohnung für den kleinen Mann besteht aus drei bis vier Räumen. Sie hat also etwa 32 qm Grundfläche. Zum Vergleich ziehe ich Dresdener Verhältnisse an, die für Deutsche als typisch gelten können. Dort soll die Familienwohnung wenigstens zwei Wohnräume zu 10 qm, eine Küche und ein Nebengelaß haben. Die Wohnräume sollen zusammen mindestens 30 qm Grundfläche haben. Die Gesamtwohnung kommt daher auf etwas mehr Grundfläche als in New-York. Es fragt sich nun bei einer Betrachtung der Wohnverhältnisse, was eine solche Wohnung hier und dort jährlich kostet.

Vor mir liegen die neuesten Nummern des New-Yorker Wohnungsanzeiger. Ich greife einige Beispiele heraus. Da ist der Grundriß eines feuersicheren Hauses mit 12 Geschossen, und in diesen je 2 Wohnungen. Das Treppenhaus ist nur etwa 2,2 m breit, jedoch ist je ein Aufzug für Personen und für Güter von je 1,45:2,2 m Grundfläche vor-handen. Die Fläche jeder Wohnung beträgt rund 280 qm. In diese sind 7 Räume, 2 Mädchenzimmer, Küche und 3 Bäder eingebaut: es handelt sich also um ein „Appar-tement“ von 9 Räumen. „The New York Times“ vom 3. August 1915 bieten 19 Häuser in Manhattan oft mit Woh-nungen von 7 Räumen für einen Mietzins von je 3750 bis 20 000 M. aus, durchschnittlich für 9600 M., also den Raum für 1370 M. Im Westteil der Stadt beträgt die Miete einer Wohnung mit 7 Räumen 1900 bis 5000 M., bei 37 Angeboten durchschnittlich 3620 M., für den Raum also etwa 520 M.

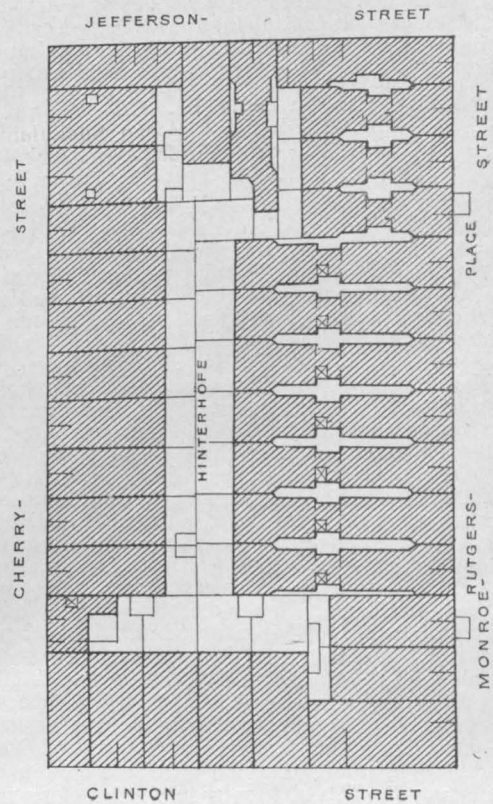
Aber nicht die hohen Preise dieser großen Wohnun-gen nehmen uns wunder, sondern namentlich die der orts-üblichen vierräumigen, die von kleinen Leuten gewählt werden. Sie bilden auch im Westen die große Mehrzahl. In den vornehmern südlichen Stadtteilen kommen Preise vor bis 7250 M. für solche Wohnungen, andere für 1160 M. Von der 100. Street an, also ferner ab von der City, betra-gen die Preise nach einer großen Zahl von Angeboten im Durchschnitt rund 2100 M. Die beistehenden Grundrisse zeigen die nicht einwandfreien Anordnungen solcher Wohnungen.

Man kann damit rechnen, daß die schlechtesten Woh-nungen überhaupt nicht durch die Presse ausgebaut werden. Aber auch für solche in alten, vor Einrichtung der jetzigen Gesetze errichteten Häusern sollen Wohnun-gen von vier elenden „Löchern“ mit 1000 bis 1200 M. be-zahlt werden, also mit dem doppelten und dreifachen Preis, wie für die gleiche Grundfläche in europäischen Großstäd-ten. Denn in der Miete steckt ein gutes Teil Amortisations-Kosten für den Bau dem ein langer Bestand bei minder-wertiger Ausführung nicht zugetraut wird. Und in solchen Häusern wohnen die Hunderttausende der aus ihrer Heimat Entwurzelten, in endlos langen, gleichförmig langweiligen, jeder Abwechslung, jedes Grüns entbehrenden finsterner Straßen, die Kinder meist auf diese getrieben, die Er-wachsenen dort Erholung suchend, ein wildes Gemisch von Nationen: Polen, Südslaven, Juden, Italiener, Iren, die ihre schlechten Gewohnheiten, den Mangel an Rein-lichkeit, das Ungeziefer über See herüberbrachten.

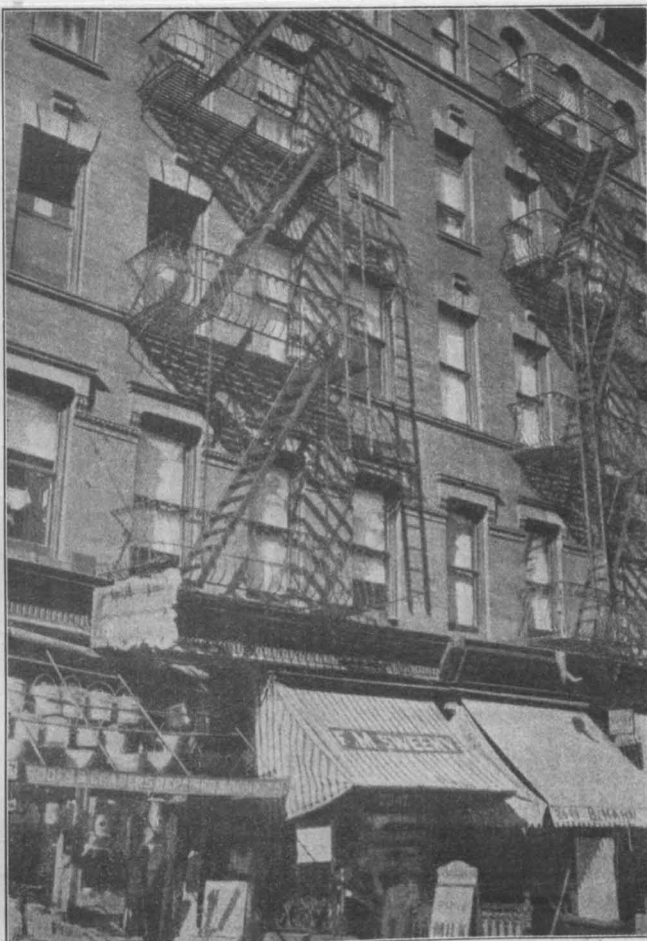
Die Betrachtung der New-Yorker Verhältnisse ist sehr lehrreich: Die hohe Bauweise im Geschäftszentrum, die „Citybildung“ im Gebiete der Wolkenkratzer, hat keine Entlastung der Nachbargebiete herbeigeführt, im Gegen-teil, die Ueberlastung des Baugrundes ist auch hier stetig



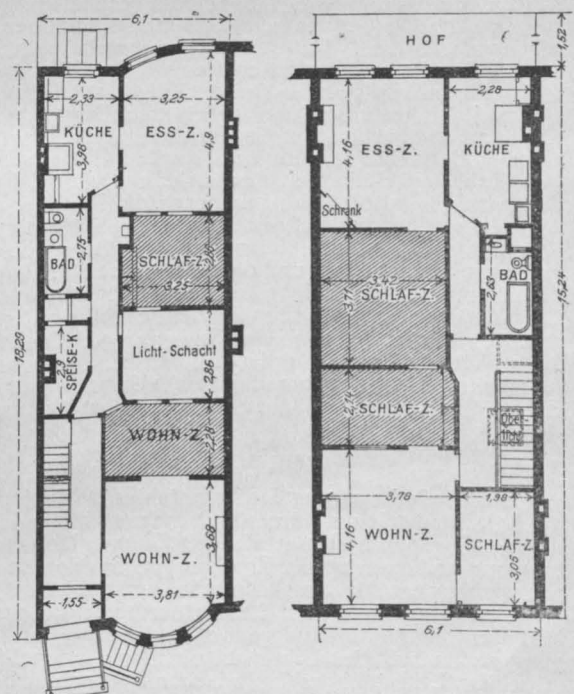
gewachsen. Mit der übermäßigen Ausnutzung der Wohnflächen (Lageplan) ist keine Verbilligung der Mieten eingetreten. Diese haben eine Höhe wie in keiner Stadt Europas. Als Grund hierfür wird zu- meist die hohe Belastung der bebauten Grundstücke mit Steuern angegeben, die also den jeweiligen Besitzer



Typischer Straßenblock des alten Ostseite-Viertels von Manhattan.



Wohnungen mit Sicherheits-Anlagen in New-York.



2-Familien-Wohnhäuser. Die inneren Zimmer ohne Fenster zur Außenluft.

2-Familien-Wohnhäuser. 2 Zimmer ohne Licht und Luft.

trifft und von diesem auf die Mieter abgeschoben wird. Der Besitzer ist aber, wie in europäischen Großstädten, auch drüben selten der Mann, der aus der Bodenspekulation die großen, dort erzielten Vorteile zog; ihn drückt die Steuer tatsächlich übermäßig, während der Händler mit Grundstücken ihr entgeht. So lastet die Teuerung auf den kleinen Leuten, sie müssen durch Miete einen starken Beitrag zur kostspieligen Verwaltung von

Stadt und Staat zahlen. Man setze dem nicht entgegen, daß auch die Löhne in New-York sehr hoch sind: das bedeutet nur eine Entwertung des Geldes, nicht einen höheren Wohlstand. Es bedeutet weiter eine Erschwerung der Lebensführung, einen härteren Kampf ums Dasein.

Befreundete amerikanische Architekten versichern mir, daß am Bau dieser Häuser, so plundrig er meist ist, nichts verdient werde; daß trotz der gewaltigen Verdienste, die die Bodenspekulation einstreicht, New-York in Bezug auf Bauschwandel, Benachteiligung der Bauhandwerker anderen Städten, namentlich auch europäischen, nichts nachgebe. Ein Architekt höheren Stils hat überhaupt nichts mit ihnen zu tun, da das Bauen der Miethäuser sich in den Händen eines rücksichtslosen Spekulantentums befindet, ein mit allen Kniffen durchgeführtes Herauswirtschaften von etwas Verdienst darstellt. Nach der künstlerischen Seite wetteifern die New-Yorker Miethäuser an Scheußlichkeit mit denjenigen des übrigen Hochbaues. Wenn in den Wolkenkratzern und in den vornehmen „Appartement“-häusern zum Teil eine gewisse Ruhe, eine wohltuende Flächenwirkung durch die rhythmische Verteilung zahlreicher Fenster über glatte Wände und durch Herausheben einiger Geschosse erreicht ist, so teilt die Mehrzahl der Miethäuser diesen Vorteil nicht. In den „Normen“ der New-Yorker Architektenschaft ist für Planung eines Wohnhauses ein Honorar von 5% vorgesehen. Tatsächlich werden für den Entwurf eines Hauses von 1 Mill. M. Kosten 300 M. an einen Zeichner gezahlt! Es sind recht geschickte Leute, die für diesen Hungerlohn arbeiten.

Alle Einwohner, die einen höheren Lebensstand erreichten, suchen, wenn sie die außerordentlich teuren Geschloß-Wohnungen der „Appartement-houses“ nicht zahlen können oder wollen, weit fort von der eigentlichen Stadt ein Häuschen zu erstehen und wenigstens am Abend die Stadt zu fliehen. Daher die riesige Ueberlastung der Stadtbahnen in den Zeiten des Geschäfts-Anfanges und -Endes. 1860 betrug die Verkehrszahl für die Straßenbahnen rund 50 Mill. Fahrgäste, 1900 schon 845 Mill., 1910 1531 Mill., das heißt etwa 4,3 Mill. täglich. Das erweckt wohl Erstaunen über die „Großartigkeit“ des Verkehrs, erfreut aber den nicht, der sich im Gewühl der Menschenmengen täglich und stündlich durchzukämpfen hat. Gerade infolge der Citybildung regeln sich Beginn und Ende der Arbeitszeit und damit die Ueberlastung der Verkehrsmittel zu bestimmten Stunden. Heute werden in der Presse New-Yorks Pläne besprochen, daß mit einem Aufwand von nahezu einer Milliarde die Möglichkeit geschaffen werden soll, jährlich 3000 Millionen, also täglich 8 Millionen Menschen zu befördern. Daß solche Riesenwerke nicht billig, auch nicht relativ billig geschaffen werden können, und daß in ihrem Gefolge neue Verwicklungen entstehen müssen, ist jedem technisch Denkenden klar. Denn dann wird erst recht zu bestimmten Tageszeiten der Ansturm auf einzelne Bahnhöfe gewaltig sein, werden die Bequemlichkeit, Ruhe und Sicherheit des Verkehrs leiden. Gingen doch erst jüngst Mitteilungen durch die Presse Berlins, dort seien schon zu gewissen Stunden die Stadtbahnen so überfüllt, daß diese den ihnen gestellten Aufgaben nicht mehr genügen können, und daß daher eine Staffellung des Arbeits-Anfanges der Fabriken angestrebt wird, also das Gegenteil der vielgerühmten Einheitlichkeit der Arbeitszeit. Und dazu liegen an der Südspitze von Manhattan die großen Werften und andere Industrien, die ungezählte Arbeitskräfte täglich heranziehen. Und trotzdem die Ueberfüllung der eigentlichen Stadt mit dort Wohnenden,

nicht nur des Bezirkes Manhattan, sondern in annähernd ähnlicher Weise in Brooklyn und Bronx! Der Grund dafür ist, daß der kleine Mann die Stadtbahnen nicht benützt, weil sie für ihn trotz tatsächlich billiger Fahrpreise zu teuer sind. Er muß in der Nähe der Arbeitsstätten wohnen, er muß die engen Straßen übervölkern, denn die Fahrpreise lassen sich auch nicht verbilligen, da die Bahnen von Gesellschaften erbaut werden, die trotz der riesigen Kosten einen Vorteil aus ihnen herauswirtschaften müssen. Auch die Wolkenkratzer zwingen Tausende, die dort bedienstet sind, in ihrer Nähe sich anzusiedeln. So haben sich die schlimmsten Verhältnisse herausgebildet, gegen die in New-York selbst das Gewissen aller Menschlichdenkenden sich kräftig zu regen beginnt. Nicht mit Unrecht nannte ein Sozialpolitiker die Miethäuser der Stadt das Widerwärtigste, was Menschengestalt je erdacht habe, und die Wohnverhältnisse New-Yorks die schlechtesten in der ganzen Welt.

Dem gegenüber ist es wertvoll, London zu betrachten. Dort hat man alle Kraft dafür eingesetzt, die Citybildung, die Anhäufung des Verkehrs mit einem anderen Mittel zu bekämpfen, als durch New-Yorker Wolkenkratzer, nämlich durch geeignete Straßenanlagen die City zu erweitern. Während man in New-York immer deutlicher erkennt, daß es ein schwerer Fehler der Stadtverwaltung war, den Bau von Wolkenkratzern zuzulassen, während man sich dort von dem Rausch befangen ließ, „the biggest building of the world“ zu besitzen, hat man in London die wahren Aufgaben hochentwickelter Technik anzuwenden verstanden, indem man sie dazu verwendete, Verkehrs-Verwicklungen tunlichst fortzuräumen, nicht aber eine auf die andere zu packen. Heute steht in mancher kaum 18m breiten Straße New-Yorks ein Wolkenkratzer neben dem anderen, nehmen sich Luft und Licht, ersticken die Straßen im Verkehr. Sobald die Riesenhäuser ihr Personal entlassen, erkennt man immer mehr, wie unangenehm und zeitraubend auf die Dauer das Fahren in den fensterlosen Aufzügen ist, und es beginnen die Wolkenkratzer noch dazu unrentabel zu werden, weil eben auf Lifts, Treppen usw. zu viel Raum verwendet werden muß.

Diese Zustände lassen erkennen, wohin eine übertriebene Citybildung führt. Die Tendenz auch unserer Großstädte geht dahin, Geschäftsmittelpunkte zu schaffen, die Wohnungen aus diesen zu verdrängen und sie durch Geschäftsstätten zu ersetzen. Auch bei uns meint man dem Geschäftsleben damit eine Wohltat zu erweisen, wenn man den Hochbau, die letzte Ausnutzung des Grund und Bodens, fördert, dieser Absicht entgegen stehende Gesetze beseitigt, um amerikanische Verhältnisse als solche herbeizuführen, denen doch nicht mehr entgegen werden könne. In den Zeitschriften und Fachwerken begegnen wir oft Äußerungen, die uns die Baupläne der Amerikaner als Beweise der Großzügigkeit ihres technischen Planens und Denkens und somit als Muster vorführen. Aber ehe man solchen Plänen nachgeht, sollte man die Folgen genau studieren! Man wird erkennen, daß die dezentralisierenden Erfindungen — unter diesen verstehe ich das Telefon, die gut eingerichteten, in öffentlichem Besitz befindlichen, nach allgemein-wirtschaftlichen Grundsätzen eingerichteten Stadtverkehrsmittel, die Verteilung der City-Einrichtungen über entsprechend weite Gebiete — daß solche Mittel die größere Aufmerksamkeit verdienen, als die bewundernswerten technischen Aushilfsmittel, die der Hochbau Amerikas gefunden hat, in letzter Folge nur, um vorhandene soziale Schäden noch zu vermehren. —

Vermischtes.

Die Wiederbesetzung des Lehrstuhles für Baukunst an der kgl. Akademie der Künste in Dresden steht zurzeit, wie uns aus Dresden berichtet wird, im Zeichen lebhafter Erörterung und eingehender Erwägungen, ein Beweis dafür, wie wichtig man für das sächsische Kunstleben mit Recht diese Angelegenheit hält. Nach einer uns zugegangenen Mitteilung soll unter Anderem auch die Frage zur Erwägung stehen, ob der Lehrstuhl nicht in Personal-Union mit einem Lehrstuhl der Technischen Hochschule besetzt werden könne und man teilt uns mit, daß ernste Vertreter der Dresdener Kunstkreise in einer solchen Vereinigung nicht die Gewähr für eine unabhängige und fortschreitende Entwicklung der Baukunst an der Dresdener Akademie mit ihrer großen Ueberlieferung erblicken könnten. Nach unserer Ansicht mit Recht. Wir wissen nicht, ob der Wunsch einer Vereinigung der beiden Lehrstühle etwa mit Rücksicht auf die Wahl einer bestimmten Persönlichkeit entstanden ist. Aber selbst wenn diese die bedeutendste und an sich wohl geeignet wäre, die Reihe Gottfried Semper und Paul Wallot würdig fortzusetzen, so würden doch gegen eine solche Vereinigung schwere Be-

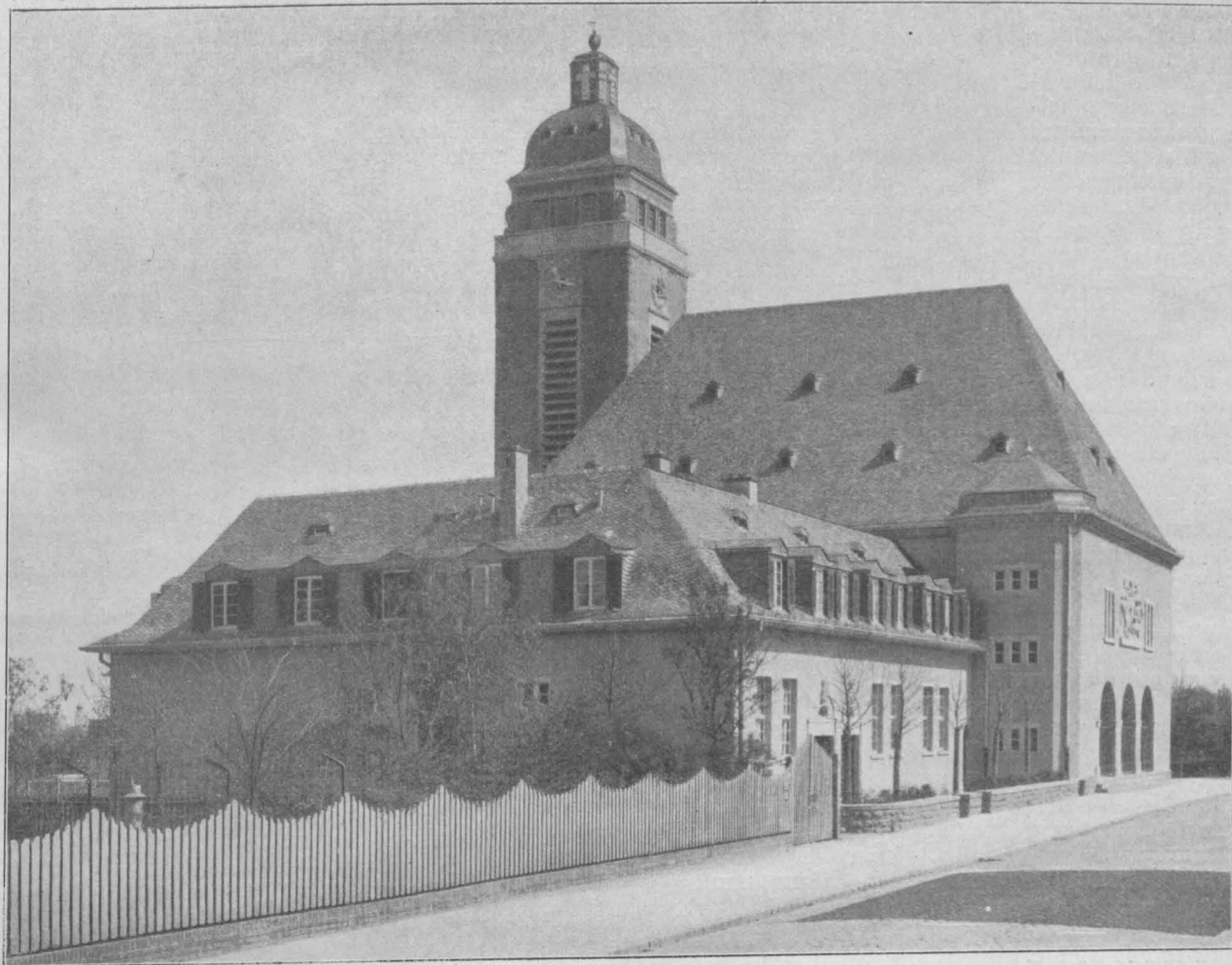
denken entstehen, denn eine der beiden Anstalten müßte darunter leiden und die Tätigkeit an ihr zum Nebenannte herabsinken. Träte das zufällig die Akademie, so wäre es doppelt bedauerlich, weil hier die Baukunst losgelöst von belastenden Nebenfächern in ihrer vollen Eigenschaft als Kunst und in Verbindung mit den übrigen Zweigen der Kunsttätigkeit gelehrt wird oder doch gelehrt werden sollte und weil hier ein Künstler mit persönlicher Eigenart und mit natürlichem Drang nach vorwärts Gelegenheit fände, sich frei zu entfalten und auch seine Schüler in freier, persönlicher Kunstübung zu erziehen. Die Akademie wäre so die Stätte für die Kunst eines wirklichen Könners und das sollen doch wohl nach allgemeinem Empfinden die Lehrstellen an Kunst-Akademien sein. Möglich wäre auch, daß finanzielle Gründe zu dem Gedanken der Vereinigung geführt haben. Aber trotz des Ernstes der Zeit sollten diese in einer so großen Kunstfrage nicht entscheidend mitsprechen. —

Inhalt: Das Wohnungswesen in New-York. — Vermischtes. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



DIE EVANGELISCH-LUTHERISCHE
 ERLÖSER-KIRCHE IN FRANKFURT
 AM MAIN-OBERRAD. ARCHITEKT:
 KARL BLATTNER, B. D. A. IN
 FRANKFURT AM MAIN. * BLICK
 VON DER HERREN-STRASSE AUS.
 ≡ DEUTSCHE BAUZEITUNG ≡
 * 50. JAHRGANG 1916. * NO. 15. *



Ansicht von der Wiener-Strasse.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

50. JAHRGANG. N^o 15. BERLIN, DEN 19. FEBRUAR 1916.

Die evangelisch-lutherische Erlöser-Kirche zu Frankfurt am Main-Oberrad.

Architekt: Karl Blattner, B. D. A. in Frankfurt am Main.

Hierzu eine Bildbeilage, sowie die Abbildung S. 83.



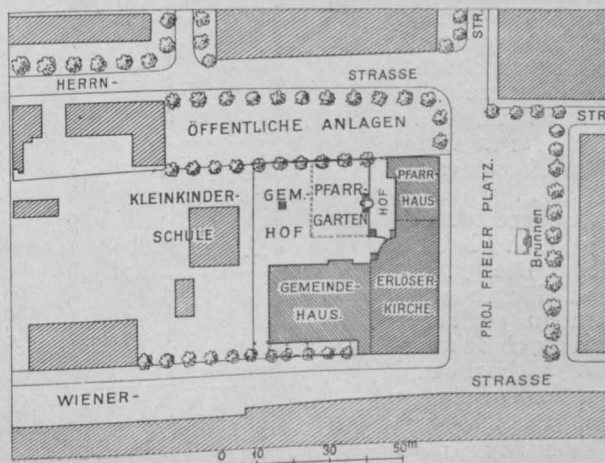
Im südlichen Teil von Frankfurt am Main, in Oberrad, auf der Höhe des Sachsenhäuser Berges, ist kürzlich die durch den Architekten Karl Blattner in Frankfurt am Main erbaute Erlöser-Kirche vollendet worden. Das Bauwerk wurde aus finanzwirtschaftlichen Gründen mit dem Gemeindehaus zusammen ausgeführt und zwar in sehr enger Verbindung. Es ist deshalb die Kirche mit dem Pfarr- und dem Gemeindehaus zu einer einheitlichen Baugruppe vereinigt worden. An der Längsseite der Gruppe ist ein großer Platz vorgesehen, dessen Mitte der Turm mit seinem monumentalen Portal betont.

Die äußere Architektur ist in den Formen der heimischen Bauweise der Frankfurter Gegend gehalten und es wurde Wert auf eine ruhige klare Umrisslinie gelegt. Der 42^m hohe Turm bildet das Beherrschende im Platzbild und ist mit einem laternenartigen Aufbau bekrönt. Durch seine Stellung auf dem Höhenrücken, der sich längs des Main-Tales hinzieht, ist er von weitem sichtbar und es leuchten die an der Spitze angebrachten 4 Kreuze weit in die Ebene.

Ueber dem Hauptportal an der Wiener-Strasse ist ein großes Relief, den Erlöser darstellend, ange-

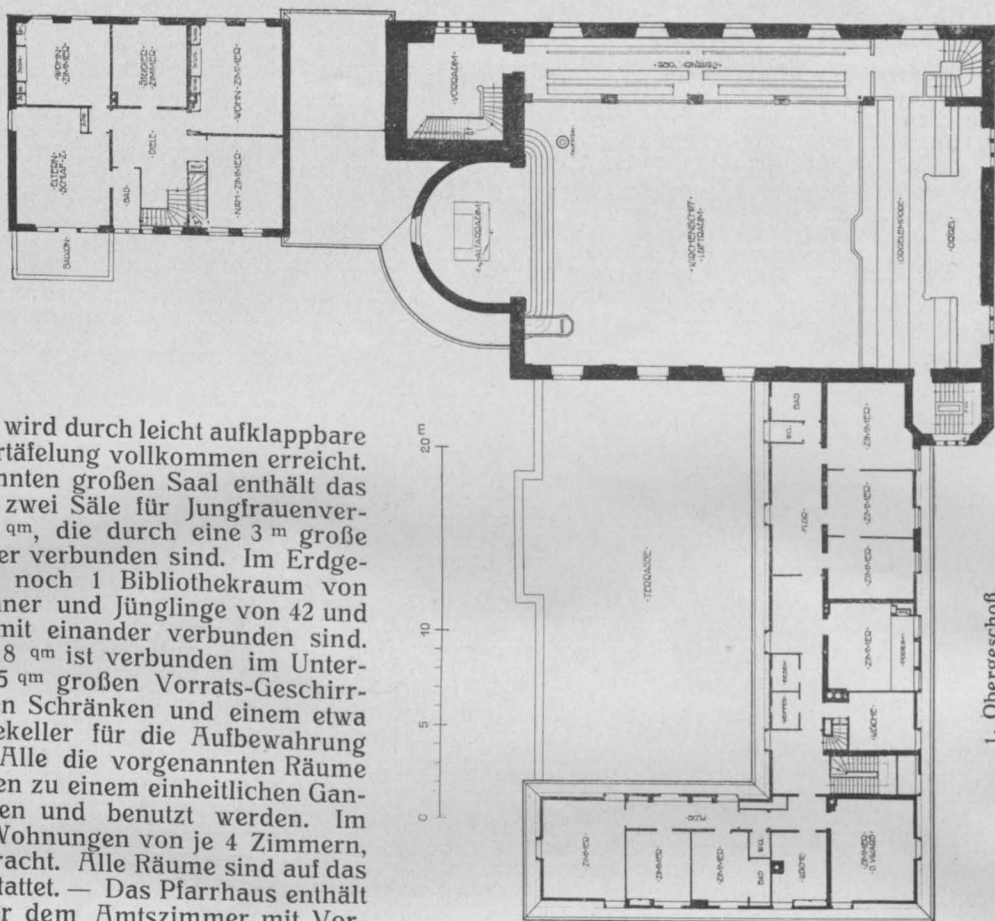
bracht. Es stammt, wie alle äußeren Bildhauer-Arbeiten von den Frankfurter Bildhauern E. & W. Ohly. Die inneren Bildhauerarbeiten wurden von Karl Stock gefertigt.

Eng mit der Kirche ist westlich das Gemeindehaus verbunden. Im Bauprogramm wurde schon die Forderung aufgestellt, daß der große Saal des Ge-

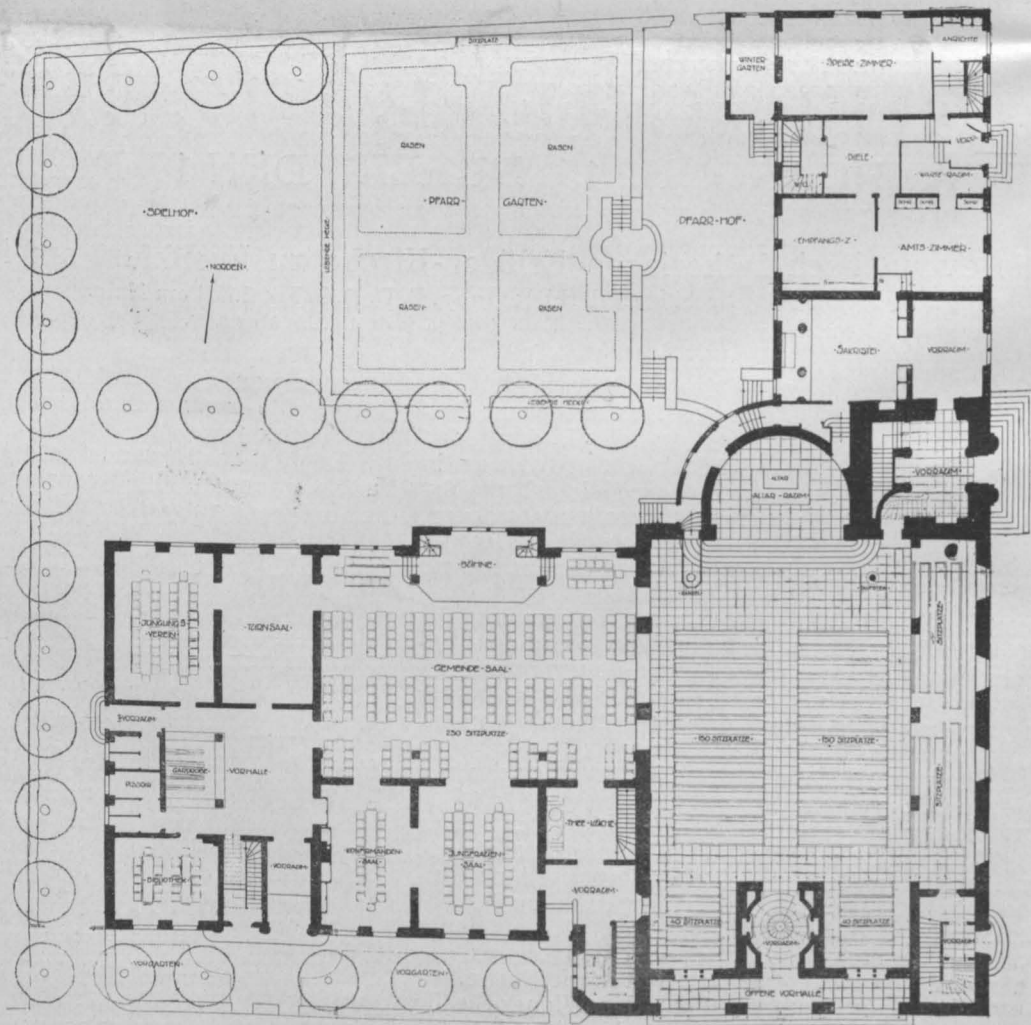


meindehauses so mit der Kirche verbunden sein müsse, daß er bei festlichen Gelegenheiten zusammen mit der Kirche benutzt werden könne. Der große Gemeindesaal faßt etwa 400 Personen; es kann dementsprechend die Besucherzahl der Kirche auf 1150 Personen erhöht werden. Die gemeinsame Benutzung wird durch leicht aufklappbare Oeffnungen in der Vertäfelung vollkommen erreicht. Außer dem vorgenannten großen Saal enthält das Gemeindehaus noch zwei Säle für Jungfrauenvereine von 50 und 40 qm, die durch eine 3 m große Oeffnung mit einander verbunden sind. Im Erdgeschoß befinden sich noch 1 Bibliothekraum von 25 qm, 2 Säle für Männer und Jünglinge von 42 und 40 qm, die ebenfalls mit einander verbunden sind. Eine Teeküche von 18 qm ist verbunden im Untergeschoß mit einem 25 qm großen Vorrats-Geschirrraum mit eingebauten Schränken und einem etwa 80 qm großen Geräte Keller für die Aufbewahrung von Mobiliar usw. Alle die vorgenannten Räume im Erdgeschoß können zu einem einheitlichen Ganzen zusammengezogen und benutzt werden. Im Obergeschoß sind 2 Wohnungen von je 4 Zimmern, Küche usw. untergebracht. Alle Räume sind auf das Dauerhafteste ausgestattet. — Das Pfarrhaus enthält im Erdgeschoß außer dem Amtszimmer mit Vorraum das geräumige Speisezimmer mit Anrichte. Gegen Westen legt sich vor das Speisezimmer ein Wintergarten, im Obergeschoß ein Balkon. Das Amtszimmer des Geistlichen ist so angeordnet, daß der Besucher durch den Eingang diesen Raum erreichen kann, ohne das Innere des Hauses betreten zu müssen. Sakristei und Vorraum bleiben im Erdgeschoß liegen, sind nicht mit hoch geführt. Im Obergeschoß befinden sich die Schlafräume, während die Küche im Untergeschoß untergebracht ist. Das Innere des Hauses wurde in der Ausgestaltung dem Charakter eines Pfarrhauses entsprechend wohnlich behandelt. Die einzelnen Räume wurden in einfacher Art durch Behandlung mit Farbe und bunten Vorhängen ausgestattet. —

(Schluß folgt.)



1. Obergeschoß.



Vermischtes.

Wiederaufbau kriegszerstörter Gebäude. Vom Oberpräsidium der Provinz Ostpreußen wird dem W. T. B. geschrieben:

„In den binnen kurzem zum Erlaß kommenden Vorschriften über das Verfahren bei Gewährung von Voranschlägen und Staatsdarlehen für kriegszerstörte Gebäude ist vorgesehen, daß für außerhalb des Weichbildes der Städte zu errichtende „Kleinbauten“ und „Pauschalbauten“ der Bauentwurf von jeder sachverständigen Person aufgestellt werden darf.

Als „Kleinbauten“ gelten solche mit einem Kostenbetrag von nicht mehr als 3000 M., als „Pauschalbauten“ Scheunen aller Art, Ställe, ländliche Arbeiterwohnhäuser und andere eingeschossige Wohnhäuser für eine Familie, letztere bis zu 120 qm bebauter Grundfläche. Auch eine besondere Bauleitung wird im Allgemeinen für solche Bauten nicht gefordert. Nur wenn aus wirtschaftlichen

anlage unterfahren werden, außerdem mußte ein Höhenrücken durch einen 2 km langen Stollen durchquert werden. Die Kläranlage selbst, die ihrer Vollendung entgegen geht, wird vorerst für eine Einwohnerzahl von 315 000 Einwohner ausgebaut und erhält als Kläreinrichtungen für je die Hälfte der Abwassermenge Emscherbrunnen und Neustädter-Becken; zur Behandlung der Regenflut ist außerdem noch ein großes Regenbecken vorgesehen. Um Erfahrungen für eine weitergehende Klärung zu sammeln, werden zunächst für $\frac{1}{10}$ der Abwassermenge Tropfkörper für biologische Klärung mit Beschickung durch Streudüsen und Wandersprenger erstellt. Für die Trocknung des Schlammes sind in der üblichen Weise Schlamm-trockenbeete vorgesehen. —

Veränderungen an der städtischen Baugewerkschule zu Berlin. In No. 26 des „Ministerial-Blatt der Handels- und Gewerbe-Verwaltung“ vom 10. Okt. 1914 ist Nachstehendes veröffentlicht worden:



Die evangelisch-lutherische Erlöser-Kirche zu Frankfurt am Main-Oberrad. Ansicht vom Platz aus.

Architekt: Karl Blattner, B. D. A. in Frankfurt a. M.

oder baukünstlerischen Gründen nach der Art oder dem Umfang der Gebäude eine Bauleitung geboten erscheint, wird im Einzelfall vom Bezirks-Architekten eine dahingehende Forderung gestellt werden. In allen übrigen Fällen ist bei „Klein- und Pauschalbauten“ die Annahme eines Architekten zur Entwurfsanfertigung und Bauleitung nicht erforderlich und es kann eine Vergütung dafür aus Staatsmitteln nicht gewährt werden. Bei allen übrigen Ersatzbauten, d. h. allen Bauten im Weichbild der Städte und den größeren Bauten auf dem Lande, müssen Bauentwurf und Bauleitung einem selbständigen Architekten als „Bauanwalt“ übertragen werden, dessen angemessen berechnetes Honorar dem Geschädigten mit vergütet wird.“ —

(Anmerkung der Redaktion. Wir meinen, daß gerade die hier berührten Kleinbauten der vollen Sorgfalt eines Architekten nicht entbehren können. Es will uns daher nicht zweckmäßig erscheinen, eine Vergütung aus staatlichen Mitteln hier zu versagen. —)

Vom Bau der Stuttgarter Kläranlage erhalten wir vom städtischen Tiefbauamt folgende Mitteilung: Für die Zuleitung der Abwasser von Stuttgart zu der unterhalb Mühlhausen a. N. angelegten Kläranlage ist ein Hauptsammelskanal von 6,2 km Länge gebaut worden. Im Verlauf der Kanalführung mußte der Neckar zweimal mittels Düker-

„Rang und Titel der Leiter und Lehrer städtischer Fachschulen in Berlin.

Auf den Bericht vom 12. Juni d. J. bestimme Ich hiermit, was folgt:

Die Ziffer VII 1, 2, 4 Meines Erlasses vom 27. Januar 1898 und die Ziffer III Meines Erlasses vom 27. Januar 1906 finden auf die städtische Baugewerkschule in Berlin und auf die Beuth-Schule, höhere Technische Lehranstalt der Stadt Berlin mit der Maßgabe Anwendung, daß die endgültige Anstellung der Leiter und der Lehrer der staatlichen Bestätigung bedarf.

Der Minister für Handel und Gewerbe wird mit der Ausführung dieses Erlasses beauftragt.

Neues Palais, den 15. Juni 1914.

gez. Wilhelm R.

gegengez. Sydow.“

Wir verweisen hierbei auf die Ausführungen in Jahrgang 1898, Seite 64 und Jahrgang 1906, Seite 62, dieses Blattes.

Infolge dieses Erlasses ist kürzlich dem langjährigen Direktor der Baugewerkschule, Hrn. v. Stralendorff, der Charakter als „Gewerbeschulrat“ mit dem Rang der Räte IV. Klasse, nachstehenden Herren an der Baugewerkschule: Dr. Levy und Ohnesorge, Architekten Lassen, Freudemann, Kick und Wellmann der Charakter als „Professor“ verliehen worden, nachdem die vorge-

nannten sowie die Hrn. Reg.-Bmstr. a. D. Holländer, Arch. Klatte und Ing. Struif vorher zu „Oberlehrern“ ernannt worden waren.

Durch diesen Beweis königlichen Wohlwollens ist nicht nur die schon seit Jahren vorhandene Gleichstellung der städtischen Baugewerkschule zu Berlin mit den staatlichen Baugewerkschulen öffentlich zum Ausdruck gekommen, sondern es ist auch die, im Vergleich mit den entsprechenden Verhältnissen an den staatlichen Anstalten bisher gedrückte Stellung der Lehrer an der städtischen Baugewerkschule gehoben worden, was auch eine wesentliche Hebung des Ansehens dieser Anstalt in der Öffentlichkeit zur Folge haben wird.

Es ist ferner mit besonderer Genugtuung festzustellen, daß für die Charakter-Verleihungen nicht ausschließlich der sonst vorgeschriebene Bildungsgang maßgebend gewesen ist, sondern daß die tatsächlichen fachlichen Leistungen — namentlich bei den Architekten — den Ausschlag gegeben haben.

Dr.-Ing. h. c. Hambloch 25 Jahre im Dienst der rhein. Traßindustrie. Am 20. Februar d. J. kann der durch seine wissenschaftlichen Arbeiten auf dem Gebiete der Mörtel-Technik, insbesondere der Puzzolane und des Trasses, in weiteren Kreisen bekannte und vor einigen Jahren von der Techn. Hochschule zu Dresden zum Ehrendoktor ernannte Generalleiter und Teilhaber der Traßgruben und Tuffsteinwerke Gerhard Herfeldt in Andernach a. Rh. Dr.-Ing. h. c. Hambloch auf eine 25jährige, erfolgreiche Tätigkeit im Dienst der rhein. Traß-Industrie zurückblicken.

Es ist das besondere Verdienst Hamblochs, dem Traß als hervorragendem Mörtel-Zuschlagsmaterial im Ingenieur-Bauwesen Deutschlands eine erhöhte Bedeutung verschafft und die Eigenschaften dieses Materiales durch umfangreiche Versuche eingehend erforscht und durch zahlreiche Veröffentlichungen auf sie hingewiesen zu haben. Wir haben verschiedene dieser Veröffentlichungen in früheren Jahrgängen unserer Zeitschrift besprochen. Seit Kriegsausbruch ist Hambloch im Dienst der freiwilligen Krankenpflege tätig. Die Versorgung der an der Front stehenden Truppen mit gesundem Trinkwasser ist eine der wichtigen Aufgaben, der er seine besondere Aufmerksamkeit zugewendet hat. Möge dem Jubilar nach Friedensschluß noch eine Zeit weiteren erfolgreichen Schaffens beschieden sein.

Tote.

Wilhelm Bertsch †. Am Abend des 7. Februar verschied in München unerwartet nach nur kurzer Krankheit im Alter von erst 51 Jahren der städtische Baurat Wilhelm Bertsch, einer der bewährtesten der bayerischen städtischen Baubeamten. Bertsch machte seine fachlichen Studien an der Technischen Hochschule in München und war nach Ablegung der Studien unter verschiedenen Münchener Architekten von Ruf praktisch tätig. Im Jahre 1896 trat er in die Dienste der Stadt München und beteiligte sich lebhaft an den auf den Münchener Ausstellungen jener Zeit zu Tage getretenen Stilbewegungen. Mitarbeiter von Theodor Fischer in Fragen des Städtebaues, als dieser noch städtischer Bauamtman in München war, wurde Bertsch im Jahre 1902 zum Vorstand der Abteilung für Stadterweiterung ernannt, als Fischer an die Technische Hochschule in Stuttgart ging. Die Tätigkeit Bertsch's, der mit Uebernahme der selbständigen Tätigkeit zum städtischen Baurat ernannt worden war, erstreckte sich nunmehr sowohl auf Fragen des Städtebaues, wie auch auf Aufgaben des Hochbaues. Im Städtebau arbeitete Bertsch, unterstützt von seinem scharfen Verstand, in jenem Geiste, welcher die Ueberlieferungen des alten München auch auf die neuen Teile fortpflanzen will. Im Hochbau waren es hauptsächlich das Schulhaus und das Ausstellungsgebäude, auf die sich seine Tätigkeit erstreckte. Das Doppelschulhaus an der Hirschberg-Straße, die protestantische Schule in der Flur-Straße, die Schulhausgruppen an der Gebele- und an der Engschalkinger-Straße in München werden bei vortrefflicher Anlage mehr von verstandesmäßigen Erwägungen als gefühlsmäßigen Regungen beherrscht. Das ist im Allgemeinen auch der Charakter seiner Ausstellungsgebäude, namentlich der Bauten der großen Ausstellung des Jahres 1908 an der Theresienwiese in München. Bei diesen Werken macht seine Tätigkeit nicht Halt, die sich vielmehr mit Erfolg auf die künstlerische Kultur Münchens im Allgemeinen erstreckte. In den Arbeiten der Stadt München wird daher der Name Bertsch fortleben.

Wettbewerbe.

Ein Wettbewerb des „Vereins der Plakatfreunde“ in Berlin betrifft Entwürfe für ein Plakat für den Vertrieb

einer neuen politischen Zeitschrift, die im Verlag von Gustav Kiepenheuer in Weimar erscheinen soll. Die Summe der Preise beträgt 850 M. —

Wettbewerb für das Kollegiengebäude der Universität Basel. Bis zum 1. Febr. 1916 waren 77 Entwürfe eingegangen. Diese Zahl hat sich vielleicht noch erhöht durch solche Entwürfe, welche von Schweizer Architekten im Ausland eingesandt werden. Das Preisgericht wird voraussichtlich Anfang März zur Beurteilung der eingegangenen Entwürfe zusammentreten. —

Ein Wettbewerb der Stadt Mannheim betr. Entwürfe für eine große Volksschule, an sich zu begrüßen, war erfolglos, weil die Bedingungen des Wettbewerbes den Teilnehmern nicht genügende Gewähr boten. —

In einem engeren Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für eine Stadthalle in Stettin, an dem die Architekten Bieber & Hölweck in München, Bonatz & Scholer in Stuttgart, Prof. Max Hans Kühne in Dresden, sowie Jürgensen & Bachmann, Reinhardt & Süßenguth und Franz Schwechten in Charlottenburg beteiligt waren, wurde eine Preissumme von 3000 M. zu gleichen Teilen den Architekten Bonatz & Scholer in Stuttgart, Jürgensen & Bachmann und Schwechten zuerkannt. Das Preisgericht schlug einen neuen Wettbewerb unter diesen Preisträgern vor. —

In dem Wettbewerb betr. Entwürfe für Kleinwohnungen in Wangen in Württemberg erhielt den I. Preis Albert Eitel, den II. Preis Ludwig Bühner, den III. Preis Oskar Widmann, den IV. Preis Richard Keppler. Angekauft wurden Entwürfe von Eugen Schmid, Richard Gebhardt und Wilhelm Wacker. —

Wettbewerb Freischwimmbad Brüx in Böhmen. Verfasser des mit dem I. Preis von 1000 K. ausgezeichneten Entwurfes „Moderne Anschauung“ ist Hr. Arch. W. Bürger in Chemnitz. —

Gelegentlich des Bromberger Wettbewerbes betr. Bebauung eines Baublockes hat sich eine berufliche Seltsamkeit abgespielt, die besonders für unsere am Kriege teilnehmenden Fachgenossen nicht ohne Interesse ist. Ein junger süddeutscher Architekt war in den ersten Kriegsm Monaten als Offizier schwer verwundet worden und in französische Gefangenschaft geraten. Als er nach erfolgter Heilung geeignete Beschäftigung suchte, erregte der genannte Wettbewerb seine Schaffenslust, und er beschloß, die Aufgabe zu bearbeiten. Ein Gönner besorgte ihm die Unterlagen, und er fand für seine Absichten die Unterstützung des französischen Lagerkommandanten, sodaß er sich mit dem nötigen Arbeitszeug versehen konnte — schmerzlich war es allerdings, auf die Reißschiene verzichten zu müssen. Die Arbeit wurde auch trotz ihrer großen Zahl von Blättern rechtzeitig fertig, hatte indessen — z. T. aus äußeren Gründen — keinen Erfolg. Aber im Hinblick auf die vielen Fälle unwürdiger Behandlung, unter der deutsche Kriegsgefangene in feindlichen Lagern zu leiden haben, verdient dieses Vorkommnis als wohlthuender Ausnahmefall festgehalten zu werden. — G.

Chronik.

Neues Trockendock im Hafen von San Francisco. Die „Zeitschrift für Turbinenwesen“ berichtet über den Bau eines neuen großen Trockendocks im Hafen von San Francisco, das zwei kleinere Anlagen dieser Art ergänzen soll. Das neue Dock erhält eine Gesamtlänge von 344 m, eine Tiefe von 13 m und eine Breite von 36,6 m, die sich nach oben hin durch die Neigung der Seitenmauern auf 43 m erhöht. Der Abschluß des Beckens, der an verschiedenen Stellen erfolgen kann, wird durch eiserne Schwimmtore von 37,8 m Länge, 6,7 m Dicke und 15,1 m Höhe bewirkt, die ohne Wasserbescherung 620 t wiegen. Die Pumpenanlage ist so bemessen, daß der 159 000 cbm betragende Wassereintrag in 2 Stunden und 20 Minuten hinaus befördert werden kann. Die Kosten betragen 8 420 000 M. —

Ein Neubau des Geschäftsgebäudes der Niederrösterreichischen Eskompte-Gesellschaft in Wien ist nach den Entwürfen der Architekten v. Gotthilf und Neumann in Wien anstelle des alten Kriegs-Ministeriums am Hof errichtet und Mitte November 1915 in Benutzung genommen worden. —

Die Wiederherstellung des Aachener Münsters. An Stelle des nach Greifswald versetzten Reg.-Bmstr. Schmidt hat Hr. Prof. Buchkremer in Aachen, Architekt B. D. A., die Tätigkeit als bauleitender Architekt bei der Wiederherstellung des Aachener Münsters übernommen. Die Witwe des um den Münsterbau verdienten Hrn. Brt. Kremer spendete 10 000 M. für ein Fenster oder dergl. zur Erinnerung an ihren Gatten. — a.

Inhalt: Die evangelisch-lutherische Erlöserkirche zu Frankfurt am Main-Oberrad. — Vermischtes. — Tote. — Wettbewerbe. — Chronik. — Vereinsmitteilungen.

Hierzu eine Beilage: Die evangelisch-lutherische Erlöserkirche zu Frankfurt am Main-Oberrad.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.

Versammlungen und Berichte.

Vereinigung Berliner Architekten, Ortsgruppe Groß-Berlin des Bundes Deutscher Architekten. 2. ord. Mitglieder-Vers. am 11. Nov. 1915. Anw. 33 Mitgl. Vors.: Hr. Wolfenstein.

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung mit der Begrüßung des auf besondere Einladung erschienenen Hrn. Stadtbaurat Beuster. Nach geschäftlichen Mitteilungen erhält Hr. Geh. Ob.-Brt. Dr.-Ing. Stübgen das Wort zu einem Vortrag „Ueber die Vorarbeiten der Reichstags-Kommission zur Verbesserung des städtischen Immobilien-Kredites, besonders für den Bau von Kleinwohnungen“. Die Reichstags-Kommission habe aus ihrer Mitte mehrere Berichterstatter ernannt, deren Vorarbeiten der am 18. und 19. November, im Reichsamt des Inneren zu Berlin stattfindenden Sitzung zugrunde gelegt werden sollen. Diese Vorarbeiten bezögen sich auf die Verteuerung des Baulandes, die Verteuerung des Bauens auf dem städtischen Baulande, die Einwirkung dieser Umstände auf die Mietpreise und auf die Kreditgewährung für Vielwohnungs- und Kleinhaus, auf die Mißstände bei Beschaffung des städtischen Immobilien-Kredites (Darlehns-Bedingungen, Ueberschreitung der Beleihungsgrenzen, die Höhe der städtischen Boden-Verschuldung überhaupt, den Einfluß der Verschuldung auf die Mietpreise), sowie auf die zur Abhilfe geeigneten Maßnahmen. Zum Schluß der ausführlichen Uebersicht über die eingegangenen Berichte (von Bredt, Baumert, van der Borcht, Luther, Schwartz, Dernburg, Albrecht) verweist Redner auf die Notwendigkeit, unsere das Wohnwesen betreffenden staatlichen und städtischen Gesetze und Verordnungen so zu ändern, daß der Wohnungsbau mehr als bisher gefördert und weniger als bisher behindert werde. Um der nach dem Krieg zu befürchtenden Wohnungsnot namentlich in Bezug auf Kleinwohnungen vorzubeugen, müßten Gesetzgeber und öffentliche Verwaltungen zum Teil neue Wege einschla-

gen. Er selbst halte die folgenden Maßnahmen für empfehlenswert:

A. Bezüglich der Vorfragen, d. h. um eine weitere unnötige Verteuerung des Baulandes und des Bauens zu vermeiden: 1. den städtischen Grundbesitzern sei ein geordnetes Recht auf Festsetzung von Fluchtlinien und Erschließung von Bauland einzuräumen; 2. der Geltungsbereich des Umlegungs-Gesetzes sei zu verallgemeinern; 3. das kommunale Bauverbot sei zu ersetzen durch das Recht der Gemeinden, in gesetzlich umschriebener Weise in Kapital- oder Rentenform Anlieger-Beiträge zu erheben; 4. Baulastenbücher seien einzuführen, sowohl für baulastpolizeiliche, als für Anlieger- und sonstige kommunale Verpflichtungen; 5. für den ländlichen Wohnungsbau sei das Ansiedelungs-Gesetz einer Prüfung zu unterziehen.

B. Bezüglich des Immobilien-Kredites: 1. die Unkündbarkeit und Tilgung der von Hypothekenbanken und öffentlichen Kreditanstalten auszugebenden ersten Hypotheken sei nach Möglichkeit durchzuführen; 2. zugunsten der zweiten Hypothek sei die Verfügung über Mieten und Hypothekenzinsen im Sinne des Gesetzentwurfes vom Mai d. J. zu beschränken; 3. die Anwendung des Erbaurechtes sei, um den Bedarf an Beleihungskapital zu ermäßigen, durch Ausbau der Gesetzgebung zu erleichtern; 4. die Umsatz- und Grundwertsteuern seien zu mildern oder grundsätzlich zu ändern; 5. neue oder erweiterte Organisationen für den zweitstelligen Kredit in Form öffentlich-rechtlicher Pfandbrief-Anstalten auf kaufmännischer Grundlage seien für die Förderung des gemeinnützigen und gewerblichen Baues von Kleinwohnungshäusern und Kleinhäusern dringend zu empfehlen.

Dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine lebhaft ausgeführte Aussprache an. —

Im Anschluß hieran stellte der Vorsitzende die demnächstige Behandlung der Siedelungsfrage in Aussicht und machte noch Mitteilung von dem selbständigen Vorgehen des „Verbandes Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine“ in Sachen Belgien, sowie von der Anregung des Vorstandes, in der Frage der „Aufschrift am Reichstagsgebäude“ die noch lebenden Schüler Wallot's und andere sich dafür interessierende Mitglieder zu einer zeichnerischen Lösung aufzufordern, nachdem die nötigen Unterlagen vorliegen. —

3. ord. Vers. am 2. Dezember 1915. Anw.: 24 Mitgl. Vors.: Hr. Wolfenstein, der die Sitzung mit geschäftlichen Mitteilungen eröffnet: Der Bundesvorstand habe mitgeteilt, daß die Eingabe betreffend den Wiederaufbau zerstörter Städte und Dörfer in Belgien in einer durch das Vorgehen des Verbandes bedingten abgeänderten Form als Bundessache, wenn möglich durch den Bundesvorsitzenden, Geheimrat Frentzen persönlich in Brüssel überreicht werden solle, um Hrn. v. Bissing die Wünsche und Ansichten des Bundes eingehend darlegen zu können. Mit der vom Verbandsvorstand vorgenommenen Anstellung des Hrn. Geheimrat Dr. Wolff-Hannover für den erkrankten bisherigen Geschäftsführer, Hrn. Franzius, erklärt sich die Versammlung einverstanden. — Bezüglich des Bundestages stellt Hr. Paulsen im Interesse der im Felde stehenden Mitglieder, von denen die Stimmen-Übertragung schwer einzuholen sei, den Antrag, die „Vereinigung“ möge bei dem Bund dahin vorstellig werden, daß die auf dem Bundestag vorzunehmende Wahl der Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses nur für die Dauer des Krieges als Übergangszeit gelten solle. Zum Schluß der Aussprache hierüber erklärt der Vorsitzende, dem Wunsche Paulsens Rechnung zu tragen.

Hr. Stadtbaurat H. Seeling-Charlottenburg erläutert hierauf eine große Anzahl von Entwürfen und Bauausführungen der Stadt Charlottenburg. Allgemein sei die Nichtausführung des großgedachten Entwurfes der Badeanstalt in der Nürnberger-Straße bedauert worden. Der Ersatz hierfür, die Erweiterung der städtischen Badeanstalt in der Krumme-Strasse, für welche bereits die Bauarbeiten begonnen hätten, sei in der Gesamtanlage von Bedeutung. Die ausgeführten Bauten der Lungenheilstätte Betz-Sommerfeld seien zweckentsprechend und anmutend in einer malerischen Auffassung gehalten. — Der Vortrag, wobei namentlich der Erweiterungsbau des Charlottenburger Rathauses besonderes Interesse erregte, fand großen Beifall, der sich wiederholte, als Hr. Seeling die Erklärung abgab, im gegebenen Fall für die Heranziehung von Privatarchitekten zu den Bauten der Stadt besorgt sein zu wollen. —

Ktz.

Architekten- und Ingenieur-Verein für Niederrhein und Westfalen. Außerordentl. Versammlung am 11. Oktober 1915. Der Vorsitzende, Hr. von Pelser-Berensberg, eröffnet die stark besuchte Versammlung, begrüßt insbesondere die Damen und Gäste und überreicht Hrn.

Geh. Ob.-Brt. Dr.-Ing. Stübben die Ehrenmitgliedschafts-Urkunde. Nach herzlichen Dankesworten ergriß dieser dann das Wort zu dem angekündigten Vortrag: „Ueber antike Trümmerstädte, besonders Palmyra“. Vor dem Krieg ging die Hauptrichtung für deutsche Reisende nach dem sonnigen Süden, meistens nach Ländern des ehemaligen römischen Imperiums, die sich um das Mittelmeer gruppieren: Italien, Südfrankreich, Spanien, Algier, Tunis, Aegypten, Palästina, Vorder- und Kleinasien und Balkan-Halbinsel. Man reiste wegen der Naturschönheiten, um Städte und Völker kennen zu lernen, um in der Erinnerung an alte Geschichte und Kunst zu schwelgen, und alten Kulturspuren zu folgen, die Griechen und Römer in großer Anzahl hinterlassen hatten. Wer für Städtebau Interesse hat, findet mehr als reiche Gelegenheit, in diesen Ländern Studien zu treiben. Nach einem kurzen Ueberblick über die bis zur Gegenwart erhaltenen antiken Stadttrümmer in den Mittelmeerländern schilderte Redner dann die Unterschiede zwischen der europäischen und der afrikanischen Stadtanlage der Römer, die Uebernahme neuer Elemente und namentlich des künstlerischen Schmuckes aus den älteren griechischen Städten in die römischen Kolonialstädte, und führte als Beispiele Lichtbilder aus Aosta, Dugga und Timdag vor. Die griechisch-römische Entwicklung zeigt sich wohl am deutlichsten in den syrischen Trümmerstädten Gerasa und Palmyra. Redner beschrieb die siebenjährige Wüstenreise von Damaskus nach Palmyra und von dort nach der an der Bahnlinie Aleppo-Beirut gelegenen, lebhaften und malerischen Stadt Homs. In der Vorführung der großartigen Trümmerwelt der fast sagenhaften Stadt Palmyra in zahlreichen Lichtbildern bestand der Hauptabschnitt des Vortrages. Der ehemalige, über einem Grundriß von 235 zu 235 m Seitenlänge erbaute Sonnentempel, in und um welchen die Lehmhütten des heutigen ärmlichen Dorfes Tadmur angesiedelt sind; die anderthalb Kilometer lange westöstliche, vierreihige Säulenstraße, von welcher heute noch fast zweihundert 17 m hohe Säulen aufrecht stehen; das Tetrastylon auf dem Kreuzungspunkt dieser westöstlichen und nordsüdlichen Hauptstraße, sodann der ungewöhnliche, auf dreieckigem Grundriß über einem Straßenknick errichtete dreiaxige Torbau sind die kraftvollsten Zeugen der Macht und Herrlichkeit jener in den ersten christlichen Jahrhunderten blühenden merkwürdigen Stadt, die den Handel und Verkehr zwischen den Euphrat- und Tigris-Ländern und dem Westen vermittelte und namentlich unter der Königin oder Kaiserin Zenobia eine so glänzende Rolle spielte. Zenobia wurde vom Kaiser Aurelian besiegt und gefangen genommen; sie zierte den Triumphzug des Kaisers in Rom und starb in der Villa des Hadrian zu Tivoli. Ihre Stadt und ihr über Syrien und Mesopotamien sich erstreckendes Reich wurden dem römischen Weltreich einverleibt. Andere in Trümmern noch erhaltene Bauten Palmyras sind das schöne Peristyl des Jupitertempels, zwei der Diana und dem Theseus zugewiesene Tempel, ein Stadion, ein Fahnenheiligtum aus der diokletianischen und eine christliche Kirche aus späterer Zeit; ferner viele aufrecht stehende Einzelsäulen und Säulenreihen und zahlreiche Grabtürme von eigener Art. Redner schloß mit der Vorführung einer Auswahl von Bildern aus der auf der Rückreise besuchten, zwischen Libanon und Antilibanon gelegenen Stadt Baalbek, dem alten Heliopolis, und mit einem Ausblick auf die Zukunft jenes alten Kulturlandes, dessen wirtschaftliche Wiedererweckung nach glücklich vollendetem Krieg und nach Inbetriebsetzung der Bagdadbahn deutschem Unternehmungsgeist und deutscher Intelligenz die schönste und hoffentlich lohnendste Aufgabe stellen wird.

Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. —

Am 1. Januar 1916 besaß der Verein 207 Mitglieder, darunter 1 Ehrenmitglied. Vorsitzender ist Geh. Bt. F. von Pelser-Berensberg, Stellvertreter Geh. Bt. F. C. Heimann, Schriftführer Arch. Dr. H. Rodewald, Stellvertreter Dombmstr. und Landbauinsp. a. D. L. Arntz, Säckelmeister Arch. C. Paefgen. Dem Vorstand gehören ferner als Mitglieder an: kgl. Bt. H. Cluth, Ing. E. Heinemann, Ing. O. Kraus. —

Verein deutscher Maschinen-Ingenieure. In der Versammlung am 18. Mai 1915, die unter Vorsitz des Hrn. Geh. Kommz.-Rats Dr.-Ing. R. Pintsch tagte, machte zunächst der Vorsitzende Mitteilungen von dem Heldentod einiger und der Auszeichnung einer größeren Zahl von Mitgliedern, machte dann Angaben über neue Zuwendungen an den Verein, über ein zu vergebendes Stipendium aus der Wichert-Stiftung an Studierende des Maschinen-Baufaches und der Elektrotechnik, und erteilte darauf das Wort Hrn. Ob.-Brt. a. D. S. Scheibner zu einem sehr eingehenden Vortrag über „Anregungen zur Er-

höhung der Leistungsfähigkeit der deutschen Eisenbahnen durch allgemeine Verwendung von Selbst-Entladewagen für Seiten-Entleerung bei der Beförderung von Massengütern, ein Thema, das in den letzten Jahren sowohl die Eisenbahn-Verwaltungen wie die Industrie auf das Lebhafteste beschäftigt. Redner gliederte den umfangreichen Stoff in 6 Abschnitte: Ladegewicht der offenen Güterwagen, Selbst-Entladewagen, Beschleunigung des Wagonumlaufes, die verkehrs- und betriebstechnischen Maßnahmen für die Uebergangszeit, die Endergebnisse der Anregungen. Das Ladegewicht der offenen Güterwagen ist bereits infolge fortschreitender Zunahme des Massengüter-Verkehres seit Ende vor. Jahrh. vielfach über 10^t gesteigert, 15 und 20^t-Wagen sind bereits in erheblicher Zahl eingeführt, es sind dadurch auch für die Eisenbahn Betriebs-Ersparnisse erzielt, aber das Be- und Entladen der Wagen ist immer zeitraubender und kostspieliger geworden. Dem kann begegnet werden, indem man die Schwerkraft der Ladung selbst heranzieht und so die Hand-Entladung entbehrlich macht und die Umlaufzeit der Wagen abkürzt. So entstanden die Selbst-Entlader für Kohle, Koks, Erze, Kalk, Steine, Schotter, Kies, Sand, Erde, Schlacken, Getreide, Rüben und Kartoffeln usw., die aber bisher nur als sogenannte „Spezialwagen“ verwendet werden können und leer zurücklaufen müssen. Während bei den sonstigen Wagen das Verhältnis der Leerläufe zu den Gesamtläufen nur 30% (1912) beträgt, wächst es hier auf 50%. Bisher war es weder im Inland noch im Ausland gelungen, einen für den in Betracht kommenden Verkehr allgemein brauchbaren Selbst-Entlader zu schaffen und so den Leerlauf einzuschränken. Diesem Mangel soll nun der „Flachboden-Selbst-Entlader für Seiten-Entleerung“ (D. R. P. 279823) abhelfen, der von dem Direktor der Oberschles. Eisenbahn-Bedarfs A.-G. Malcher erfunden worden ist und für jedes zulässige Ladegewicht für Normal- und Schmalspur ausgeführt werden kann und nach Ansicht des Redners tatsächlich allen Anforderungen genügt. Es ist dabei die bauliche Anordnung der bestehenden Normal-Wagen des Deutschen Staatsbahn-Wagenverbandes beibehalten und dieser die Selbstentlade-Einrichtung so angegliedert, daß der Selbst-Entlader auch für den gewöhnlichen Verkehr (also für Nicht-Massengüter) gebraucht werden kann. Gebaut werden die Wagen für 15 und 20^t Ladegewicht.

Redner untersucht nun, welche Vorteile der neue Wagen für Verkehr und Betrieb bilden würde. Er weist nach, daß im Jahre 1912 der Massengüter-Verkehr mit 261 Mill. ^t etwa 55% des gesamten Güterverkehrs in Deutschland ausmachte. Die Wagenleistung betrug nur 57^{km} täglich im Durchschnitt, d. h. der Wagen rollt täglich nur etwa 3 Stunden und steht etwa 21 Stunden auf den Bahnhöfen. Das wirksamste Mittel zur Beschleunigung des Wagen-Umlaufes ist also die Abkürzung des Ladegeschäftes und die Verminderung der Leerläufe. Durch entsprechende Ent- und Belade-Einrichtungen läßt sich in Verbindung mit dem Selbst-Entladewagen die Be- und Entladezeit wesentlich abkürzen, die tägliche Leistung der Wagen auf 104^{km} bringen, die Umlaufzeit der Selbst-Entlader von durchschnittl. 3 1/2—4 Tagen auf 2 einschränken. Dadurch entsteht ein Minderbedarf an Wagen, eine Ersparnis an Betriebskosten. Die Ent- und Beladung der Selbst-Entlader auf den Bahnhöfen bedingt die Trennung des Massengüter-Verkehres vom übrigen Freilade-Verkehr, die Anlage von Pfeilerbahnen und besonderen Belade-Rampen für Massengüter. Durch Einbau von Bunkern in den Pfeilerbahnen kann die Entladung der Massengüter ferner unabhängig gemacht werden vom Eintreffen des Straßenfuhrwerkes, also auch daraus folgt eine Beschleunigung der Abfertigung der Güterwagen. Die Durchführung der neuen Maßnahmen kann natürlich nur abschnittsweise erfolgen. Der wirtschaftliche Erfolg wird nach dem Redner am größten durch allgemeine Einführung der Selbst-Entlader. Nach 9 Jahren, am Schluß der vollständigen Durchführung der Maßnahmen, würden sich für die Verkehrstreibenden 38,2 Mill. M., für die Eisenbahn-Verwaltung 55,5 Mill. M. jährliche Reinersparnis ergeben nach Abzug der Kosten für die Neugestaltungen und die Beschaffung des neuen Wagenparkes. Werden die Selbst-Entlader auf den Massengüter-Verkehr beschränkt, so daß also 2 Klassen von Wagen bestehen bleiben, so sinkt die Ersparnis der Eisenbahn-Verwaltung auf 32,3 Mill., die Gesamt-Ersparnis auf 70,5 Mill. M. und schließlich auf 31 Mill. M. etwa, falls die Selbst-Entlader beschränkt werden auf die Gleis-Anschluß-Besitzer und die Eisenbahn-Verwaltung als Verfrachter. Durch Benutzung der Selbst-Entlader würden sich für 261 Mill. ^t Massengüter des Jahres 1912 ein Minderbedarf an Arbeitskräften von 44000 jährlich ergeben, die dann für die Landwirtschaft frei würden und an die Stelle

ausländischer Arbeiter treten können. Die durch allgemeine Einführung der Selbst-Entlader entstehenden wirtschaftlichen Erfolge sind nach Meinung des Vortragenden daher so bedeutend, daß die Eisenbahn-Verwaltungen nicht zögern sollten, der Frage näher zu treten. —

Münchener (oberbayerischer) Architekten- und Ingenieur Verein. Am zahlreich besuchten Begrüßungsabend des 18. November 1915 hieß zunächst der erste Vorsitzende, Reg.-Rat Wand, die Anwesenden willkommen, berichtete dann über Vereins- und Verbands-Angelegenheiten und darüber, daß der Verein mit dem „Bund deutscher Architekten“ und dem „Verein der Privatchitekten“ an die Münchener Stadtverwaltung im Monat September 1914 eine Eingabe richtete, es möchten, wie in anderen Städten Mittel für architektonische Aufträge bereit gestellt werden, um die herrschende Notlage der Architekten zu mindern. Der allgemeinen Kriegshilfe wurden bisher 10673 M. zugeführt, an Unterstützungen im Vereinsbereich 2750 M. aufgebracht und zur Ostpreußenhilfe zwei Zimmer gestiftet. Nicht weniger als 120 Mitglieder des Vereins stehen im Felde, von denen 9 im Kampf gefallen sind. Des verstorbenen Mitgliedes Minist.-Dir. v. Reverdy und seiner vielfachen Verdienste um den Verein wurde im besonderen gedacht. Hierauf hielt der kgl. Generalkonservator der Kunstdenkmale Bayerns Dr. Gg. Haager einen Vortrag über: „Die Schönheit Deutschlands“. Wer die Art dieses vortrefflichen Redners zu schauen, zu sehen, zu erfassen und zu schildern kennt, war von vorne herein auf einen seltenen Genuß vorbereitet, seine Erwartungen wurden aber wohl noch übertroffen. —

In der Versammlung am 25. November 1915 sprach der Prokurist der Bayer. Versicherungsbank Dr. jur. Simon Wertheimer über das volkswirtschaftlich interessante Thema: „Versicherung und der Krieg“. Er besprach zunächst die internationalen Beziehungen, die auf dem Gebiete der Rückversicherung, sowie dem des Seetransportes bestehen. I. J. 1907 und 1913 wurde zwar deren Bestandrecht gewährleistet, England verbot jedoch sofort nach Kriegsbeginn die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen und Frankreich machte das nach. Da Deutschland sich darauf einrichtete, haben die beiden nichts davon als einen Geschäftsentgang und die weitreichende Erschütterung des alten Glaubens an die Zuverlässigkeit ihres Versicherungsschutzes. Unerschüttert ist das feste Gefüge des deutschen Versicherungswesens geblieben. Der Redner sprach sich gegen die Beseitigung der internationalen Beziehungen im Versicherungswesen aus, die beim Seetransport nach dessen Wiederaufleben mit der deutschen Handelsschifffahrt ohnehin nicht tunlich sei, nur eine Beschränkung wäre angezeigt. Das Kriegsrisiko der verschiedenen Versicherungsarten ist von vielen Gesellschaften ohnehin ausgeschlossen. Hier ist z. B. die Garantiesumme für Feuerschaden für sämtliche Privatgesellschaften Deutschlands auf 700 Mill. festgesetzt, während jener in Ostpreußen allein rund eine Milliarde beträgt. Am schwierigsten gestaltete sich der Ausgleich bei den Lebensversicherungen, wo die Kriegssterbekassen sich nur als ein unvollkommener Notbehelf erwiesen. Dr. Wertheimer bezeichnete sodann den Versicherungsbetrieb trotz des Krieges als günstig, wenn er sich auch in Manches finden mußte. Für die Kriegaanleihe zeichneten die Gesellschaften 666 Mill. und gewährten überdies manche reichliche Spende für Wohlfahrtszwecke. Daß die Ausführungen des Redners großes Interesse erregten, bewiesen der gependete Beifall und der anschließende Meinungs-Austausch. —

Die Versammlung am 2. Dezember 1915 brachte einen Vortrag von Dr. Hans Karlinger „Bayerische Städte; die Entwicklung der Stadt im Grundriß und Aufbau“, I. Teil. Da somit ein zweiter Vortrag folgen wird, werden wir beide in einem Bericht zusammenfassen.

In der Versammlung am 9. Dezember 1915 besprach der k. Oberst a. D. Wilhelm Medicus „Die Bedeutung der Verkehrstechnik für die heutige Kriegsführung“. Einleitend gab der Redner einen historischen Abriß der Entwicklung dieser schon von Cäsar gepflegten Technik, die im Mittelalter vergessen, von Gustav Adolph wieder angewandt, von Napoleon I. weiter ausgebaut, von Moltke, den modernen Hilfsmitteln entsprechend, vervollkommen wurde. Die Neuzeit ermöglicht durch den Telegraphen und Fernsprecher die Entscheidung über Krieg und Frieden auf Stunden und verschärft die früher Wochen beanspruchende Mobilmachung auf Tage. Die Eisenbahnen, Last- und sonstige Automobile verringern die Zeit des Truppen-Aufmarsches, des Nachschubes, der Verpflegung und der Frontveränderung. Die mit der Kavallerie zusammen arbeitenden Luftfahrzeuge sind für den Nachrichten- und Kundschafterdienst

von größter Bedeutung, doch wäre es irrig, deshalb die Bedeutung guter Heerstraßen herabsetzen zu wollen, denn die großen Entscheidungs-Kämpfe werden sich immer im Bewegungskrieg abspielen. Schließlich wies der Redner auf den Teilwert aller Erfindungen hin und warnte vor Ueberschätzung dieser und jener. Nur dadurch bleibe man vor nicht selten schlimmen Enttäuschungen bewahrt. Die Ausführungen des Vortragenden hatten eine lebhafte Aussprache zur Folge. —

J. K.

Architekten- und Ingenieur-Verein zu Hamburg. Versammlung vom 19. Februar 1915. Hr. Rambatz sprach an diesem Tage über „Die Bestrebungen zur Reform des Baugesetzes“, die auf mehr als 20 Jahre zurückgehen. Der letzte Senatsentwurf für eine Neufassung des Gesetzes liegt seit 1911 vor und ein Ausschuß der Bürgerschaft hat Ende 1914 über diesen Entwurf Bericht erstattet. Er umfaßt 14 Abschnitte, die von der Organisation der Behörde, der Bauanzeige, der Bebaubarkeit der Grundstücke, der Höhe der Gebäude, ihrer Konstruktion, den Aufenthaltsräumen handeln, besondere Bestimmungen für Betriebs- und Lagergebäude, sowie öffentliche Versammlungssäle geben und schließlich Angaben machen über das Verhalten zu benachbarten Gebäuden, das Verhältnis zum öffentlichen Grund, über Baulinien, Entwässerung der Grundstücke, Ueberfahrten und Schlußbestimmungen. Der Entwurf bringt, abgesehen von einer anderen Organisation der Behörden auch in sachlicher Beziehung mancherlei Abänderungen gegen früher, so namentlich auch eine Verschärfung der Bedingungen für Aufenthaltsräume. Redner behandelt dann die Frage, ob die typische Grundrißform der Hamburgischen Etagenhäuser mit ihren Schlitzhöfen beizubehalten sei und kommt zu dem Ergebnis, daß eine Aenderung der hamburgischen Bauweise nur durch Bebauungspläne mit kleinen Blocktiefen und Festsetzung hinterer Baulinien möglich sei. —

Versammlung am 5. März 1915. Hauptgegenstand der Tagesordnung bildete ein Vortrag des Hrn. Schumacher über „das Ausschreiben für Entwürfe zum Wiederaufbau der südlichen Altstadt“, dessen Schwergewicht nicht sowohl in der äußeren architektonischen Ausgestaltung, wie in grundsätzlichen sozialen und städtebaulichen Fragen und in einer guten Lösung für die Zweckbestimmung der einzelnen Baublöcke und in der wirtschaftlichen Wirkung der Aufteilung und Bebauung lag. Von besonderem Interesse war die Stellung der einzelnen Bewerber zur Wohnungsfrage. Auffällig sind die weiten Grenzen, zwischen denen sich der ermittelte Gesamtwert bewegt. Es liege bei den verschiedenen Bewerbern zwischen 17—28 Mill. M., während man vielleicht 13—16 im Durchschnitt annehmen könne. Auch die ermittelten Einheitspreise für die Bebauung der einzelnen Blöcke sind außerordentlich verschieden. Sie bewegen sich für Wohnhausblöcke zwischen 81—1087 M., bei den Kontorhäusern zwischen 450—1740 M. Der Kern des Wettbewerbes liegt aber in den Dispositionen, welche die Bewerber machen mußten für die verschiedenen Zweckbestimmungen, die sie den Baublöcken zuweisen, und im Mittelpunkt steht dabei die Wohnungsfrage, die schwierige Aufgabe auf dem Gelände trotz der Niederlegung der alten Bebauung und der Schaffung neuer breiterer Straßen, also trotz Verteuerung des Grund und Bodens, doch die Möglichkeit zur wirtschaftlichen Anlage von Kleinwohnungen zu schaffen. Die Bewerber haben diese Aufgabe mit mehr oder weniger Glück zu lösen versucht, die Behörden haben mancherlei Anregungen aus diesem Wettbewerb erhalten. An den mit Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich noch eine längere Aussprache. —

Versammlung am 12. März. Zunächst hatte die Versammlung nach einigen geschäftlichen Mitteilungen des Vorsitzenden den Kassenbericht des Hrn. Himmelheber entgegen zu nehmen, der auch eine vorläufige Abrechnung über die Kosten der verschobenen Wander-Versammlung und namentlich über das Werk „Hamburg und seine Bauten“ brachte. Darauf macht Hr. Distel Mitteilungen über „Maßnahmen für den Wiederaufbau Ostpreußens“, wobei er sich namentlich auf den Bericht über die erste Tagung der Kriegshilfe-Kommission für die Provinz Ostpreußen zum Wiederaufbau der zerstörten Ortschaften vom 18. Dezember 1914 stützte. —

In der Versammlung am 9. April 1915 hielt Hr. Wagenführ einen fesselnden Lichtbilder-Vortrag über das Thema „Bei den Fliegern an der Ostfront“, der sich auf eigene Anschauungen und Aufnahmen stützen konnte und von den technischen Fortschritten und der vorzüglichen Ausrüstung unserer Fliegertruppen ein glänzendes Bild gab. —

Die Versammlung am 23. April 1915 brachte

einen zweiten Kriegsvortrag des Hrn. Baritsch über „Deutsche Industrien und der Krieg“, der einige wichtige technische Rohstoffe und deren Industrien, nämlich Faserstoffe, Kautschuk, Kupfer, Petroleum und Kali behandelte und zwar lediglich vom Standpunkt der Entwicklung der beteiligten Industrien und der wirtschaftlichen Zusammenhänge, ohne auf die technischen Einrichtungen näher einzugehen. Hamburg ist an dem Handel der betrachteten Rohstoffe mit etwa $\frac{1}{4}$ der Ein- und Ausfuhr beteiligt.

Am 30. April 1915 sprach Hr. Faulwasser über „Aufbau und Ausbau der St. Nikolai-Kirche“. In Fortsetzung seines im Januar desselben Jahres gehaltenen Vortrages, der den Wettbewerb für diese Kirche schilderte, wandte sich Redner hier ausschließlich dem Bauvorgang selbst zu. Der Vortrag erstreckte sich über die gesamte Zeit von 1845 bis zu dem z. T. aus neuerer Zeit stammenden inneren Ausbau. Die neuesten Ausführungen, der Einbau des Musikleitners und der großen Orgel sind nach den Entwürfen des Arch. Chr. Hehl ausgeführt, eines Schülers von Scott, dem Architekten des Gesamtbaues. Die Kosten des Baues haben bis heute 5,28 Mill. M. betragen, d. h. 64,5 M./cbm umbauten Raumes. Für die Vollendung der inneren Ausschmückung (Ergänzung der Bildwerke, Fenster usw.) werden aber noch 3—400 000 M. erforderlich sein. In den Jahren 1881—1882 hat der Redner eine umfassende Aufnahme des ganzen Kirchenbaues durchgeführt.

Am 7. Mai 1915 fand die letzte Versammlung vor den Sommerferien statt. Der Vorsitzende leitete die Versammlung durch einen warmen Nachruf für das auf dem Felde der Ehre gefallene Vereinsmitglied Bmstr. Felix Burckhardt ein. Hr. Himmelheber erstattete darauf Bericht über „Eine Gerichtsentscheidung aus dem Bereich der Hamburger Feuerkasse“, die sich auf die Ersatzpflicht der Kasse für einen während des Neubaus auf schon vorher bebautem Grundstück entstandenen Brandschaden bezieht und zu einigen interessanten Streitfragen Veranlassung gab. Zum Schlusse hielt Hr. Baritsch den letzten Vortrag über „Deutsche Industrien und der Krieg“, in welchem er die chemischen und mechanischen Industrien, unter letzteren auch den Schiffbau und das Verkehrswesen behandelte. Er kommt zu dem Ergebnis, daß alle sich den im Kriege veränderten Verhältnissen glänzend anzupassen wußten und in erster Linie die Bedürfnisse unseres Heeres und der Marine befriedigen konnten. Großartig waren die Leistungen unserer Eisenbahnen, die Binnenschiffsstraßen traten ihnen helfend zur Seite. Die Betrachtung der Gesamtlage unserer deutschen Industrien im Kriege und der getroffenen Kriegsmaßnahmen geben uns die feste Zuversicht, daß Deutschland aus diesem schweren Ringen siegreich hervorgehen werde. —

Architekten- und Ingenieur-Verein zu Erfurt. Auf Einladung des Vereins sprach am 5. Dezember v. J. der Geh. Bt. Gerstner aus Frankfurt a. M. über „Belgiens Kunstschatze“ auf Grund von unmittelbar vor dem Krieg gesammelten, in Lichtbild vorgeführten zahlreichen Darstellungen, zu denen solche traten, welche dem Redner in Lüttich, Lille und Warschau mit Brücken-Wiederaufbau beschäftigte Münchener Arch. Ewald Hempel von dort gesandt hatte. Die Besprechung wendete sich zuerst Brüssel zu, dessen Schwarzer Turm und Porte de Hal, jetzt Waffenmuseum, vorgeführt wurden. Es folgte das Rathaus, in dessen Nachbarschaft das sogen. Brothaus, der Palast der Flandrischen Fürsten, jetzt Deutsches Regierungsgebäude, und zahlreiche prächtig in Farben- und Goldschmuck leuchtende Gildenhäuser diesen hervorragenden Marktplatz zu einem der schönsten der Welt machen. Auch die Denkmäler kamen zur Anschauung und Brüssels wichtigste königliche, öffentliche und kirchliche Bauwerke. Besondere Berücksichtigung fanden der Justizpalast, Monument und „Platz der Märtyrer“, der „Petit Sablon“ mit dem Egmont- und Hoorn-Denkmal, das Schloß zu Laaken, die St. Gudula-Kathedrale, die Gemälde- und Skulpturen-Galerie sowie endlich das Brüsseler Wiertz-Museum. Die zweite besprochene Belgische Hauptstadt war Antwerpen, dessen Dom, Rathaus, Museum an der Schelde u. s. f. zur Erörterung kamen. Dazu traten Lüttich, Brügge, Courtray, Löwen u. a. mit Kirchen, Rathäusern und Werken der Maler- und Bildhauerkunst. Auch die nicht belgischen Nachbarstädte, welche der Krieg in Mitleidenschaft gezogen hat, besonders Aachen, Lille und Visé, sowie der sogen. Friedenspalast im Haag fanden Berücksichtigung, letzterer mit einer besonderen Bilderreihe und Erläuterung seiner Baugeschichte, sowie Nichterreichung seines Zweckes. Mit Dankesworten des Vorsitzenden an den Redner schloß die Versammlung. —



DEUTSCHE BAUZEITUNG

50. JAHRGANG. N^o 16. BERLIN, DEN 23. FEBRUAR 1916.

Zum preußischen Gesetzentwurf über Schätzungsämter.

Der dem preuß. Landtag kürzlich vorgelegte Gesetzentwurf verfügt die Errichtung eines Schätzungsamtes für Grundstücke und Gebäude in jedem Stadt- und Landkreis, bestehend aus wenigstens vier mit Beamten-Eigenschaft ausgestatteten Mitgliedern. Die Schätzungen werden auf Antrag des Eigentümers oder eines am Grundstück Berechtigten vom Vorsteher des Amtes und mindestens zwei Schätzern ausgeführt. Die im Nebenamt zu bestellenden Schätzer müssen bestimmten sittlichen und Alters-Anforderungen entsprechen und dürfen gewerbsmäßig an der Veräußerung und Beleihung von Liegenschaften nicht beteiligt sein. Ein Sachverständnis wird von ihnen nicht ausdrücklich verlangt, wird aber, mit Ausnahme des Vorsitzenden, bei ihnen als vorhanden vorausgesetzt sein. Letzteres geht daraus hervor, daß nach der Begründung die Schätzer „durch ihren Hauptberuf mit der Entwicklung im Grundstücks- und Bauwesen in Fühlung bleiben“ sollen. Abweichend von der Bestimmung des Allgemeinen Landrechtes, daß bei den bisherigen „gerichtlichen Taxen“ der Richter sich einer sachlichen Beeinflussung der Taxatoren enthalten soll, sodaß, wie die Begründung beklagt, nur „ein Gutachten zugezogener Sachverständiger“ entsteht, soll in den neuen Schätzungsämtern der Vorsitzende, der in der Regel als ein unbefangener Verwaltungsbeamter gedacht zu sein scheint, persönlich in die Schätzung eingreifen, und zwar entscheidend bei Nichtübereinstimmung der Sachverständigen. Die Stadtgemeinde oder der Landkreis sollen nicht die Richtigkeit der Schätzung verbürgen, sie haften nicht einmal für die von den Schätzern etwa begangenen Verletzungen ihrer Amtspflicht. Diese auffallende Bestimmung ist nach der Begründung „notwendig, weil sonst die Kreisverbände zahlreichen unbegründeten Ersatzansprüchen ausgesetzt sein würden. Bei der gerichtlichen Geltendmachung würden ferner die Gerichte in die Lage kommen, über die Richtigkeit der Schätzungen zu entscheiden, wegen deren den beteiligten Mitgliedern des Schätzungsamtes eine Amtspflicht-Verletzung vorgeworfen wird. Denn amtes eine Amtspflicht-Verletzung vorgeworfen wird. Denn die Gerichte könnten zu der Frage, ob den Mitgliedern ein Verschulden an dem angeblichen Schaden zur Last fällt, kaum Stellung nehmen, ohne die Schätzungen sachlich nachzuprüfen. Eine solche Nachprüfung muß möglichst vermieden werden, weil die Schätzungsämter für die Schätzung von Grundstücken maßgebende Bedeutung haben sollen, und weil sie hierin den Gerichten

an Sachkunde überlegen sind.“ Ein Rechtsmittel gegen unrichtige Schätzung wird dem Geschädigten verwehrt, er kann nur erneut vorstellig werden. Denn „die Schätzung ist kein unabänderliches Werturteil; falls neue oder bei der Schätzung nicht berücksichtigte Unterlagen beigebracht werden, kann die Schätzung von dem Schätzungsamte geändert oder berichtigt werden.“

Für den Verband Groß-Berlin soll ein besonderes Schätzungsamt Groß-Berlin mit der erforderlichen Zahl von Abteilungen durch den Verbands-Ausschuß eingerichtet werden. Die Ernennung des Vorstehers und seiner Stellvertreter kann auf Lebenszeit erfolgen. Es kann ein Prüfungsausschuß ernannt werden, der die Schätzungen oder bestimmte Arten von ihnen festsetzt. —

Wenn die so beschaffenen öffentlichen Schätzungsämter wirklich nur dazu bestimmt wären, von Beteiligten anrufen zu werden, und wenn die Ergebnisse ihrer Schätzungen nur beanspruchten, als die wertvolle Ansicht unparteiischer, redlicher und unabhängiger Fachleute anerkannt zu werden, so wären sie zweifellos als eine segensreiche Ordnung des Wirrwarrs zu begrüßen, in welchem gegenwärtig das Schätzungswesen sich befindet. Sie würden dem Geldleiher wie dem Geldsucher überaus wertvolle Dienste leisten können und sich bald in den Fragen des Realkredits, obschon es absolut richtige Wert-schätzungen selbstredend nicht gibt, eine hoch angesehene Vertrauensstellung erwerben. Allein diese günstige Beurteilung der geplanten Neuschöpfung wird erheblich ins Wanken gebracht einerseits durch die in der Begründung des Entwurfes niedergelegten Gedanken über die Beweggründe und Ziele des Gesetzgebers, und andererseits über die in Aussicht gestellte gesetzliche Zwangsgültigkeit der Schätzungen.

Es wird behauptet, daß das bisherige Vorherrschen der freien privaten Schätzertätigkeit eine tatsächliche Ueberschätzung der Grundstückswerte zur fast typischen Erscheinung gemacht habe, daß diese systematische, die Bildung von Spekulationswerten begünstigende Ueberschätzung des Bodens eine der Hauptsachen sei, durch die das städtische Bauland in übertriebener Weise verteuert und die ungesunde Grundstücks-Spekulation gefördert werde. Infolgedessen umfasse die erste Hypothek jetzt meist auch einen Teil der zweiten Stelle und gewähre nicht mehr die frühere unantastbare Sicherheit. Um so mehr seien die zweitstelligen Hypotheken bei der Zwangs-Versteigerung der Gefahr eines Ausfalles ausgesetzt. Auch

begünstige die Ueberspannung der Beleihungen eine ungesunde Steigerung der Mietpreise, denn die verhältnismäßig hohen Jahresleistungen für zweitstellige Hypotheken müßten durch den Mietpreis aufgebracht werden. Es sei der ausgesprochene Zweck der geplanten Neuordnung, die ungesunde Ueberspannung des Realkredites zu beschränken und die Beleihungen herabzudrücken. —

Niemand wird bestreiten, daß im bisherigen Schätzungs-wesen Auswüchse, ja Unredlichkeiten vorkommen. Eben so sehr aber muß die allgemeine Verdächtigung der bisherigen Beleihungen zurückgewiesen werden. Von seiten der Hypothekenbanken, die doch zuerst unter den Ueber-Beleihungen leiden müßten, wird das entschieden bestritten bis zu dem Grade, daß sie auf Grund ihrer Erfahrungen den privaten, von ihnen selbst veranlaßten und geprüften Schätzungen eine größere Zuverlässigkeit beimessen, als selbst den gerichtlichen Taxen, eine Anschauung, die sie durch die Statistik der Zwangsverkäufe belegen. Die ihnen zugedachte größere Sicherung ihrer Hypotheken lehnen sie als entbehrlich ab. Die Meinung aber, eine hohe Beleihung steigere die Mietpreise, ist offenbar irrtümlich. Hier, wie überall in der Volkswirtschaft, gilt der Satz, daß nicht der schwache Besitzer den Preis hoch hält, sondern der starke, „der es aushalten kann“.

Der Zwang, sich nach den amtlichen Schätzungen zu richten, d. h. die Beleihungen in Zukunft niedriger zu bemessen, soll in Preußen dadurch herbeigeführt werden, daß für preußische Kreditanstalten das öffentliche Recht eine königliche Verordnung vorbehalten wird, nach welcher sie vor der Beleihung die Schätzung eines öffentlichen Schätzungsamtes einzuholen haben und diese Taxe ihrer Höchstbeleihung zugrunde zu legen haben (60 v. H. an erster Stelle, 50 v. H. bei Mündelsicherheit). Zugleich aber wird den Anstalten zur Pflicht gemacht, die amtliche Schätzung, deren Richtigkeit ja von Niemand verbürgt wird, nachzuprüfen; sie dürfen also keinen höheren Schätzungswert annehmen als den amtlichen, müssen aber nötigenfalls diesen Wert noch herabsetzen. Für die Hypothekenbanken, die unter Reichsrecht stehen, soll der Zwang dadurch erfolgen, daß ihnen durch Bundesratsbeschluß das amtliche Schätzungsergebnis als maßgebend vorgeschrieben wird.

Was wird die Folge sein, wenn diese gesetzgeberischen Zwangsabsichten in die Wirklichkeit übersetzt werden?

Zunächst in Bezug auf bestehende Wohnhäuser. Nehmen wir an, ein Haus sei bisher zu einem Wert von 240 000 M. eingeschätzt. Die bestehende Belastung betrage an erster Stelle 60 v. H. gleich 144 000 M., an zweiter Stelle von 60 bis 80 v. H. (d. h. von 144 000 bis 192 000 M.) gleich 48 000 M. Die Frist der zweiten Hypothek gehe ihrem Ende entgegen, und der Gläubiger wende sich an das öffentliche Schätzungsamt um eine amtliche Schätzung. Diese betrage 200 000 M. Davon 80 v. H. sind 160 000 M.; der Gläubiger wird also im eigenen Interesse darauf hingewiesen, daß er seine Hypothek nur noch im Betrag von 160 000 — 144 000 = 16 000 M. erneuern könne. Er wird also seine Forderung kündigen. Der Hausbesitzer aber, der angesichts der amtlichen Taxe schwerlich von anderer Seite eine zweitstellige Beleihung von annähernd 48 000 M. zu erlangen vermag, kann nicht zahlen. Besteht der Gläubiger auf seinem Schein, so erfolgt Zwangsversteigerung. Der Hausbesitzer ist ruiniert, und der Gläubiger muß, um seine Forderung zu retten, das Haus zu 192 000 M. erwerben. Zu diesem Zweck muß er an Kosten des Verfahrens, der etwa verpfändeten Mieten und der Umsatzsteuer etwa 6% = 5520 M. aufwenden, sodaß ihn das Haus, das er gar nicht haben wollte, 197 520 M. kostet, was fast genau die amtliche Wertschätzung erschöpft.

Nun nähert sich die Endfrist der ersten Hypothek, die Kreditbank darf diese nur im Betrag von $\frac{60}{100} \cdot 200\,000$

= 120 000 M. erneuern. Zu der Herabsetzung, deren Eintritt bisher nur drohte, wenn die Bank sie selbst für durchaus nötig hält, ist nun die Bank auch ohne ihren Willen aus formalem Grunde rechtlich genötigt. Der unfreiwillige Hauseigentümer muß also ein Kapital von 24 000 M. zurückerzahlen. Vielleicht kann er es aus eigenen Mitteln, aber er muß das Geld aus seinem Geschäft nehmen zum eigenen Nachteil. Oder er muß nun für sich eine zweitstellige Hypothek zu erhöhtem Zinsfuß und mit allerlei Nebenkosten zu erlangen suchen.

Vollzieht sich der Vorgang auf der Grundlage, daß die Fälligkeit der ersten Hypothek vorhergeht, so wird das Schlussergebnis ebenfalls der unfreiwillige Erwerb des Hauses unter den gleichen ungünstigen Bedingungen durch den zweiten Hypothekar-Gläubiger und der Ruin des Hausbesitzers sein. Der Unterschied besteht nur darin, daß das Kapital von 24 000 M. schon vom Hausbe-

sitzer als Zwischenhypothek mit erhöhtem Zinsfuß aufgenommen wurde, um den gekündigten Teil der ersten Stelle zu decken.

Daß diese Fälle typisch seien, braucht nicht behauptet zu werden. Sie werden sich unter mannigfaltiger Gestalt abspielen. Das Ergebnis wird aber sehr oft das gleiche sein: der erste Hausbesitzer wird ruiniert, sein Nachfolger, der frühere zweite Hypothekar-Gläubiger, auf alle Fälle geschädigt. Das wäre vermieden worden, wenn man auf die amtliche Schätzung und ihren Zwangskurs verzichtet, die größere Sicherung von Schuldner und Gläubiger aber etwa durch die Einführung einer gesetzlichen allmählichen Tilgungspflicht angebahnt hätte, anstatt eine Kur nach Art des Doktor Eisenbart zu machen.

Sodann für Neubauten. Die Herstellung neuer Wohnhäuser zum Vermieten vollzieht sich fast ausschließlich im Wege des Kredites; denn der reiche Kapitalist spielt nicht Bauunternehmer. Der Landeigentümer oder die Bodengesellschaft verkaufen beispielsweise ein Grundstück an einen Baulustigen zum Preise von 40 000 M. Der Verkauf wird jedoch erst rechtskräftig, nachdem der Bauentwurf und der Kostenanschlag im Betrag von 120 000 M. fertig gestellt und die Beleihung gesichert ist. Zu diesem Zweck muß eine amtliche Taxe eingeholt werden. Das Schätzungsamt aber setzt den Bodenwert auf 30 000 M. und den Bauwert auf 105 000 M. herab. Die Folge ist, daß eine Beleihung, wie sie für die eigenen Mittel des Unternehmers und die Restforderung des Verkäufers genügen würde, nicht zustande kommt. Das Kreditbedürfnis wird nicht befriedigt und der Bau unterbleibt. Bei einer Bauabsicht für Geschäftszwecke im Inneren der Stadt kann sich die Herabdrückung der Beleihung erst recht wiederholen. Denn die Verkaufspreise städtischer Grundstücke würden einer Nachprüfung und indirekten Genehmigung des Schätzungsamtes unterliegen.

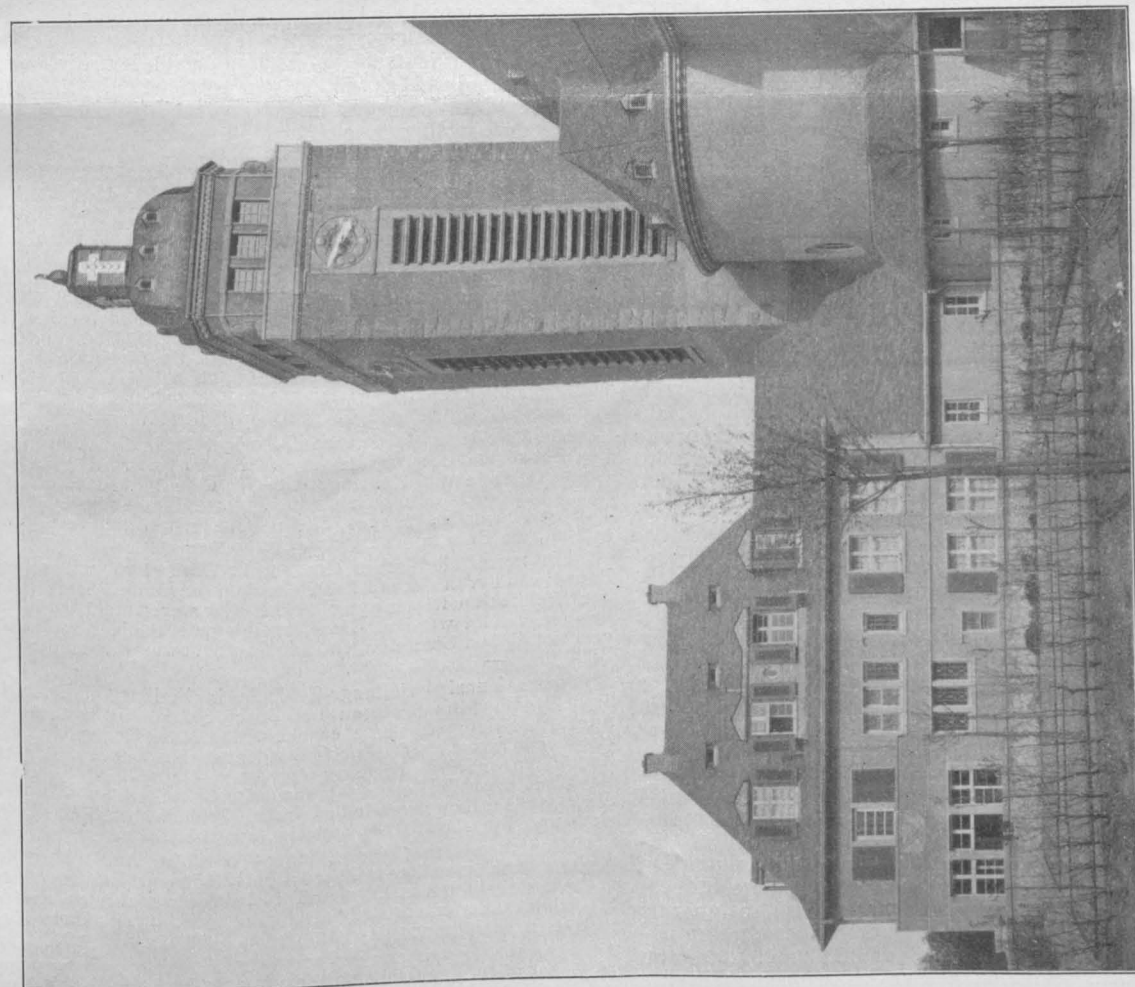
Nun mag die Vereitelung der Unternehmung für den einzelnen Fall gleichgültig, ja erwünscht sein. Wird aber infolge niedriger amtlicher Schätzung — und diese entspricht ja der Absicht des Gesetzgebers — die Verhinderung zur Regel, so ist der Stillstand der Bautätigkeit, infolge dessen die Wohnungsknappheit und die Wohnungsnot die notwendige Folge. Die gemeinnützige Bauunternehmung und genossenschaftliche Siedelung können nicht mit Erfolg aushelfen; denn auch über dieser Art von Wohnungsproduktion schwebt das Schwert des Schätzungsamtes. So werden zwar Grundstücks-Schiebung und Bauschwindel hintertrieben, theoretisch auch die ersten und die zweiten Hypotheken mehr als bisher gesichert. Aber mit den Sündern leiden die Gerechten. Auch das solide Boden- und Baugewerbe würde schwer betroffen werden; mit dem Bauen würde auch die Beleihungstätigkeit stocken, und die Rechnung hätten die Mieter in steigenden Wohnungspreisen zu zahlen.

Es ist nicht abzusehen, wie sich die Dinge anders entwickeln sollen, wenn wirklich die öffentlichen Schätzungsämter, wie es die ausgesprochene Absicht des Gesetzgebers ist, die Taxen und also die Beleihungen herabdrücken. An Stelle der beabsichtigten Gesundung tritt die unbeabsichtigte Erkrankung.

Die privaten Geldgeber haben sich von den zweiten Hypotheken immer mehr abgewandt. Das liegt aber weniger an übertriebenen Bewertungen, als an den großen Opfern, mit welchen die Erwerbung eines Hauses in der Zwangsversteigerung behufs Rettung des Darlehns verknüpft ist, und an der steuerlichen Ueberlastung des Hausbesitzes. Schon die Aufhebung der Umsatzsteuer für Zwangsverkäufe würde die Erlangung zweitstelliger Beleihungen mehr erleichtern und deren Sicherheit erfolgreicher steigern, als der in Aussicht genommene Zwang der bureaukratischen Schätzung mit all ihren Gefahren und Zeitverlusten.

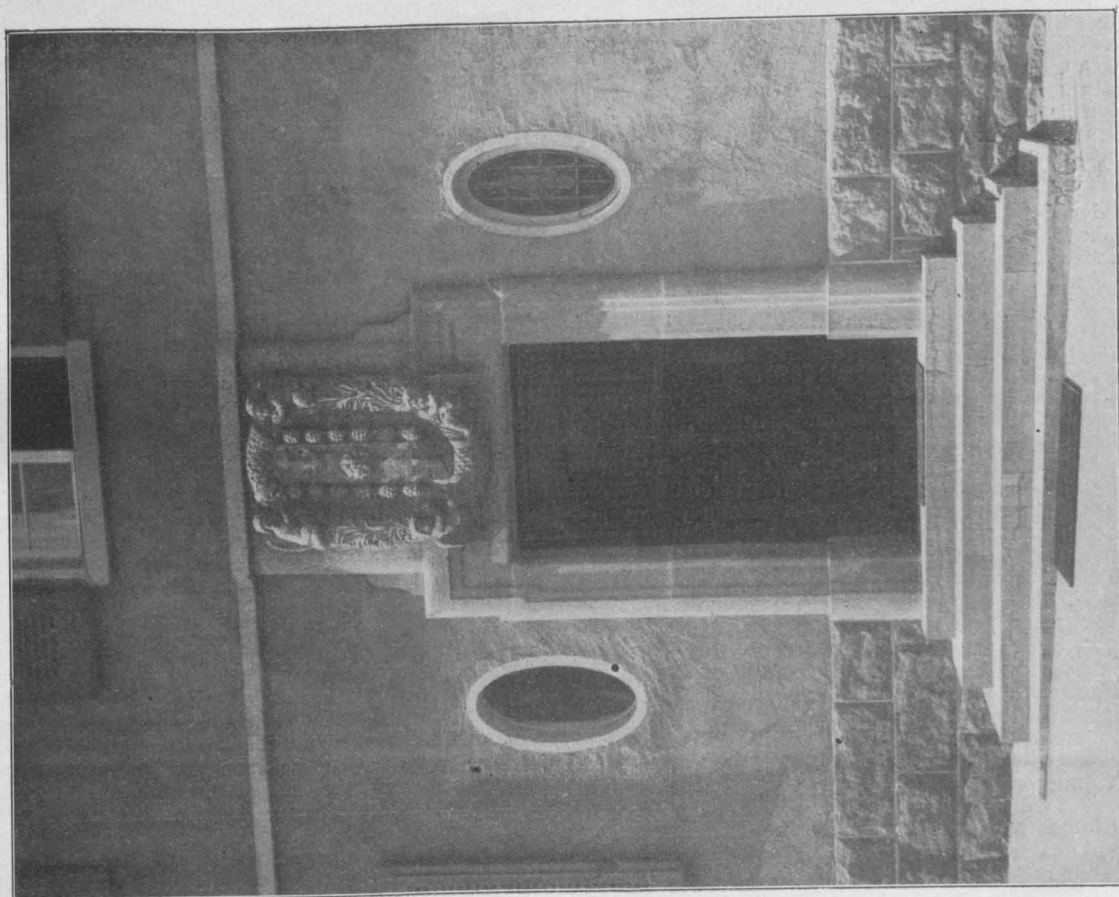
Die Reichsregierung hat eine „Immobilienkredit-Kommission“ eingesetzt, um die Mittel zur Erleichterung der Liegenschafts-Beleihungen zu beraten. Dazu würde die gesetzgeberische Politik Preußens, die Beleihungen zu erschweren, in einem unlöslichen Gegensatz stehen. Die einfachen Einrichtungen der nassauischen Feldgerichte, der hessischen Ortsschätzer und der landschaftlichen Taxen lassen sich auf die ungleich verwickeltere Wohnungserzeugung in Großstädten, namentlich in Berlin, nicht übertragen.

Manche befürchten, daß nach dem Krieg eine allgemeine Not an Kleinwohnungen sich geltend machen wird. Man hält es für nötig, die schon vor dem Krieg abgeflaute, während desselben ruhende Wohnungsherstellung mit kräftigen Mitteln neu zu beleben. Schon die Geldknappheit und der hohe Zinsfuß werden dieser Belebung erhebliche Schwierigkeiten bereiten. Bei solcher Sachlage den Liegenschaftskredit noch künstlich er-



Ansicht des Turmes mit hinterer Ansicht des Pfarrhauses.

Die evangelisch-lutherische Erlöser-Kirche zu Frankfurt am Main-Oberrad.



Pfarrhaus-Portal.

Architekt: Karl Blattner, B. D. A. in Frankfurt am Main.

schweren zu wollen, ist ein gewagtes Unternehmen. Der jetzige Zeitpunkt erscheint jedenfalls hierfür recht ungeeignet. Hält man aber dennoch die allgemeine Einführung

von Schätzungsämtern für notwendig, so würde der Gesetzgeber die Gefahren wenigstens durch folgende Festsetzungen zu mildern haben:

1. Haftung der Stadt- und Landkreise für pflichtwidrige oder leichtfertige Handlungen der von ihnen angestellten Schätzer.

2. ein Rechtsmittel der Berufung gegen zu niedrige Schätzung.

3. Verzicht auf Zwangsgültigkeit der Schätzungen für

die Anstalten des Realkredites, soweit es sich um die Beileihungen an erster Stelle handelt. Statt dessen Förderung der Tilgungshypothek.

4. Schaffung von Anstalten für zweite Hypotheken bis zu 85 v. H. des amtlichen Schätzungswertes. —

x. —

Vermischtes.

Besuch der deutschen technischen Hochschulen im Winterhalbjahr 1915/16. Nach den vorläufigen Ausweisen der 11 deutschen technischen Hochschulen sind in runden Zahlen 9650 Studierende eingeschrieben und einschl. der Hörer und Gastteilnehmer gegen 10000 Personen. Von diesen besuchen tatsächlich aber nur rd. 3200 die Hochschulen, von den eigentlichen Studierenden nur etwa 1800. Von letzteren werden nicht weniger als 7850 als beurlaubt geführt, d. h. sie stehen im Heeres- oder Sanitätsdienst. Das sind also rd. 81%. Von den anwesenden Studierenden der sämtlichen Hochschulen sind 750 Reichsausländer, also rd. 42%. Dresden, München, Berlin stehen mit i. M. je 150 Ausländern obenan. Außerdem befinden sich unter den Studierenden noch gegen 100 Damen. Rechnet man diese und die Ausländer von den anwesenden Studierenden ab, so ergibt sich als Verhältniszahl der im Felde stehenden sogar 91%, eine ungewöhnlich hohe Zahl, die für die körperliche Tüchtigkeit der an den technischen Hochschulen studierenden Jugend spricht. Berlin zeigt mit etwa 350 Studierenden den stärksten Besuch, ihm folgt unmittelbar München, Dresden hat über 200, Aachen, Hannover, Karlsruhe, Darmstadt haben gegen 150 und mehr, die übrigen bleiben unter 100, am schwächsten besucht ist Breslau von nur etwa 40 Studierenden.

Im Studienjahr 1914/15 sind an den technischen Hochschulen 639 Diplomprüfungen abgelegt worden, darunter 280 Notprüfungen. Das sind nur 39,4% der Prüfungen des Jahres 1913/14 und rd. 43% des Jahres 1912/13. Dr.-Ing-Prüfungen haben 171 stattgefunden, d. s. 57,6 und rd. 60% der vorhergehenden Jahre. —

Die Herkunft des Wortes „Ingenieur“. In No. 22 des Jahrg. 1915 der „Zeitschr. des Verbandes d. Arch.- und Ing.-Vereine“ macht Hr. Prof. Paul Lauser in Stuttgart im Anschluß an den voraufgegangenen Aufsatz des Hrn. Dr. Rob. Schönhöfer - Braunschweig, über die Frage, ob das Wort „Ingenieur“ durch ein deutsches Wort ersetzt werden könne, sehr interessante Mitteilungen, welche vielleicht geeignet sind, die Entstehung dieses Wortes zu erklären. Danach ist das erste urkundliche Auftreten des Wortes „Ingenieur“ in den amtlich beglaubigten Hüttenbüchern der Mailänder Dombauhütte festgestellt worden. Es heißt dort: „Die ersten Baumeister Simon di Ursenigo und Nicola da Bonaventura haben im Jahre 1382 den Grundstein zum Mailänder Dom gelegt und wurden ingenerii genannt.“ Ferner berichtete die lateinische Urkunde über die Berufung des Ulmer Münsterbaumeisters Ulrich von Ensingen nach Mailand in der Uebersetzung 1391: „Ensingen hat sich auf Ersuchen der Bauhütte in Mailand bereit erklärt, zur Untersuchung der Standfestigkeit von Pfeilern und Widerlagern dorthin zu kommen.“ Dieses Angebot wird von Mailand unterm 16. Juli 1391 angenommen und es heißt dann: „Das concilium fabricae bestätigt dem magister fabricae Ulrico de Ensingen insignerio in Ensingen Allemania seine Einwilligung, daß er nach Mailand kommen wolle pro insignerio dictae fabricae, als Meister besagter Hütte. Hr. Prof. Lauser bemerkt, daß beide Schreibweisen, ingenerius sowie insignerius, neben einander vorkämen, könne auf einem Schreibfehler beruhen. Jedenfalls nimmt er an, daß es sich hier um ein und denselben Titel handle, der offenbar „eine bei baulichen Schöpfungen und Prüfungen allerhöchst einzuschätzende Standesbezeichnung sei“. Es steht nun die Frage offen, ob die richtige Schreibweise ingenerius oder insignerius lautet. Lauser hat sich offenbar für die erstere entschieden, während ich glauben möchte, daß die größere Wahrscheinlichkeit für die zweite spricht.

Nach Prof. Lauser kommt die Schreibweise „ingenerius“ vor in dem Bericht vom Jahre 1382, der die Grundsteinlegung behandelt und gewissermaßen nur ein Protokoll darstellt, während an allen anderen Stellen der Hüttenbücher, besonders in der Urkunde über die Anstellung des neuen Meisters, die sicher weit sorgfältiger abgefaßt sein dürfte als obiges Protokoll, die Schreibweise insignerius gewählt ist. Daß der italienische Schreiber ein ihm unbekanntes deutsches Fremdwort vor sich hatte, kann man vielleicht daraus schließen, daß er das lange s dem italienischen Schriftbrauch folgend als z schrieb. Das deutsche Wort, welches er ins Lateinische zu übertragen hatte, lautete demnach vermutlich Insignier oder nach Analogie von einem anderen aus der Bauhütte stammenden Titel In-

signier, wie Parlier oder heute Polier. Nach dem Glossar von Ducange bezeichnet „insignerius“ den Schildträger des Ritters, also den dem Herrn zunächst stehenden Knappen, sodaß man vielleicht daraus schließen kann, daß in der Hüttensprache der Stellvertreter des Meisters mit diesem Titel geehrt werden sollte. Oder es bezeichnet das Amt desjenigen, welcher die Steinmetzzeichen in die Hüttenbücher einzutragen hatte, die wohl auch „insignia“ genannt wurden, da sie gewissermaßen Wappenzeichen waren, die noch heute mit Insignien bezeichnet werden. Das Steinmetzzeichen des Meisters pflegte man zur Unterscheidung von dem der Gesellen mit der Umrifflinie eines Schildes zu umreißen. Hiernach könnte man vielleicht vermuten, daß das Amt des Insigniers das eines Siegelbewahrsers der Hütte gewesen ist, womit man in England noch heute das höchste Staatsamt bezeichnet. Offenbar war es ein hohes Vertrauensamt, gleich neben dem Meister der Hütte, dem „magister fabricae“. Die Teilung der Geschäfte beruhte vielleicht darauf, daß der magister fabricae für den künstlerischen Teil zeichnete, während der „Insignier“ für den technischen Teil verantwortlich war; wenigstens ist diese Vermutung nahe gelegt, da man zur Untersuchung der Standfestigkeit der Pfeiler und Widerlager des Mailänder Domes den Insignier der Ulmer Hütte berief und ihn dann später zum Meister erwählte. Das Wort Ingenieur würde dadurch eine alte Herkunft aufzuweisen haben; daß es den höchst unwahrscheinlichen Zusammenhang mit ingenum und genie verliert, wäre dabei kaum zu beklagen.

Soll nun das gute alte Wort, das hiernach wahrscheinlich in deutschen Hütten entstanden sein dürfte, um erst später sein welsches Gewand zu erhalten, durchaus verdeutscht werden, dann müßte man eigentlich auf die richtige Form Insignier zurückgehen, da das Wort Ingenieur nur eine Verstümmelung darstellt; oder man begnügt sich damit, das einmal eingebürgerte Wort Ingenieur mit dem auf wälsche Art ausgesprochenen Buchstaben g beizubehalten und verdeutscht die Endung eur in ier, wie es andere germanische Sprachen gemacht haben. Es steht also die Wahl zwischen Insignier und Ingenier, wovon das letztere wohl sich leichter einführen ließe. —

Below, Arch. B. D. A. in Köln.

Chronik.

Die Errichtung eines neuen Kunst-Museums in Basel auf dem Gelände der Schützenmatte ist nunmehr durch Bewilligung der Bausumme von 2 422 500 Franken gesichert. Zur Erlangung von Entwürfen für das auf eine Bauzeit von 3 Jahren berechnete Gebäude war seinerzeit ein öffentlicher Wettbewerb veranstaltet worden (Deutsche Bauzeitung 1913, S. 600 u. 604; 1914, S. 316 u. 790). Mit der Errichtung dieses Museums erhalten die reichen Kunstschatze der Stadt aus dem Gebiet der Malerei und Bildhauerkunst, darunter namentlich die Werke Holbeins und Böcklins, eine würdige Aufstellung. —

Die Errichtung eines neuen Krebs-Spitals in Wien, das nach den Entwürfen des Hofrates Prof. Otto Wagner in Wien auf einem Gelände des Währinger-Gürtels erbaut werden soll, ist durch Vertrag beschlossen worden. Das Baugelände von etwa 2000 qm wurde durch das Finanz-Ministerium zur Verfügung gestellt, die Bausumme ist eine Stiftung. —

Ein neues städtisches Museum in Winterthur, mit einem Bauaufwand von rd. 1 320 000 Franken nach den Entwürfen der Architekten Rittmeyer und Furrer errichtet, ist kürzlich eingeweiht worden. Das Museum enthält die Kunst- und geschichtlichen Sammlungen der Stadt, sowie die städtische Bibliothek. —

Neues Kunstaustellungs-Gebäude in Freiburg i. Br. Die Stadt Freiburg im Breisgau hat durch Schenkung ein neues Kunstaustellungs-Gebäude erhalten, das Mitte Dezember 1915 eingeweiht wurde. Das nach den Entwürfen des Architekten Rudolf Schmid in Freiburg errichtete Haus, für das etwa 100 000 M. zur Verfügung standen, liegt auf einem von der Stadt zur Verfügung gestellten freien Gelände zwischen Friedrich- und Ring-Straße und hat eine zentrale Lage. —

Wiederherstellung des Ellinger-Tores in Weissenburg in Bayern. Die vom bayerischen Generalkonservatorium angeregte Erneuerung des Ellinger-Tores, dieses prächtigen Architekturbildes der alten Stadtbefestigung, wird nach einem Magistrats-Beschluß nach Beendigung des Krieges durchgeführt. —

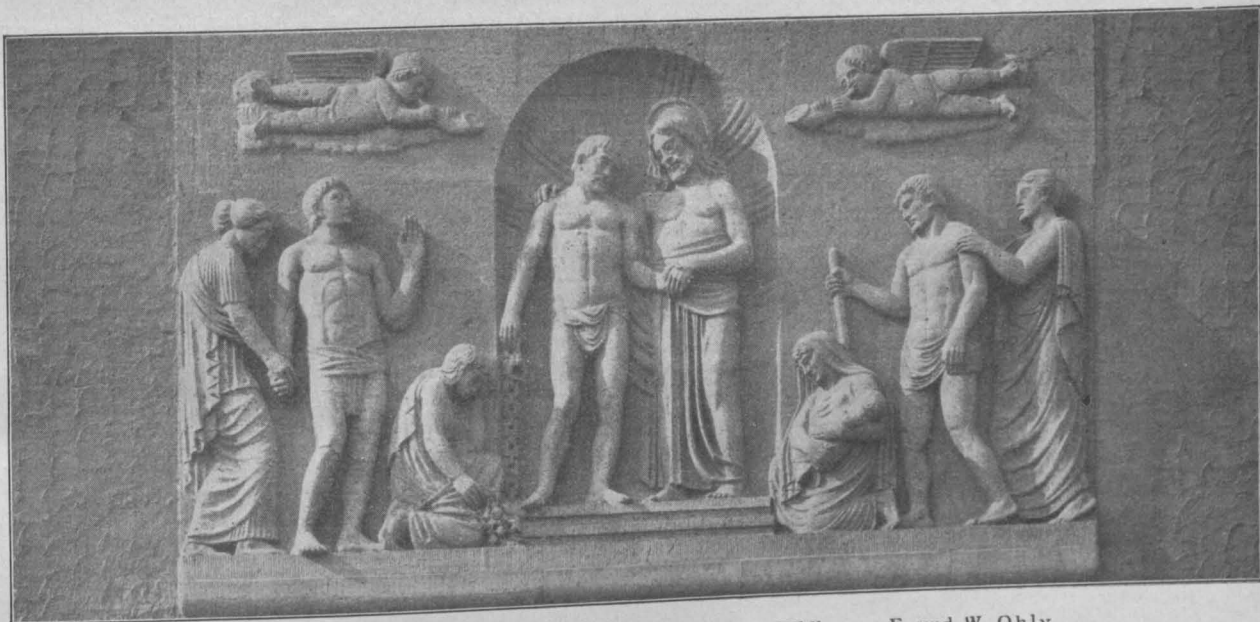
Inhalt: Zum Gesetzentwurf über Schätzungssämter. — Vermischtes. — Chronik. — Abbildungen: Die evangelisch-lutherische Erlöser-Kirche zu Frankfurt am Main-Oberrad. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



DIE EVANGELISCH-
 LUTHERISCHE ER-
 LÖSER-KIRCHE IN
 FRANKFURT AM
 MAIN-OBERRAD. *
 ARCHITEKT: KARL
 BLATTNER, B.D.A.
 IN FRANKFURT AM
 MAIN. * INNENAN-
 SICHT NACH DER
 ORGEL. * * * * *

=== DEUTSCHE ===
 BAUZEITUNG
 50. JAHRGANG 1916.
 * * * * * NO. 17. * * * * *



Großes Relief am Haupteingang an der Wiener-Straße. Bildhauer: E. und W. Ohly.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

50. JAHRGANG. N^o 17. BERLIN, DEN 26. FEBRUAR 1916.

Die evangelisch-lutherische Erlöser-Kirche zu Frankfurt am Main-Oberrad.

Architekt: Karl Blattner, B. D. A. in Frankfurt am Main.

(Schluß.) Hierzu eine Bildbeilage, sowie die Abbildungen S. 94 und 95.



Die Kirche enthält 750 Sitzplätze, im Erdgeschoß 450, auf der Seitenempore und der Sängerempore etwa 300. Schiff und Empore sind durch 4 Eingänge zu erreichen, die sämtlich mit Vorräumen zum Schutze gegen Zugluft im Kirchenraum versehen sind. Der Hauptzugang geht von der Wiener-Straße

durch eine offene, jedoch mit monumentalen Gitter-Toren abgeschlossene Vorhalle und durch einen breiten Mittelgang auf den geräumigen Altarraum. Im Kirchenraum sind Altar, Kanzel und Orgel, weil bei der Planung das sogenannte Wiesbadener Programm nicht gewünscht wurde, so angeordnet, daß dem in der Hauptachse liegenden Altarraum mit der seitlich von demselben stehenden Kanzel gegenüber die Orgel auf einer geräumigen Quer-Empore untergebracht ist. Die Aufteilung in der Höhe des Raumes durch die Seiten- und Quer-Empore, sowie in der Länge des Raumes durch die Bogenstellung, geben dem Raum einen vorteilhaften Maßstab, seine Größen-Verhältnisse hebend und betonend. Der um 5 Stufen erhöhte Altarraum steht in unmittelbarer Verbindung mit der Sakristei, die wiederum mit dem Amtszimmer des Geistlichen zusammenhängt. Die den Altarraum überwölbende Halbkuppel wird in der Achse durch ein ovales Fenster unterbrochen, in welches ein farbiges Glasbild, den segnenden Christus darstellend, eingebaut ist. Die Gewölbeflächen sind mit schöner Malerei, einer Originalarbeit von Julius Mössel in München, überzogen, welche dem durch seine Schmuckstücke schon gut betonten Altarraum noch besonderen Eindruck verleiht. Zwei Türen verbinden den Altarraum mit der Sakristei und mit dem Altarumgang, und von da mit der Kanzel. Diese Anordnung hat den Vorzug, daß der Geistliche vor Beginn seiner Predigt den Altarraum nicht durchschreiten muß. Besondere Schmuckstücke sind das in Ebenholz geschnittene Kruzifix und die beiden

seitlich des Altares stehenden gleichfalls in Ebenholz ausgeführten Leuchter.

Die Kanzel ist der alten Kirche entnommen und ihrem jetzigen Zweck und Standort entsprechend ergänzt worden. Sie stammt nach einer Inschrift aus dem Jahre 1745 und ist eine wertvolle Frankfurter Arbeit. Die Orgel ist in die Architektur des Raumes vorteilhaft einbezogen und nimmt die 14^m breite Südfront des Hauptraumes ein. In die Wände der Westfront sind in 3 ovalen Oeffnungen farbige Glasbilder, darstellend Glaube, Liebe und Hoffnung, eingebaut. Die großen Kirchenfenster an der Ostseite sind wegen der Lichtdämpfung mit abgewischten gebrannten Gläsern verglast. Der Fußboden des Kirchenraumes ist, um den Rückplätzen den Blick nach dem Altarraum zu erleichtern, mit Gefälle angelegt und in den Gängen mit Solenhofer Schieferplatten belegt. Die Decke ist wegen der Akustik wagrecht aus Beton konstruiert und auf grauschwarzem Grund terrakottarot mit einfachen Motiven in großen Feldern bemalt. Sie bildet in ihrer klaren einfachen Wirkung einen schönen architektonischen Schmuck der Kirche.

Der ganze Kirchenraum einschließlich der Seitenschiffe und des Altarraumes ist auf etwa 3^m Höhe mit einer Holzvertäfelung bekleidet, die in ihrer großen Aufteilung und schlichten kraftvollen Einzelbehandlung zusammen mit dem einfachen Gestühl der Kirche eine ungemein anheimelnde Wirkung gibt. Die Beleuchtung erfolgt durch aus Holz geschnittene, schlicht bemalte Kronleuchter mit aufgestellten vergoldeten Figürchen, die auf verschiedenen Instrumenten musizierende Engel darstellen. Die untere und die obere Seitenempore, die Räume unter der Orgelempore und diese selbst werden durch kleinere Hängependel, der Altarraum außer durch die stehenden Kandelaber noch durch Wandarme beleuchtet.

Die sämtlichen Arbeiten wurden, soweit zugänglich, von Frankfurter Künstlern und Unternehmern ausgeführt. Die Baukosten betrugen für Kirche, Gemeinde und Pfarrhaus 410000 M. —

Vermischtes.

Ueber die Neuordnung der Museums-Verhältnisse in München sind in der 71. Sitzung des Finanz-Ausschusses des Bayerischen Landtages vom 17. Febr. 1916 bemerkenswerte Mitteilungen gemacht worden. Danach bleibt die vom Staat erworbene Neue Pinakothek, bis dahin Krongut, dauernd erhalten und wird in ihrem Obergeschoß eine nationale Galerie des Zeitalters Ludwig I von Bayern, sowie Werke der deutschen Kunst des XVII. und XVIII. Jahrhunderts aufnehmen. Im Erdgeschoß des Gebäudes findet die graphische Abteilung eine dauernde Unterkunft. Die bis jetzt in der Neuen Pinakothek aufgestellte Moderne Galerie wird in das Kunstaustellungs-Gebäude am Königs-Platz übergeführt. Die Errichtung eines Neubaus für die Moderne Galerie wird auf günstigere Zeiten verschoben. Die Sammlung antiker Vasen und das Antiquarium erhalten Räume im Erdgeschoß der Alten Pinakothek, nachdem die graphische Sammlung verlegt wurde. Ein frei werdender Teil der Räume dieses Geschosses wird der Sammlung von Gemälden älterer Meister zu freierer Ausdehnung überwiesen. Auf diesem Wege soll für ge-

netzes, d. h. hauptsächlich auf die Beschaffung von Fahrzeugen für die bestehenden Bahnen. Für die Herstellung zweiter und weiterer Gleise werden 11 382 000 M. gefordert. Es handelt sich um die Strecken Bremen Hbf. - Neustadt, Scharnhorst - Hammi. W. (3. und 4. Gleis, weitere Kosten 9,78 Mill. M.) und Volmarstein-Vorhalle. Für besondere Bauausführungen werden 20 672 000 M. verlangt. Davon entfallen 4,81 Mill. auf den vollspurigen Ausbau der schmalspurigen Nebenbahn Dorndorf - Kaltennordheim (Fuldabahn), während es sich im Uebrigen um die Deckung der Mehrkosten bereits genehmigter Bauausführungen (11 Strecken) handelt. Den Hauptposten von 5,9 Mill. M. bildet hier eine Forderung für die Verbindung Witten - West nach einem geeigneten Punkt der Bahnstrecke Schwelm Barmen - Rittershausen und 2,84 Mill. M. für das 2. Gleis auf der Strecke Skandau - Insterburg. Schließlich werden für den weiteren Bau von Kleinbahnen noch ein Betrag von 1. Mill. M. gefordert. —

Ueber den Arrowrock-Staudamm läßt sich die „Frankfurter Ztg.“ Folgendes berichten: Nach vierjähriger Bau-



Innenansicht nach dem Altarraum.

Die evangelisch-lutherische Erlöser-Kirche zu Frankfurt am Main-Oberrad. Arch.: Karl Blattner, B. D. A. in Frankfurt a. M.

raume Zeit eine geschlossene Organisation des staatlichen Kunstbesitzes in München geschaffen werden, bei welcher das bereits 1851 vom Staat erworbene Kunstaustellungs-Gebäude am Königs-Platz und die Neue Pinakothek in die Verwaltung einbezogen werden.

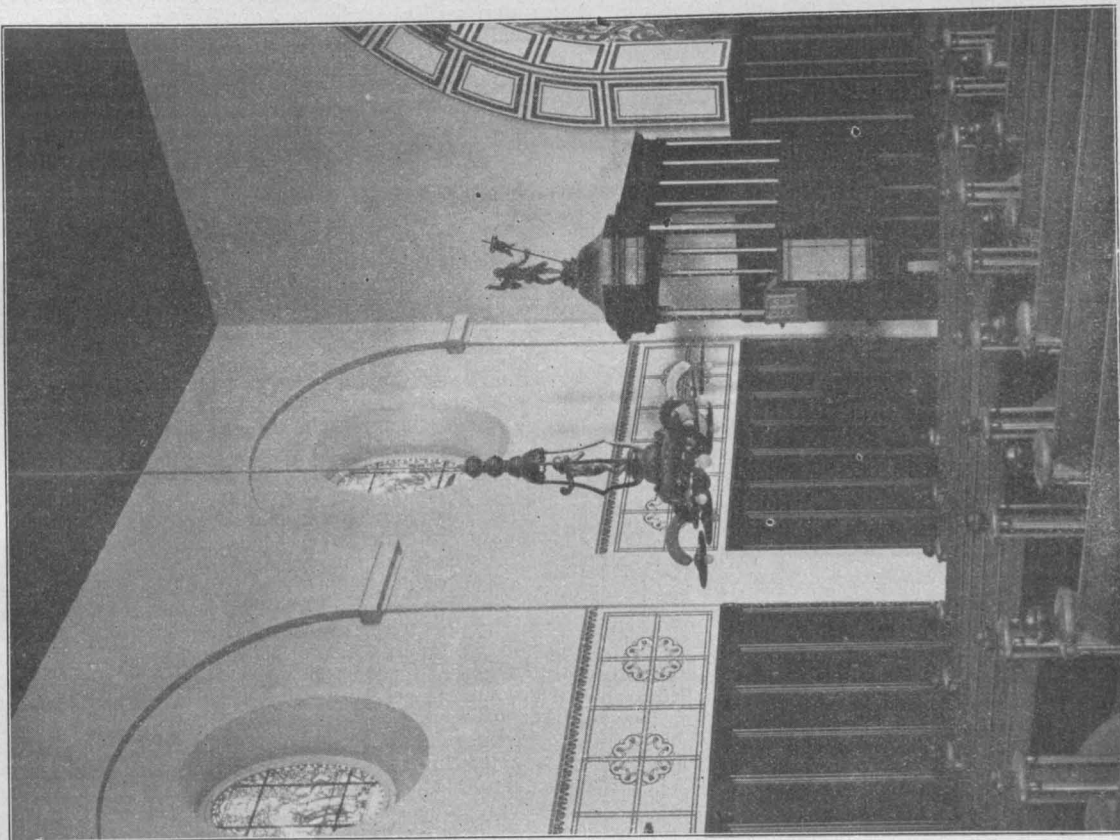
Im Neuen National-Museum an der Prinzregenten-Straße sind keine Änderungen von größerer Bedeutung geplant. Das Alte Nationalmuseum wird nach dem Krieg für noch etwa 2 Jahre den Sammlungen des Deutschen Museums dienen. Dann erst dürfte eine Entscheidung über die spätere weitere Verwendung getroffen werden können. Die Fresken des Inneren sollten unter allen Umständen erhalten werden, wenn auch die Räume an sich für größere Zwecke wenig geeignet sind. —

Die preußische Eisenbahn-Vorlage, die dem Abgeordnetenhaus soeben zugegangen ist, schließt mit einem Gesamtbetrag von 313 254 000 M. ab. Die Vorlage sieht, mit Rücksicht auf die derzeitigen Verhältnisse, von Forderungen für neue Bahnen zur Erschließung des Landes vollständig ab und beschränkt sich auf die dringendsten Bedürfnisse. Der Hauptanteil mit 207 775 000 M. entfällt auf Ausgaben zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit des Bahn-

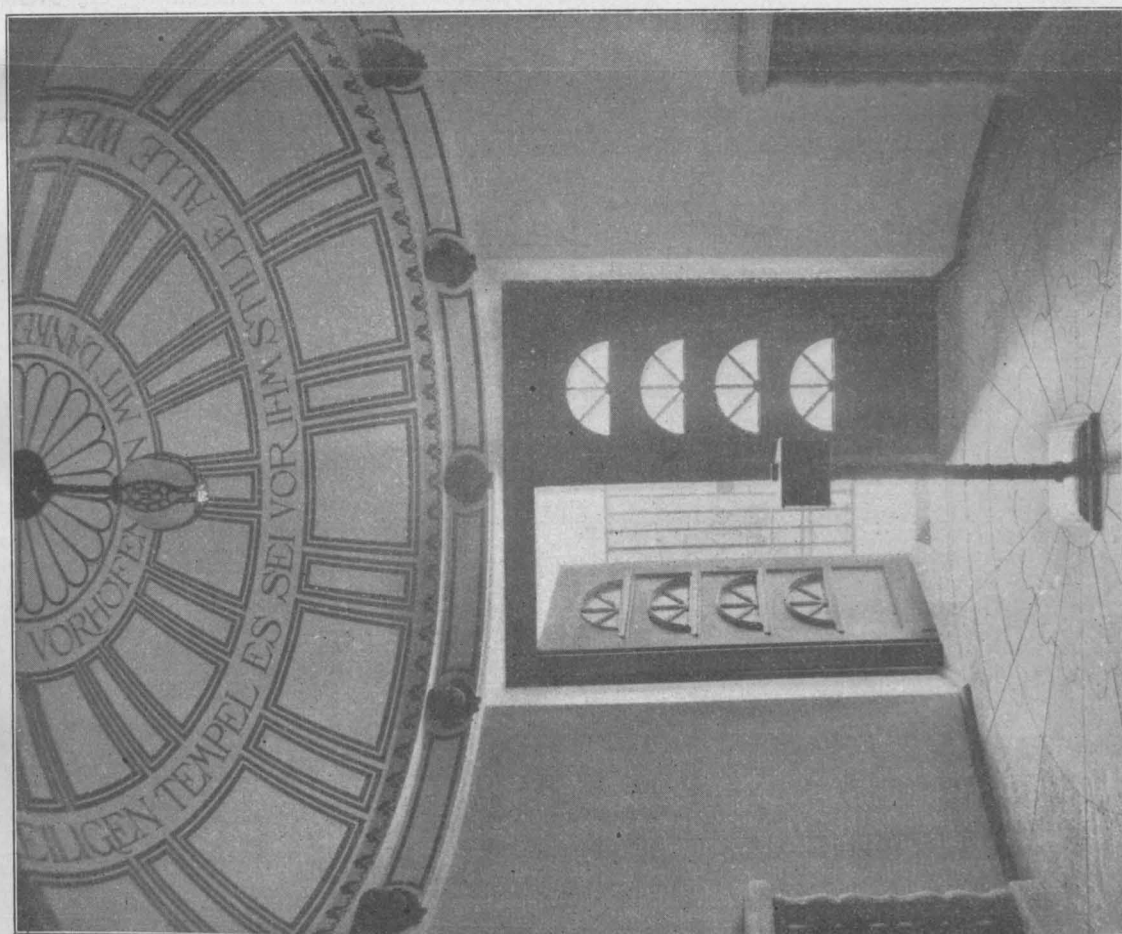
zeit ist dieser, wohl höchste Staudamm der Welt, in Idaho, im Vorjahre beendet worden. Mit 20 Mill. M. Ersparnis gegenüber dem Voranschlag von 50 Mill. M. hat man schon zwei Jahre vor Ablauf der vereinbarten Zeit die 530 000 cbm Beton über den Boise Cañon getürmt. Dreieinhalb Milliarden cbm Wasser werden so für Bewässerungszwecke gewonnen. Der „United States Reclamation Service“ hatte die Bauleitung. Der Umstand, daß der Bau noch 1915 beendet werden und teilweise noch in der trockensten Zeit, die in dieser Gegend je erlebt wurde, Wasser abgeben konnte, hat die Ernte von etwa 100 000 Acres gerettet, die sonst verloren gewesen wäre. Nur wer diese trockenen Gegenden des mittleren amerikanischen Westens einmal gesehen hat, kann sich eine Vorstellung von den Schwierigkeiten machen, die dort einer Ansiedelung und Land-Bestellung entgegen stehen. Man hatte wohl schon versucht, das kargliche Wasser des Boise Cañons im Sommer zu sammeln und auf die Felder zu leiten, aber kaum ein Drittel des Talgrundes konnte so befeuchtet werden. Sorgfältige Aufnahmen des Quellen- und Flußgebietes des Boise Cañons durch amerikanische Regierungsbeamte ergaben, daß dieses Gebiet im doppelten Umfang von ganz

Rhode Island im Winter und Frühling reichlich Wasser gebe, um während der trockenen Sommermonate 240 000 Acres trockenes Land genügend zu bewässern. In 18 Jahren

ist über 20 Meilen lang und am Damm selber 73 m tief; 244 330 Acres können mit dem gesammelten Wasser einen Fuß = 0,30 m tief bedeckt werden. Der Damm ist 351 Fuß



Blick nach der Kanzel.
Architekt: Karl Blattner, B. D. A. in Frankfurt am Main.



Runde Vorhalle am Haupteingang.
Die evangelisch-lutherische Erlöser-Kirche zu Frankfurt am Main-Oberstadt.

werden die Ansiedler der Regierung die Auslagen für den riesigen Staudamm durch Abgaben für das Wasser wieder ersetzt haben. Das im Cañon geschaffene Stau-Becken

= 106,95 m hoch und 1060 Fuß = 323,3 m lang und an der Sohle 247 Fuß = 75,5 m dick. 3 m über der Wasserfläche, wo er einer 5 m breiten Straße Raum gibt, zieht sich die

Krone halbkreisförmig quer über den Cañon. Von einer Uferseite zur anderen durchbohren den Damm drei Tunnel über einander, die durch Wendeltreppen verbunden sind und so das Innere des Dammes mit allen Bewässerungs-Einrichtungen, Schleusen usw. leicht und jederzeit zugänglich machen. Ein Ueberströmen des gefüllten Stau-Beckens ist durch selbsttätig wirkende Schleusentore unmöglich gemacht. Zwölf Meilen unterhalb des großen Staudammes ist ein zweiter, kleinerer errichtet, aus dem dann das Wasser über die Ländereien verteilt wird.

Eine andere Frage ergab sich für die amerikanische Regierung dadurch, daß oberhalb des großen Staudammes im Boise Cañon etwa drei Milliarden Fuß bestes Nutzholz stehen, während die Sägemühlen unterhalb des Stau-Beckens sind. Man schwemmt die Stämme bis zum Staudamm und befördert sie mittels einer neu konstruierten Hebemaschine hinunter und auf einem besonders dafür gebauten Kanal zur Mühle. Es können auf diese Weise jährlich etwa 60 Millionen Fuß Holz abgeschwemmt werden, sodaß für die nächsten fünfzig Jahre reichlich Material vorhanden ist. Bisher konnte das Holz nicht abgebracht werden, weil jede billige Beförderungsmöglichkeit fehlte.

Der Arrowrock-Staudamm ist eine weitere Etappe auf dem Weg zur planmäßigen Ausnutzung der Wasservorräte Nordamerikas für die Urbarmachung und Besiedelung des trockenen mittleren Westens, der noch vielen Millionen Menschen Raum geben wird, wenn diese Bewässerungspläne erst alle durchgeführt sind. —

Ueber den Wiederaufbau von Löwen wurde durch die Tagesblätter eine Mitteilung verbreitet, die als halbamtlich bezeichnet ist und folgenden Wortlaut hat:

„Offenbar irreführend durch schlecht begründete Meldungen haben einige deutsche Zeitungen ihren Lesern berichtet, der Wiederaufbau von Löwen stehe unmittelbar bevor: „die Stadtverwaltung habe den Wiederaufbau des zerstörten Stadtteils beschlossen“. Tatsächlich ist über den Wiederaufbau von Löwen noch keinerlei maßgebender Beschluß gefaßt. Richtig ist lediglich, daß sich die städtischen Körperschaften von Löwen mit Plänen zum Wiederaufbau befassen, daß mit lebhaftem Ehrgeiz ein belgisch-englisches Komitee in London sich ebenfalls, wenn auch natürlich nur in sehr ideeller Form, um das Problem bemüht, daß allerlei Pläne von belgischen und nichtbelgischen Architekten vorliegen (darunter auch der groteske belgische Plan der Errichtung eines „Belfrieds“, der das Rathaus einfach erschlagen würde), und daß sich belgische wie amerikanische Finanzleute der Stadtverwaltung von Löwen zur Finanzierung des Unternehmens angeboten haben. Bis jetzt aber hat der Generalgouverneur keinerlei endgültige Entscheidungen getroffen, und vor dieser Entscheidung wird der Wiederaufbau Löwens selbstverständlich nicht verwirklicht werden. Tatsache ist weiter, daß der Generalgouverneur dieser wichtigen städtebaulichen Frage ein lebhaftes Interesse zuwendet. Von Interesse mag schließlich sein, daß sich ein belgisches Komitee zur Neukonstituierung der Löwener Bibliothek gebildet hat.“

Was man in dieser Mitteilung an die Presse gern gesehen hätte, was sie aber nicht enthält, das ist eine Andeutung darüber, daß die Anregung des „Bundes Deutscher Architekten“, der Verwaltung in Belgien für die an sie heran tretenden Fragen aus den Gebieten der Architektur und des Städtebaues einen künstlerischen Beirat anzugliedern, verwirklicht wurde. Der Geschäftsbericht des „Bundes“ für 1915 enthielt darüber eine Mitteilung, die von einer zustimmenden Aufnahme der Anregung sprach. Inzwischen ist geraume Zeit verlossen, die im Krieg doppelt zählt, ohne daß über die Berufung eines Beirates etwas bekannt geworden wäre. Wie liegen nun die Dinge? In Warschau hat man bekanntlich eine ähnliche Einrichtung, allerdings mit örtlicher Begrenzung und mit einheimischen Kräften, verwirklicht. Hier hat ein der Stadtverwaltung angegliederter künstlerischer Beirat Angelegenheiten der Entwicklung Warschaus in künstlerischer Hinsicht zu bearbeiten. —

Bäderfürsorge für kriegskranke heeresentlassene bildende Künstler. Nach Verhandlungen des Kartells wirtschaftlicher Verbände bildender Künstler mit dem Zentral-Komitee vom Roten Kreuz, Abteilung Bäder- und Anstalts-Fürsorge (Berlin, Herrenhaus) kann nunmehr jeder kranke oder erholungsbedürftige Künstler, der Kriegsteilnehmer, aber bereits aus dem Heeresdienst als dienstuntauglich entlassen ist, durch Vermittlung desjenigen wirtschaftlichen Verbandes, dem er angehört, eine Badekur oder einen mehrwöchentlichen Erholungsaufenthalt in einem Luftkurort oder einer Sommerfrische von der Bäderfürsorge-Abteilung vom Roten Kreuz erhalten. Diese Bäder-

Organisation erstreckt sich über alle Kur- und Badeorte Deutschlands und alle in Betracht kommenden Erholungsplätze, sodaß für alle Arten Krankheiten ausreichend gesorgt ist. Auch eine weitgehende Fahrpreismäßigung kann den zu Entsendenden gewährt werden. Die wirtschaftlichen Verbände sind ferner aber auch bereit, Künstlern, die nicht zu ihren Mitgliedern gehören, die gleichen oder ähnliche Vergünstigungen auf dem Gebiet der Bäderfürsorge zuzuwenden und sie ebenfalls auf mehrere Wochen in das für ihren Zustand erforderliche Bad zu senden. Bildende Künstler, soweit sie Kriegsteilnehmer und bereits aus dem Heeresdienst entlassen sind, die von diesen Vergünstigungen Gebrauch zu machen wünschen, wollen einen dahingehenden Antrag unter Beifügung eines ärztlichen Gutachtens, aus dem die Art des Leidens und der Kreis der in Betracht kommenden Badeorte ersichtlich ist, und unter Darlegung der Vermögens- und sonstigen Verhältnisse bei ihrem Verbandsstellen, der ihn prüfen und an die Bäderfürsorge vom Roten Kreuz weitergeben wird. —

Wettbewerbe.

Wettbewerb Ehrenfriedhof Homberg. „In den Nummern 7 und 11 Ihres geschätzten Blattes finden sich unter der Spalte „Wettbewerbe“ Bemerkungen über die formelle Erledigung der Angelegenheit: zu späte Bekanntgabe des Ausstellungs-Termines, unfrankierte Rücksendung der Entwürfe, Zustellung der Verhandlungs-Niederschrift der Preisrichter, Rückerstattung der Unterlagsgebühren, wozu das Folgende zu bemerken ist:

Mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Angelegenheit wurde das Ergebnis des Wettbewerbes und damit auch der auf Ansuchen bis zum 28. Dez. 1915 verlängerte Termin außer in den technischen Blättern, in denen die Ausschreibung erfolgte, auch in einer Reihe von täglich mehrmals erscheinenden größeren Tageszeitungen veröffentlicht. Der rege Besuch der Ausstellung läßt darauf schließen, daß die Interessenten in ihrer Mehrzahl rechtzeitig Kenntnis erhalten haben; es wird bedauert, wenn das bei einem kleineren Kreise nicht der Fall gewesen sein sollte. Nicht zutreffend ist jedoch, daß die Entwürfe nach Schluß der Ausstellung den nicht ausgezeichneten Bewerbern unfrankiert wieder zugestellt sein sollen. Die Frankatur ist erfolgt, allerdings ist kein Bestellgeld beigefügt worden, was allgemein nicht üblich ist. Den Anregungen bezüglich Zustellung der Niederschrift und Rückerstattung der Unterlagsgebühren ist nach Einholung eines entsprechenden Beschlusses nunmehr Folge gegeben worden.

Jeder in der Verwaltungspraxis Stehende weiß, wie in gegenwärtiger Zeit infolge Mangel an Arbeitskräften bei allen Verwaltungen leicht die Notwendigkeit, die Arbeit zu vereinfachen, zu formellen Versehen führen kann.

Daß keine absichtliche Schädigung der Künstler-Interessen vorliegt, geht aus den zur Verteilung gelangten namhaften Preisen von 4300 M. hervor. —

I. A.: P. Larus, Gemeindebaumeister.“

Chronik.

Ein neues Großhotel in Leipzig hat gegenüber dem neuen Hauptbahnhof gleichzeitig mit der Schlußsteinlegung zu letzterem seine Porten geöffnet. Es hat den Namen „Astoria“ erhalten und ist von den Architekten des Hauptbahnhofes, Prof. Lossow & Kühne in Dresden erbaut worden. Das Hotel, das sich mit breit gelagerter Fassade nahe dem Haupteingang des Bahnhofes am geräumigen Platz erhebt, ist nach modernsten Gesichtspunkten angelegt und ausgestattet. Im Erdgeschoß schließen sich an eine mächtige und hohe Vorhalle mit den erforderlichen Büros und Einrichtungen für den geschäftlichen Verkehr die Speise-, Schreib-, Les- und Gesellschaftsräume, während die oberen Stockwerke den etwa 200 Wohnräumen vorbehalten sind. Als mitwirkende Künstler für die plastische Ausgestaltung der Fassaden und des Inneren, die Ausstattung mit Möbeln und Bildern wurden von den Architekten die Dresdner Bildhauer Rud. Born und Karl Berger, Prof. Karl Groß, Dir. der Kunstgewerbeschule zu Dresden, Bildhauer Georg Sieburg-Berlin und die Maler Prof. Coller, Alex. Baranowski und Cilio Jensen herangezogen. —

Wiederaufbau in Ungarn. 94 Ortschaften, und zwar in den Komitaten Saros, Zemplin, Ung, Maramaros und Bereg sind im Völkerring 1914-15 durch die Russen verwüstet worden. Insgesamt sind mehr als 5000 Häuser und Nebengebäude durch den Einbruch des Feindes zerstört worden. Die Kosten der Herstellung der Wohnstätten werden auf 7,7 Mill. Kronen veranschlagt. —

Inhalt: Die evangelisch-lutherische Erlöser-Kirche zu Frankfurt am Main-Oberrad. (Schluß aus No. 15.) — Vermischtes. — Wettbewerbe. — Chronik. —

Hierzu eine Bildbeilage: Die evangelisch-lutherische Erlöser-Kirche zu Frankfurt am Main-Oberrad.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.